Die Stahlkrise und der Ausweg der Stahlbarone — Seite 3

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 41 vom 9. Oktober 1981 | 15. Jahrgang | 1 DM



Gelsenkirchener Stahlarbeiter marschieren zur Hauptverwaltung des Schalker Vereins. Dort unterbrachen sie eine Sitzung des Managements und forderten Rechenschaft über die plötzlich aufgetauchten Pläne zur Vernichtung weiterer 1 500 Arbeitsplätze in Gelsenkirchen. Dort gibt es bereits 9 Prozent Arbeitslose und auch bei anderen Firmen gibt es Entlassungspläne. „Ist der Ofen erstmal zu, hat der Rest auch keine Ruh" war eine der Parolen, mit der gegen die Schließung des letzten Hochofens in Gelsenkirchen und deren absehbare Folgen protestiert wurde (siehe auch Seite 4).

Weg mit dem NATO-Raketenbeschluß!

Hunderttausend Teilnehmer — das war die ursprüngliche Erwartung, mit der die Veranstalter und Unterstützer an die Vorbereitung der großen Friedensdemonstration am 10. Oktober herangingen. Inzwischen sind solche Erwartungen längst überholt: Der Aufmarsch in Bonn verspricht die größte politische Kundgebung in der Geschichte der Bundesrepublik zu werden.

Fast 800 Organisationen und Initiativen (darunter auch die KPD) hatten bis zum Wochenende ihre Unterstützung für den Demonstrationsaufruf der „Aktion Sühnezeichen" und der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden" erklärt. Ein besonders positives und für die Entwicklung der Friedensbewegung in unserem Land wesentliches Element ist dabei die breite Beteiligung gewerkschaftlicher Organisationen — trotz eines Verbots des DGB-Bundesvorstands. Am Wochenende faßte darüber hinaus auch zum ersten Mal eine Einzelgewerkschaft einen Beschluß zur Teilnahme an der Friedensdemonstration. Mit überwältigender Mehrheit nahmen die Delegierten des GEW-Kongresses eine entsprechende Resolution an.

Die Massendemonstration an diesem Sonnabend hat unterdessen bei den Bonner Parteien immer stärkere Wirkung gezeigt. Ausgerechnet diejenigen, die durch ihre bedingungslose Unterstützung des NATO-Raketenbeschlusses und der US-Kriegspolitik die Gefahr heraufbeschwören, daß unser Land zum Schlachtfeld eines atomaren Krieges wird, diffamieren jetzt die Bonner Demonstration als einen Angriff auf die angebliche „Friedenspolitik" der Bonner Parteien.

Bundeskanzler Schmidt persönlich besaß dabei die Unverschämtheit, die große Friedensdemonstration mit den jüngsten Anschlägen der RAF auf amerikanische Militäreinrichtungen in Verbindung zu bringen, um den Massenprotest in Bonn auf diese hinterhältige Weise zu kriminalisieren. Und die Gefolgsleute des F.J. Strauß verleumdeten alle diejenigen, die am Sonnabend nach Bonn fahren werden, als Agenten Moskaus — obwohl sich die Demonstration für jeden ersichtlich ja auch gegen die sowjetische Atomrüstung wendet.

Aber diese massive Hetze hat die breite Mobilisierung für Bonn nicht beeinträchtigen können. In der vergangenen Woche haben auch über 50 Bundestagsabgeordnete der SPD und 16 der FDP ihre Unterstützung, beziehungsweise ihr Verständnis für die große Friedensdemonstration bekundet. Eine gute und notwendige Sache. Man muß dabei jedoch den Äußerungen einiger SPD-Politiker entgegentreten, daß sich der Protest in Bonn gar nicht gegen die Bundesregierung richte.

Wogegen denn sonst? Sie ist es doch, die mit ihrer Zustimmung zur Stationierung der amerikansichen Mittelstreckenraketen unser Leben und unsere Existenz gefährdet. Sie ist in allererster Linie der Adressat dieser größten Protestbewegung in der Geschichte unseres Landes. An sie richten wir unsere Forderung:

Aufkündigung des NATO-Raketenbeschlusses!

Metalltarife

Reallohn muß gesichert werden

STUTTGART. — Die drei großen Tarifkommissionen der IG Metall für Baden-Württemberg unterstrichen in ihrer gemeinsamen Sitzung die unbedingte Notwendigkeit, für die Erhaltung des Reallohns einzutreten.

Das ist die unmittelbare Antwort auf die Forderung der Unternehmer nach einem Lohnstopp. Diese Forderung war seit der vorletzten Woche von den Propagandisten des Unternehmerverbandes massiv verbreitet worden. Im Angesicht einer Preissteigerungsrate von durchschnittlich 6,6 Prozent (in einzelnen Bundesländern, wie in Nordrhein-Westfalen oder Bayern, bewegt sich diese Rate bereits bei 6,8 oder 7 Prozent) ist diese Unternehmerkampagne ein frontaler Angriff auf den Lebensstandard der arbeitenden Menschen.

Nach einer Berechnung des WSI-Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind die Reallöhne bereits im letzten Jahr um 0,3 Prozent und im ersten Halbjahr 1981 weiter gesunken. Bei Lohn„erhöhungen" von 4,9 Prozent in diesem Jahr im Verlgeich zu den Preissteigerungen eine sehr vorsichtige Schätzung.

Die Tarifkommissionen der IG Metall Baden-Württemberg haben gleichzeitig die Forderung nach einer Tarifrente ab 60 Jahren unterstützt — wobei aber richtigerweise folgendes unterstrichen wurde: es darf keinesfalls gegen eine Lohnerhöhung angerechnet werden. Kein Lohnverzicht für Tarifrente, war die Stellungnahme der GTKs. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß diese Tarifrente, die im Bezirk Baden-Württemberg knapp 2 Prozent der Arbeitenden betrifft, keine Auswirkungen entscheidender Art auf die Lage am Arbeitsmarkt habe.

Diese Woche

Bis zum letzten Tag eine immer breitere Bewegung

Gewerkschafter für die Bonner Demonstration!

Die Bewegung innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in allen Einzelgewerkschaften, hat sich in den letzten Wochen lawinenartig ausgebreitet. Für die Teilnahme an der Bonner Demonstration am 10. Oktober, gegen den Verbotsbeschluß des DGB-Bundesvorstands (siehe auch unseren Kommentar Seite 2).

In Bremen (wir hatten den Aufruf bereits im „Roten Morgen" veröffentlicht) fand am 1. Oktober eine vorbereitende Veranstaltung statt, auf der auch ein Brief an das Vorstandsmitglied der IG Metall, Georg Benz, verfaßt wurde. Dieser wurde, als einziger Sprecher der Gewerkschafter in Bonn, aufgefordert, jedem möglichen Druck standzuhalten und zu sprechen.

In Hamburg rufen am Dienstag dieser Woche in einer selbstfinanzierten Anzeige, nach dem Muster zahlreicher anderer Städte, 2 100 Gewerkschaftsmitglieder zur Teilnahme an der Bonner Demonstration auf, darunter 600 Funktionäre des DGB. Sie unterstrichen dabei, daß sie trotz des „unerklärlichen Beschlusses" des DGB-Bundesvorstands ihre Kollegen öffentlich zur Teilnahme aufrufen wollen. „Die Gewerkschaften als Interessenvertretung aller Arbeitenden müssen zum entscheidenden Teil der Friedensbewegung werden" wird dabei unterstrichen. Ähnliche Initiativen hatte es bereits in Hannover, Osnabrück, Stuttgart und vielen anderen Städten gegeben. Zahlreiche Orts- und Kreisorgane von Einzelgewerkschaften, des DGB und leitende Gremien der Gewerkschaftsjugend riefen ebenfalls offen zur Teilnahme auf. Auch der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft schloß sich dieser Bewegung an.

Bau von je 100 MX-Raketen und Fernbombern beschlossen

400 Milliarden Mark für neue US-Atomwaffen

Widerstand erzwingt Abgehen von ursprünglichem Plan

WASHINGTON. — Das neue atomare Rüstungsprogramm der USA, über das die Regierung Reagan in der vergangenen Woche entschieden hat, ist das aufwendigste einzelne Rüstungsprogramm der Menschheitsgeschichte. Innerhalb von sechs Jahren sollen dafür 400 Milliarden Mark ausgegeben werden.

Für diese Summe sollen jeweils 100 der neuen interkontinentalen MX-Raketen und 100 neue, radarausschaltende Fernbomber gebaut werden. Der ursprüngliche Plan des Pentagon, die MX-Rakete in jeweils 23 wechselnden Stellungen in Utah und Nevada zu stationieren, ist am massiven Widerstand der dortigen Bevölkerung gescheitert.

Diese Entscheidung Reagans wurde von den Vertrauensleuten der Rüstungsindustrie massiv kritisiert, vor allem von Senator Towers, dem Vorsitzenden des Militärausschusses des Senats, einem der wildesten Kriegshetzer des Landes.

Nur wenige Tage nach der großen Demonstrationswelle gegen die Reagansche Politik ist diese Entscheidung ein Schlag ins Gesicht der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung und der Bürgerrechtsbewegungen, die gegen den Sozialabbau zugunsten der Aufrüstung protestiert hatten. Davon lasse er sich nicht beeindrucken, unterstrich Reagan — traute sich aber dann doch nicht, die Stationierung in den beiden Bundesstaaten zu befehlen.

Dabei fielen in den Debatten und Kritiken der Washingtoner Kriegstreiber klare Worte: Ohne diese geplante Wechselstationierung, meinte Tower, sei die USA atomar angreifbar, wenn sich die jetzige Lage ändere. Also gehen diese Herren offensichtlich davon aus, daß sie einen Atomkrieg gewinnen werden!



Neben der riesigen Massendemonstration in Washington hatte es auch in zahlreichen anderen Großstädten Proteste gegen Reagans Regierung gegeben: Hier in New York protestierten Zehntausende gegen Aufrüstung und Sozialabbau.

Kommentar der Woche

Am vergangenen Wochenende meldete die Presse, daß die Bundesbahn nicht mehr in der Lage sei, die Nachfrage nach Sonderzügen für die Friedensdemonstration in Bonn zu befriedigen. Kapazitäten erschöpft! Auch dies eine Meldung, die ahnen läßt, welch gewaltige Manifestation der Friedensbewegung wir am Samstag in Bonn erleben werden!

Daß dem so ist, daß bestimmt weit über 100 000 Menschen am 10. Oktober gegen den NATO-Raketenbeschluß demonstrieren werden, dazu hat ohne Zweifel die starke Unterstützung, die diese zentrale Aktion der Friedensbewegung in den Gewerkschaften fand, erheblich beigetragen. Genau dies aber hatte die DGB-Führung um jeden Preis zu verhindern versucht, weshalb sie u.a. im Juli ihren skandalösen Beschluß faßte, der DGB-Jugend die Teilnahme an der Demonstration zu verbieten.



Demonstration des Ungehorsams

Zwar war von Anfang an klar, daß die politisch engagierten Aktivisten innerhalb der DGB-Jugend sich an ein solches Verbot nicht halten,sondern auf jeden Fall in Bonn mitmachen würden. Wer aber hätte damit gerechnet, daß sich lawinenartig und keineswegs nur im Jugendbereich eine beispielslose Demonstration des Ungehorsams im DGB ausbreiten würde?

Anders kann man es nicht nennen, was sich da in den letzten Wochen abgespielt hat! Daß sich gewerkschaftliche Gliederungen und Gremien in derartigem Ausmaß gegen die Politik der Führung auflehnen und demonstrativ das Gegenteil von dem tun, was in der DGB-Spitze beschlossen wurde, das hat es bislang noch nicht gegeben!

Sogar das offizielle DGB-Organ „Welt der Arbeit" hat in seiner letzten Ausgabe unverblümt Sympathie mit dem Aufstand der Basis bekundet und für die Bonner Demonstration geworben (z.B. in dem Bericht über die Großveranstaltung der DGB-Jugend Nordrhein-Westfalens in der Essener Grugahalle).

Der DGB-Bundesvorstand hat sich also in diesem Fall total ins Abseits manövriert. Er mußte bei seinen Bemühungen, die Friedensbewegung und die Arbeiterbewegung auseinanderzudividieren, eine handfeste politische Niederlage einstecken.

Das ist ein ermutigender Erfolg für die oppositionellen Kräfte in den Gewerkschaften. Ebenso auch für die Friedensbewegung, die dadurch bedeutend gestärkt wird. Aber es ist nur ein erster Sieg in dieser Sache. Natürlich werden die rechten Gewerkschaftsführer weiterhin alles tun, um zu verhindern, daß die Gewerkschaften zu einer konsequenten Kraft im Kampf gegen die Kriegstreiber und Rüstungsgewinnler werden. Beispielsweise werden sie nach wie vor versuchen, der Bundesregierung für die Durchsetzung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses den Rücken freizuhalten.

Der Kern dieser Politik der Vetter, Loderer, Hauenschild, Kluncker, Adolf Schmidt und Co. besteht darin, die Arbeiterklasse vor den Karren der Kriegstreiber in Washington und ihrer Freunde in Bonn zu spannen. Diese Politik kann nur durchkreuzt, der deutschen Arbeiterbewegung ein neues 1914 nur erspart werden, wenn es den oppositionellen, klassenkämpferischen Kräften gelingt, den Erfolg in der Frage der Bonner Demonstration zu wiederholen und zu vertiefen und die Gewerkschaften tatsächlich Triebkraft einer Volksbewegung gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn zu machen.

Dazu ist massive und breite Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit in den Betrieben und unter den breiten Massen der Gewerkschaftsmitglieder notwendig. Die Kollegen der Bremer Ortsgruppe der RGO haben in einem Flugblatt sehr treffend erklärt:

„Wir meinen, was sich in der Auseinandersetzung um den 10. Oktober an Protest, an Widerstand bei der Mitgliedschaft und vielen Funktionären gezeigt hat, das muß zu einer festen, organisierten Bewegung werden, die in der Lage ist, das Steuer in den Gewerkschaften herumzureißen."

Nur wenn wir das schaffen, dann können wir die Kriegstreiber und Rüstungsgewinnler tatsächlich stoppen.

Hanfried Brenner

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Nach der Kommunalwahl in Niedersachsen

Woher die SPD-Niederlage?

Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Niedersachsen, die mit einer klaren Niederlage für die SPD endeten, hat in der letzten Woche zu einer ausführlichen Diskussion geführt. Dabei wurden unterschiedlichste Gründe für diese Niederlage angeführt.

Der Verlust von 6,6 Prozent der Wählerstimmen, das Absinken auf 36,9 Prozent Stimmanteile bedeutete den Verlust von 900 der bisherigen 7 000 Mandate der SPD in niedersächsischen Kommunalparlamenten.

Die CDU steigerte ihre Zahl um 200 auf 9 100, die FDP von 650 auf 850, die Grünen auf 200, die freien Wähler auf 1 850, die DKP von 4 auf 18. Die Niederlage der SPD ist also eindeutig. Zieht man noch die Entwicklung der Wahlbeteiligung bei den letzten Kommunalwahlen und den Bundestagswahlen vom letzten Jahr hinzu, wird dieses Bild noch eindeutiger.

Ein Drittel aller Stimmen der letzten Kommunalwahl verlor die SPD — statt 2,1 nur noch 1,4 Millionen Wähler. Bei der Bundestagswahl hatte sie sogar 2,2 Millionen Stimmen gehabt. Der Stimmenumfang der CDU dagegen blieb in demselben Zeitraum einigermaßen konstant: bei der Bundestagswahl im letzten Jahr und jetzt erhielt sie jeweils knapp über 1, 9 Millionen Stimmen. Damals waren dies 39,8 Prozent,diesmal 50,2 Prozent. Bei der 76er Kommunalwahl hatte sie über 2,2 Millionen Wähler gehabt. Auch die FDP verlor gegenüber der Bundestagswahl über die Hälfte ihrer Wähler, im Vergleich zur letzten Kommunalwahl rund 100 000 und erreichte noch eine Viertel Million Stimmen. Stimmgewinne gab es für die Grünen, die auch in den freien Wählervereinigungen zu finden waren und die in einigen Gegenden große Stimmanteile bekamen, und für die DKP, die in einigen Städten erheblich dazugewann.

Aus all diesen Fakten läßt sich ziemlich eindeutig ableiten, daß der enorme Rückgang der Wahlbeteiligung vor allen Dingen die SPD betraf. Das bestätigt auch eine genauere Untersuchung der Ergebnisse in den größeren Städten, auch in Hannover. Es läßt sich weiter festhalten, daß ein relativ geringer Teil früherer SPD-Wähler die Grünen und die DKP wählten.

Diese Wahlenthaltung ist Ergebnis der Unzufriedenheit mit dr SPD-Politik, und zwar mit der SPD-Politik auf Bundesebene, da in Niedersachsen selbst in letzter Zeit keine größeren besonderen Ereignisse stattfanden, die eine solche Entwicklung begründen könnten.

Ist die Ursache nun, wie sie aus der Bonner Baracke genannt wird, das Bild der Zerrissenheit, das die SPD geboten habe, oder die Unfähigkeit,die eigene Sparpolitik darzustellen, wie es ebenfalls als Grund genannt wurde? Nun,das mag sicherlich bei den bürgerlichen SPD-Wählern zugetroffen haben, denen die SPD-Linke unheimlich ist, und die befürchten, Schmidt könnte sich auf Dauer nicht mehr durchsetzen. Aber von diesem Teil der Wählerschaft war schon im letzten Jahr ein bedeutender Teil zur FDP abgewandert und hatte zu deren Bundestagswahlerfolg beigetragen.

Und auch die Tatsache, daß die Stimmverschiebungen, die festzustellen sind, im wesentlichen zu oppositionellen Parteien hingingen, weist darauf hin, daß die Hauptsache für Wahlrückschläge die Bonner Politik der letzten Monate, seit der Bundestagswahl ist, und zwar die Regierungspolitik. Es ist eine Tatsache, daß die Zahl derer wächst, die erkennen, daß in vielen Punkten die SPD heute ganau jene Politik macht, die Strauß im letzten Jahr verlangte.

Und diese Wähler, die unter diesem Kurs leiden, und das sind die Werktätigen, sie sehen zu großen Teilen noch keine Alternative zur SPD und bleiben deshalb, zumindest bei solchen Wahlen, die sie für weniger wichtig halten, den Urnen fern. Die SPD-Linke mit ihren ständigen Kniefällen vor der Parteiführung und ihren geringen Machtpositionen ist für sie kein Grund, SPD zu wählen. Und diese Tendenz wird sich mit der weiteren Entwicklung verstärken und auch auf größere Wahlen Auswirkungen haben.

Nach dem Tod von K.J. Rattay

Jetzt plötzlich wieder „Dialog"?

WESTBERLIN. — Das Mißtrauensvotum gegen den Westberliner Innensenator Lummer ist an SPD und FDP gescheitert. Lediglich drei Abgeordnete der SPD stimmten gegen Lummer. Dafür sprachen sie zusammen mit der CDU der Polizei ihren Dank aus, für deren „besonnenes Eingreifen".

Lummer, der nach dem bürgerkriegsähnlichen Aufmarsch der Polizei wie ein Feldherr die Stätte seines Sieges inspizierte,ist also ungeschoren davongekommen. Nichts ist geschehen. Die SPD versucht dieses ihr Verhalten als eine Art Tauschgeschäft darzustellen: keine Abwahl von Lummer, dafür keine weiteren Räumungen, stattdessen eben der vielbeschworene Dialog.

Währenddessen setzt die Reaktion die ungeheure Pogromhetze der letzten Wochen fort, stachelt die Atmosphäre an, brüllt nach Blut. Diese Zustimmung der CDU zu einer vorläufigen Zurückhaltung weiteren Räumungen gegenüber ist bloße Taktik: der Tod von Klaus Jürgen Rattay und der Protest dagegen waren Ereignisse, die ihre Konzeption verdarben. Statt der erhofften Einschüchterung wurde der Widerstand noch stärker. So bereitet man jetzt weitere Überfälle etwas heimlicher vor und gibt sich „gesprächsbereit", um all jene zu täuschen, die sich über dieses Vorgehen empörten. Währenddessen duldet und ermuntert man Überfälle von Zuhälterbanden auf besetzte Häuser, appelliert man an alles,was reaktionär ist, bildet faschistische Bürgerwehren.

Die Tatsache, daß der DGB-Chef Sickert, ganz im Interesse der Neuen Heimat, sich an diesem reaktionären Aufmarsch beteiligt, stößt in Gewerkschaftskreisen auf wachsenden Widerstand (siehe auch Seite 5). Hinter diesen wilden reaktionären Angriffen, die die Begleitmusik zur Bundestagsdebatte über die künftige Baupolitik darstellen, muß man nochmals die in letzter Zeit kaum noch genannte Tatsache hervorholen, daß es in Westberlin fast 10 000 Wohnungen gibt, die aus Spekulationsgründen leer stehen. Vor allem im Interesse dieser Spekulantenmafia lag der Polizeieingriff,der von SPD und FDP gemeinsam mit der CDU gelobt wurde.



Ein besetztes Haus in der Blumenthalerstraße.

Als Folge der Sparprogramme von Bund und Ländern

Städtetag droht mit Kürzung der Sozialhilfe

BONN. — Auf einer gemeinsamen Beratung des Deutschen Städtetags, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und des Deutschen Landkreistags wurde am Mittwoch letzter Woche in Bonn deutlich, daß Städte und Landkreise von den Sparprogrammen der Bundes- und Länderregierungen massiv betroffen werden.

Diese Auswirkungen, das wurde auf der genannten Konferenz deutlich, sollen voll und ganz auf die Werktätigen abgewälzt werden. Nachdem schon im laufenden Jahr zahlreiche Großstädte mit Nachtragshaushalten mit Streichungen im sozialen Bereich begonnen hatten, soll das nächste Jahr, wie die Konferenz forderte, „einen Einschnitt" bringen.

Zahlreiche Kindergärten, Büchereien und Hallenbäder sollen geschlossen werden — als Luxus sozusagen, was vor allen Dingen im Angesicht der jetzigen Lage bei Kindergärten harte Auswirkungen haben wird. Streichungen werden vorgenommen, so wurde unterstrichen, bei der Sozialhilfe und beim Publikumsverkehr auf Ämtern. Dabei hat man auf dieser Konferenz vor allem ein umfangreiches Planwerk vorgestellt, wie man bei der Sozialhilfe kürzen kann. So sollen immer mehr Darlehen anstelle von Zuschüssen gegeben werden, weniger Familienzuschüsse, weniger Wohngeld und weniger Pflegegeld. Ein rigides Sparprogramm an den Ärmsten der Armen, die dabei sozusagen als Parasiten beleidigt werden.

Diese angedrohten und in vielen Städten bereits veröffentlichten Sparhaushalte der Stadtkämmerer werden sich massiv und direkt auf die Lebenslage der arbeitenden Menschen auswirken — von neuen Steuern für die Unternehmen war nicht ein einziges Mal die Rede, im Gegenteil.

Die Bedingungen für neue Industrieansiedlung müßten verbessert werden, deshalb will man aus den gekürzten Summen der Sozialfonds noch Geschenke an die Unternehmer machen.

Veranstaltungen der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft (DAFG)

Am 17. Oktober in Frankfurt im Rahmen des Besuchs der albanischen Delegation zur internationalen Buchmesse:

11 Uhr in den Messehallen, Raum 221 *Vorstellung und Dichterlesung von Ismail Kadare*; 20 Uhr Treffen mit Mitgliedern der albanischen Messemannschaft und mit I. Kadare zum Gespräch in den „Gildestuben", Bleichstraße 38a

Am 24. Oktober im Rahmen der Veranstaltungsreihe „10 Jahre DAFG" in Stuttgart-Mülhausen, Mönchfeldstraße, Sportheim des TSV Mühlhausen um 18 Uhr eine Veranstaltung mit der albanischen Messedelegation.

VORMERKEN:

Am 21. November im Parkhaus Barop (Dortmund-Barop) Großveranstaltung der DAFG „10 Jahre Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft" mit zahlreichen prominenten Teilnehmern, als Festredner unter anderem Max von der Grün, Einlaß ab 16 Uhr, Beginn 19 Uhr, Eintritt 3,— DM

Die Stahlkrise und der Ausweg der Stahlbarone an Rhein und Ruhr

Sollen ein bis zwei Stahlriesen in der BRD vom Markt verschwinden?

Geplante Großfusion würde Zehntausende von Arbeitsplätzen zusätzlich gefährden

Vor einigen Wochen drangen Informationen über ein aufsehenerregendes Projekt an die Öffentlichkeit: Die Stahlriesen Krupp und Hoesch und eventuell auch Peine-Salzgitter sollen zu einem einzigen neuen Stahlkonzern verschmolzen werden. Geheime Verhandlungen über eine solche Großfusion sind offenkundig schon seit längerem geführt worden. Beteiligte: die Konzernbosse von Krupp, Hoesch und Salzgitter, sowie die Deutsche Bank und die Bundesregierung. Bei den betroffenen Belegschaften hat das Bekanntwerden der Fusionsverhandlungen neue Unruhe ausgelöst. Schließlich kann man sich ja unschwer ausrechnen, daß eine Ehe zwischen den genannten Stahlriesen darauf abzielt, noch über das bisher bekannte Ausmaß hinaus zusätzlich Produktionskapazitäten abzubauen und gleichzeitig noch radikaler die verbleibenden Werke durchzurationalisieren. Der folgende Beitrag zeigt, daß diese Befürchtungen der Stahlarbeiter nur zu berechtigt sind. Er befaßt sich aber auch mit den Hintergründen der Fusionspläne: mit der Stahlkrise und ihrer Entwicklung in Westeuropa, dem Kampf der bundesdeutschen Stahlbarone gegen ihre westeuropäischen Konkurrenten usw. Und er benennt die Perspektiven des Kampfes zur Verteidigung der Arbeitsplätze, die unsere Partei den Stahlwerkern aufzeigen will.

Seit nunmehr sechs Jahren spricht alle Welt von einer Stahlkrise in der EG. In erster Linie hatten die europäischen Stahlarbeiter die Auswirkungen dieser Krise zu tragen. Es gelang den europäischen Stahl- und Bankmonopolen, die Krisenlasten auf die Beschäftigten abzuwälzen. Dies drückt sich aus in einem enormen Abbau von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Erhöhung der Produktivität:

Im Jahr 1975 lag die Zahl der Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie (ESI) der EG-Länder noch bei 761000; fünf Jahre später, also 1980, war die Zahl der Beschäftigten auf 600000 gesunken. 161000 Arbeitsplätze wurden also in dieser Zeit von den Stahlbaronen vernichtet. Im gleichen Zeitraum stieg die Produktivität in allen Ländern außer Großbritannien massiv an. Die Steigerungsraten bewegen sich von Land zu Land zwischen 13,6 (Italien) und 50,3 (Belgien) Prozent.

Die Produktivitätsverbesserungen gehen in erster Linie auf die Ablösung technologisch veralteter Stahlverfahren/Walzverfahren zurück, die durch neue Anlagen ersetzt wurden. Im Bundesgebiet allerdings in erster Linie auf die getätigten Modernisierungsinvestitionen (Modernisierung bestehender Anlagen).

Die Entwicklung der Produktivität drückt natürlich nur unzulänglich aus, wie die Arbeitshetze, der Streß in den Betrieben gewachsen sind. Zusätzlich zum genannten Abbau der Belegschaften gehörte für rund 10 Prozent der Arbeiter in der ESI Kurzarbeit zum täglichen Brot, einschließlich der damit verbundenen Lohnkürzungen.

Wie kam es zur Stahlkrise?

Was ist der Hintergrund für diese Erscheinung, wie ist der auch in Zukunft angekündigte Abbau der Belegschaften zu erklären?

Ohne an dieser Stelle eine umfassende, grundlegende Erläuterung bringen zu können, sind als wichtigste Bedingungen für diese Krise zu nennen (insbesondere für die westdeutsche ESI):

Schon seit Anfang der 70er Jahre nahmen die realen Investitionsaufwendungen in der europäischen ESI rapide ab, bei etwa gleichbleibender Kapazität und (mit Ausnahme von 1974) etwa gleichbleibender Gesamtproduktion. Dies hat unserer Ansicht nach folgende Ursachen: Im Verhältnis zu dem Anteil, den die ESI am Produktionsvolumen der gesamten Industrie hat (ebenso auch im Verhältnis der Zahl der in der ESI Beschäftigten zur Beschäftigtenzahl in der Gesamtindustrie), ist der Anteil des Bruttoanlagevermögens, den die ESI aufweist, überproportional groß. Dies liegt zum Teil in der materiellen Struktur der Stahlerzeugung begründet.

Es kommt natürlich hinzu, daß die Vertiefung der allgemeinen kapitalistischen Krise, die Ende der 60er Jahre eintrat, im Verlaufe der 70er Jahre voll auf die ESI durchschlug.

Die zuerst nach 1945 vorherrschende „Mangelwirtschaft“ im Bereich Kohle und Stahl sollte durch die Schaffung des Gemeinsamen Marktes (Montanunion) für diese Produkte behoben werden. Insbesondere dem wiedererrichteten westdeutschen Kapitalismus bot die Montanunion hervorragende Profitbedingungen, einschließlich der Wiederrückgängigmachung der zaghaften Entflechtung während der 50er und 60er Jahre.

Bis dahin (1960) bewegte sich zumindest Umsatz ESI zu Umsatz Gesamtindustrie (für die BRD 7,6 Prozent) noch in Übereinstimmung mit dem Verhältnis des Bruttoanalgevermögens ESI zu Gesamtindustrie (für die BRD 7,5 Prozent).

Angriff auf die europäischen Konkurrenten

Messen wir als ein Zeichen der allgemeinen kapitalistischen Krise die Veränderung der Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts (BSP), so sehen wir: In den 50er Jahren durchschnittlicher jährlicher Zuwachs 8 Prozent, bei einer Investitionsquote von 25,5 Prozent; in den 70er Jahren Zuwachs nur noch 2,8 Prozent und Invextitionsquote nur noch 23,8 Prozent. Beide Entwicklungen führten dazu, daß in der BRD 1979 der Umsatzanteil der ESI an der gesamten Industrie nur noch 4,1 Prozent betrug, während das Bruttoanlagevermögen nach wie vor bei 7,1 Prozent lag.

Für die westdeutschen Stahl- und Bankmonopole, für das Finanzkapital der BRD, war diese Situation zu Beginn der 70er Jahre der Anlaß, einen breitangelegten Angriff auf die anderen — insbesondere europäischen — Stahlmonopole zu starten, mit dem Ziel, durch nationale Produktions-, Preis- und andere Absprachen im internationalen Konkurrenzkampf eine Verbesserung der Profite zu erzielen.

Parallel dazu wurden die Investitionen in der ESI drastisch reduziert: außer in Belgien wurden in keinem anderen Land der EG geringere Summen pro Anlage investiert als im Bundesgebiet.

Neue Strategie: Kapazitätsabbau

Die in den 70er Jahren trotzdem erreichten Kapazitätszuwächse waren nicht durch Neubauten, sondern durch Modernisierungsinvestitionen an vorhandenen Anlagen verursacht.

Ohne hier auf weitere Einzelheiten einzugehen ist festzuhalten, daß dem westdeutschen Finanzkapital dieser Vorstoß mißlang — jedenfalls in der Summe. Nur in bezug auf Großbritannien wurde ein enormer Einbruch erzielt: So sollen in Zukunft die Kapazitäten in Großbritannien von ursprünglich 30 Millionen Jahrestonnen Stahl auf nur noch 20 Millionen Tonnen reduziert werden; parallel dazu ist allein in den letzten anderthalb Jahren die Beschäftigtenzahl allein bei der BSC (British Steel Company) um 70000 Mann abgebaut worden (bis August '81).

Der Versuch des westdeutschen Finanzkapitals, die Stahlindustrie der anderen Länder zu vernichten oder weiter zu reduzieren, wurde von diesen mit staatlichen Subventionen an die eigene Stahlindustrie beantwortet. Schließlich ist ja auch in den anderen EG-Ländern der Staat dem jeweiligen nationalen Finanzkapital verpflichtet. So konnte die westdeutsche ESI ihre Überproduktionskrise nicht durch diesen Weg lösen.

Als zusätzliche Bedingung für die Stahlkrise in der BRD ist zu erwähnen, daß seit Anfang der 70er Jahre sich die zunächst zum Teil gegenläufige Konjunktur- und Krisenzyklen der verschiedenen Länder mehr und mehr anglichen, insbesondere die Europas mit denen Japans und der USA. Folglich wurde es immer schwerer durchsetzbar, Absatzschwierigkeiten im Inland durch ein mehr an Export auszugleichen.

Wie die politische Ökonomie des Kapitalismus gezeigt hat, ist konsequente Folge von Überproduktionskrisen die Vernichtung von materiellen Produktionsbedingungen — sprich: Die Reduzierung von Kapazitäten.

Nun besteht in der ESI das Problem darin, daß das investierte Kapital zur Stahlerzeugung bzw. zur Erzeugung von Walzwerksprodukten nicht nur pro Einheit sehr hoch ist, sondern, daß sich diese Anlagen auch nur sehr schlecht für andere Produktionen nutzen lassen.

Da nun die Vernichtung der EG-Konkurrenz nicht in dem gewünschten Umfang gelang, sondern im Gegenteil die EG-Konkurrenz einen gewissen technologischen Vorsprung der westdeutschen ESI inzwischen weitgehend aufgeholt hat, richtet sich der neueste Angriff des Finanzkapitals verstärkt ins Inland. Produktionskapazitäten zu vernichten ist ja nichts anders, als solches Kapital, das in einem bestimmten Bereich investiert ist, wieder zu verflüssigen.

Diese Tendenz ist verstärkt in den letzten Jahren in der westdeutschen ESI festzustellen.

Die Großbanken ziehen die Fäden

Zum einen wird — da ja die Bilanzen offiziell rote Zahlen schreiben (bis auf den Riesen Thyssen) — über hohe und immer höhere Zinsen mehr Geld aus der ESI vom Finanzkapital herausgeholt. Parallel dazu zeigt sich im Vorgehen der Banken die Tendenz, bei bestimmten Konzernen (so z.B. bei Estel-Hoesch und bei Krupp) eine Umschuldung von langfristigen (und damit billigeren) Krediten auf kurzfristige (und damit teurere) Kredite vorzunehmen.

Eine weitere Erscheinung (sowohl bei Krupp wie bei Hoesch zu beobachten) ist der Ausverkauf an Grund und Boden und an noch gewinnbringenden Beteiligungen. So hat z.B. Krupp 1980 für über 250 Millionen Mark Grund und Boden — in der Bilanz als stille Reserve geführt — verkaufen müssen, um noch Gelder in die Kasse zu bekommen. Estel-Hoesch hat sowohl 1980 wie 1981 verschiedene „wertvolle“ Beteiligungen verkauft — aus dem gleichen Grunde.

Die „Experten“ der Banken und der Stahlkonzerne gehen davon aus, daß mindestens eine Menge von 10 bis 15 Millionen Tonnen Roheisen, Rohstahl und Walzwerkskapazitäten vernichtet werden müssen.

Das heißt, daß ein bis zwei Konzerne von der Größenordnung Krupp oder Hoesch oder Peine vom Markt verschwinden müssen, um die Profitbedingungen des Finanzkapitals durch eine bessere Auslastung der verbleibenden Anlagen zu verbessern.

Ein direktes Kaputtmachen eines Konzerns in der Form des völligen Bankrotts ist allerdings unter den gegebenen politischen Bedingungen für das Finanzkapital nicht durchsetzbar. Ausdie-

Fortsetzung auf Seite 4.



Am 9. April legten 8500 Stahlwerker der Hoesch-Hüttenwerke die Arbeit nieder und marschierten zum Verwaltungsgebäude, wo eine Aufsichtsratssitzung stattfinden sollte. Die Chefetagen wurden für mehrere Stunden von den Arbeitern besetzt.

Arbeitsplatzvernichtung und Produktivität in der ESI seit 1975

Gesamt: Von ursprünglich 761000 1975 auf 600000 1980.

Land		Arbeitsplätze	Produktivität
In Großbritannien:	minus	66659 = - 34 %	Produktivität: - 12,8 %
In Frankrecih:	"	41235 = - 26,8 %	" + 47,1 %
In Belgien:	"	18520 = - 29,1 %	" + 50,3 %
In Luxemburg:	"	7300 = - 11 %	" + 44,7 %
In Niederlanden:	"	3880 = - 15,5 %	" + 19,2 %
In Bundesrepublik	"	30240 = - 13 %	" + 22,5 %
Nur in Italien:	plus	6850 = + 7,1 %	" + 13,6 %

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30**, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1**, Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611/552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

7800 **Freiburg**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6**, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr.

7100 **Heilbronn**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

7500 **Karlsruhe 1**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestr. 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di - Fr 17 - 18.30 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr, Tel.: 0721 / 848408.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg**, Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Neue Protestaktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung

„Besser den Betrieb besetzen, als zum Arbeitsamt zu wetzen“

Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen bei Thyssen, VDM und Adler

GELSENKIRCHEN/FRANKFURT. — Auch in der vergangenen Woche wurden wieder Arbeiterproteste und Widerstandsaktionen gegen angekündigte Stillegungen und Massenentlassungen gemeldet. In Gelsenkirchen streikten und demonstrierten weit über 1000 Stahlarbeiter gegen die Absicht von Thyssen, mehr als 1500 Arbeitsplätze zu vernichten. In Frankfurt kam es erneut zu Protestaktionen gegen die Stillegungspläne bei Triumph-Adler und VDM.

Am Montag letzter Woche traten in der Ruhrgebietsstadt Gelsenkirchen die Belegschaften des Schalker Vereins und der Gußstahlwerke Gelsenkrichen — beides Stahlbetriebe, die zum Thyssen-Konzern gehören — in den Warnstreik.

Beim Schalker Verein marschierten über 1000 Kollegen, teilweise von ihren Ehefrauen begleitet, vom Tor 1 aus zur Hauptverwaltung. Dort setzen die Streikenden durch, daß der Werksvorstand seine Sitzung unterbricht und daß Geschäftsführer Kömpel ihnen Rede und Antwort stand.

Im Gußstahlwerk besetzten die Stahlarbeiter den Lichthof des Verwaltungsgebäudes. Der Vorstandsvorsitzende der Thyssen Gießerei AG, Wünnemann, mußte eigens in Gelsenkirchen erscheinen, um vor den Arbeitern Stellung zu nehmen.

Am Freitag kam es in Gelsenkirchen erneut zu einer Protestaktion: Etwa 600 Stahlwerker des Gußstahlwerks demonstrierten durch den Arbeitervorort Ückendorf und bekundeten ihre Entschlossenheit, für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen. Auch hier erschien Vorstandsvorsitzender Wünnemann. Er wurde ausgepfiffen.

Thyssen will die Gelsenkirchener Stahlgießerei stillegen. Beim Schalker Verein will Thyssen den einzigen in Gelsenkirchen noch bestehenden Hochofen verschrotten (früher nannte man die Stahlstadt Gelsenkirchen „Stadt der tausend Feuer“). Dieser Hochofen wurde erst im Januar dieses Jahres als Ersatz für zwei veraltete Anlagen in Betrieb genommen.

Der Realisierung der geplanten Stillegungsmaßnahmen würden unmittelbar 1500 Arbeitsplätze zum Opfer fallen. Schon jetzt liegt die Arbeitslosenquote in Gelsenkirchen bei 9 Prozent!

Ebenfalls am Montag letzter Woche demonstrierten in Frankfurt etwa 500 Arbeiter des VDM-Werkes sowie Bürger des Stadtteils Heddernheim gegen die angekündigte Schließung von VDM.

Im VDM-Werk Frankfurt-Heddernheim sind 1700 Menschen beschäftigt. Bereits in den vergangenen Wochen ist es wiederholt zu Protestaktionen der Belegschaft gekommen. Auf der Kundgebung im Anschluß an den Protestmarsch sprachen IGM-Bezirkssekretär Schwarz und andere Redner von **Werksbesetzung** und von **Enteignung** als dem Weg, den Stillegungsbeschluß zu Fall zu bringen.

Einen Tag später fand eine Betriebsversammlung bei VDM statt, auf der über Kampfmaßnahmen zur Verhinderung der Stillegung diskutiert wurde. Immer wieder tauchten auch hier in den Redebeiträgen die Stichworte Werksbesetzung und Enteignung auf.

Auf Antrag eines Kollegen wurde dann einstimmig ein Beschluß verabschiedet, der die Geschäftsleitung auffordert, bis zur nächsten Belegschaftsversammlung in 14 Tagen eine **„schriftliche Garantie für alle Arbeitsplätze“** zu geben. Gleichzeitig wird in dem Beschluß **„die sofortige Durchführung der angekündigten Widerstandsmaßnahmen“** von der IG Metall verlangt.

Der Vertreter der IGM-Ortsverwaltung versuchte auf der Betriebsversammlung abzuwiegeln. Er erklärte, eine „Besetzung und all das“ sei „irreal“.

Bei einer Diskussionsveranstaltung über den Kampf gegen die Stillegungspläne bei VDM und den Frankfurter Adler-Werken (bei Adler sollen 1600 der 2600 Arbeitsplätze vernichtet werden), die in der vergangenen Woche im Frankfurter Club Voltaire stattfand, übten IG-Metall-Funktionäre aus den Betrieben massiv Kritik an der Haltung der verantwortlichen Stellen der IGM, insbesondere der Frankfurter Ortsverwaltung. Ihre Vorwürfe: Einerseits würden wortradikale Sprüche gemacht, andererseits würde die Kampfbereitschaft der Belegschaften abgewiegelt. Betriebliche Kampfmaßnahmen zur Verteidigung der Arbeitsplätze würden abgewürgt. So sei beispielsweise eine Belegschaftsaktion bei VW (Triumph-Adler gehört zum VW-Konzern) während der IAA abgeblasen worden, mit der die VW-Arbeiter sich mit der Belegschaft des Adler-Werkes solidarisieren wollten. Der anwesende Vertreter der Bezirksleitung der IG Metall, Günter Schwarz, gab zu, daß die Kritik nicht unbetechtigt sei.

Die Stahlarbeiter des Gußstahlwerkes in Gelsenkirchen besetzten am Montag vergangener Woche morgens den Lichthof des Verwaltungsgebäudes. Der zur Thyssen Gießerei AG gehörende Betrieb mit 550 Beschäftigten soll stillgelegt werden.

Sollen ein bis zwei Stahlriesen in der BRD vom Markt verschwinden?

Fortsetzung von Seite 3.

sem Grunde werden die schwächeren Konzerne — also Hoesch und Krupp — von den Banken verstärkt mit der Aufkündigung der Kreditlinien bedroht, bzw. werden diese aufgelöst. Dadurch wird der Zwang auf diese Konzerne,zu kooperieren, zu fusionieren etc. größer.

Plan der Banken: Die Großfusion

Derzeit ist die Situation in der westdeutschen ESI also die, daß das Finanzkapital eine Lösung favorisiert, die eine Großfusion der Stahlbereiche der Krupp GmbH (die Krupp Stahl AG), der Salzgitter AG (hier der Bereich der Stahlwerke Peine Salzgitter) und der Estel-Hoesch Werke AG bedeuten würde.

Es gäbe dann im Bundesgebiet praktisch folgende Großkonzerne:
1.) Thyssen AG — Stahlbereich und Weiterverarbeitung,
2.) Ruhrstal AG — Krupp, Hoesch, Peine Salzgitter — Stahlbereiche dieser ursprünglichen Konzerne
3.) Klöckner — Stahlbereich und Weiterverarbeitung,
4.) Saarländischer Stahlbereich von ARBED — incl. Beteiligung an der AG der Dillinger Hütte.

Diese Lösung — mit einer eventuellen Öffnungsklausel für den Beitritt des Klöckner-Stahl-Bereichs — wird auch von der Bundesregierung favorisiert. Dies hat sie in ihren Beschlüssen vom 30.7.1981 klar zum Ausdruck gebracht: *„Unabhängig von der derzeitigen Marktsituation sind auch in der deutschen Stahlindustrie Strukturanpassungen notwendig. Es obliegt den Unternehmen eigenverantwortlich die notwendigen Strukturkonzepte zu entwicklen. Sie müssen unternehmensintern, aber auch unternehmensübergreifend Rationalisierungsreserven nach Möglichkeit ausschöpfen und den Aufbau neuer Kapazitäten durch Parallelinvestitionen in gleichartige Anlagen vermeiden. Dabei sieht die Bundesregierung eine Reihe von Gestaltungsmöglichkeiten.“*

Hintergrund dafür ist, daß u.a. aufgrund der systematisch vorangetriebenen Aufrüstungspolitik sowie durch die enormen Zinszahlungen aus dem Bundesetat an die Banken (für die früher geliehenen Gelder) der finanzielle Spielraum für eine — wie von den Einzelkonzernen verlangte — Einzelsanierung der Stahlkonzerne, die Milliardensummen kosten würde, nicht vorhanden ist. Zudem wären die Profitaussichten einer Einzelsanierung auch dann noch relativ unsicher, wenn dieses Problem nicht bestünde.

Die Auswirkungen

Bei einer Lösung Krupp-Stahl, Estel-Hoesch, Peine-Salzgitter Stahlbereich ergäbe sich aufgrund der Anlagenkonstellation folgende Schwerpunktsetzung bei dem neuen Konzern:
1.) Krupp in Rheinhausen Rohstahlerzeugung, Krupp Edelstahlerzeugung und -verarbeitung in Bochum.
2.) Estel-Hoesch Blechverarbeitung/Veredelung auf der Westfalenhütte in Dortmund.
3.) Peine Salzgitter schwerer Profilbereich.

Kurzfristig wären damit weitere Schließungen von Walzstraßen in Duisburg (schwere Profilstraßen für Schienen), in Dortmund (schwere Profilstraße Union — Spundbohlen) fällig.

Mittelfristig wäre für Dortmund die Stahlbasis endgültig gefährdet, da man sicher argumentieren wird, der Rheinstandort Duisburg sei günstiger. Für Bochum wäre mittelfristig das Warmbreitbandwalzwerk und das Kaltwalzwerk zum Abschuß freigegeben. Für den Stahl/Walzstandort Peine Salzgitter wäre mittel- bis langfristig das „Aus“ abzusehen. Kurzfristig wäre dort zumindest das Stahlwerk in Peine stark gefährdet.

Ohne auf alle weiteren Einzelmaßnahmen einzugehen, die im Rahmen eines Gesamtkonzerns Hoesch/Krupp-Peine-Salzgitter möglich wären, ist die Schlußfolgerung aus dem Gesagten schon klar: Die zusätzliche Arbeitsplatzvernichtung, die mit der Schaffung dieses neuen Stahlriesen verbunden wäre, ist groß. Selbst bei einer „Nur-Fusion“ Hoesch/Krupp läßt sich absehen, daß sie mittelfristig zu einem zusätzlichen Abbau von zwanzig- bis dreißigtausend Arbeitsplätzen führen würde! Insbesondere das Sauer- und Siegerland wären enorm betroffen!



Warnstreik gegen die Stillegung des Hochofens beim Schalker Verein in Gelsenkirchen am 28.9.

Warum rührt sich die IG Metall nicht?

Während also dies vom Finanzkapital und der Bonner Regierung von der finanz- und kapitalmäßigen Konstruktion her vorbereitet wird (unter Berücksichtigung der deutsch-niederländischen Verflechtung im Estel-Konzern), rührt der IGM-Vorstand keinen Finger. Außer einem schriftlichen Protest der IGM-Vertreter im Aufsichtsrat von Hoesch darüber, daß Hoesch-Vorstandsvorsitzender Rohwedder den Aufsichtsrat ungenügend über die laufenden Verhandlungen informiert hat, war nur das berühmte Schweigen im Walde zu verzeichnen.

Andererseits muß sogar davon ausgegangen werden, daß zum Beispiel der im IGM-Vorstand für den Bereich Stahl verantwortliche Rudolf Judith schon lange vorher von den Fusionsplänen und ihrer Konkretisierung wußte.

Es ist bitter: neben der auch von führenden IGM-Funktionären betriebenen Hetze gegen Klöckner zeichnet sich die Politik der IG Metall insbesondere dadurch aus, daß jede Betriebsratsspitze in den einzelnen Stahlkonzernen für die Politik bzw. Wünsche jeweils ihres „eigenen“ Konzerns in Bonn oder Düsseldorf vorstellig wird.

Der notwendige gemeinsame Kampf aller Stahlarbeiter gegen die Pläne der Finanzkapitalisten aber wird nicht organisiert — im Gegenteil! Eine Initiative von Kollegen bei Hoesch-Union wurde von der IGM-Ortsverwaltung, der Betriebsratsspitze und der Vertrauenskörperleitung abgewürgt: Die Arbeiter hatten nach Bekanntwerden der Fusionspläne eine Unterschriftensammlung für die Forderung an die Ortsverwaltung gestartet, eine gemeinsame Vertrauensleute-Vollversammlung aller Hoesch-Betriebe einzuberufen, zwecks Beratung und Mobilisierung für den Kampf gegen drohende Entlassungen. Mehr als 200 Kollegen hatten diese Forderung bereits unterzeichnet. Das billige Gegen„argument“ der Bonzen: man wisse ja noch nichts genaues.

Ähnlich steht es auch mit der lange schon geforderten umfassenden Stahlkonferenz, wie sie z.B. von der Vertrauenskörper-Vollversammlung bei Klöckner in Bremen aufgestellt worden ist. Zwar ist inzwischen für den 15.10. eine „Stahlkonferenz“ vom IGM-Vorstand nach Mülheim/Ruhr einberufen worden: daran teilnehmen sollen aber lediglich die Betriebsratsspitzen, die Arbeitsdirektoren und die Vertrauenskörper-Leitungen.

Der Kampf muß aufgenommen werden!

In seiner Erklärung zur Lage in der Eisen- und Stahlindustrie, die im Juni dieses Jahres veröffentlicht wurde, hat das Zentralkomitee der KPD die Perspektive für die Verteidigung der Arbeitsplätze aufgezeigt. Für dringend notwendig hält das ZK die Durchsetzung folgender Forderungen:

- **Die Vergabe von Steuergeldern an die Konzerne muß verbunden werden mit Arbeitsplatzgarantien!**
- **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!**
- **Senkung des gesetzlichen Rentenalters für alle Stahlarbeiter auf 55 Jahre, bei voller Rentenzahlung wie mit 63!**

Das ZK begrüßte u.a. die Erklärung des IGM-Vorstandes, der Schließung von Werken dürfe erst zugestimmt werden, wenn in ausreichendem Maße und in erreichbarer Nähe neue Arbeitsplätze tatsächlich geschaffen sind, erklärte aber gleichzeitig:

„Wenn man es damit ernst meint, so muß doch die Verpflichtung für alle Arbeitnehmervertreter in den Aufsichts- und Betriebsräten lauten:

- **Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!**
- **Keine Zustimmung in Aufsichts- und Betriebsräten zur Schließung von Werken und zum Abbau von Arbeitsplätzen, solange nicht tatsächlich neue Arbeitsplätze geschaffen sind, was praktisch den Aufbau neuer Betriebe bedeutet!**

Darüber hinaus,meinen wir, ist es notwendig, die Kampfkraft der Belegschaften in den Hütten der Stahlreviere bis hin zu Streiks und Betriebsbesetzungen zu organisieren, um den Angriffen der Monopole die ganze Macht der Stahlarbeiter entgegenzusetzen. Nur durch diesen Druck kann der geplante Kahlschlag ganzer Regionen gestoppt werden!“

Und weiter heißt es in der Erklärung:

„Wir Kommunisten meinen: Um sicherer Arbeit für uns und unsere Kinder zu bekommen, um die Produktion von Stahl und allen anderen Gütern wirklich planmäßig entwickeln zu können, ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse selbst die Macht im Staat hat, daß sie selbst Herr der Produktion ist. Deshalb treten wir ein für ein sozialistisches Deutschland. Der sozialistische Staat, als Staat der Arbeiterklasse, wird diese Konzernherren enteignen, ihnen ihre Macht über die Produktionsmittel nehmen.

Aber auch heute schon haben wir die Möglichkeit, unsere Interessen im Kampf gegen die Stahlbarone durchzusetzen. Wenn die IGM zu Recht feststellt, daß eine politische Lösung der Krise der Eisen- und Stahlindustrie gefunden werden muß, daß die privatwirtschaftlichen Lösungsmöglichkeiten zu weiteren Entlassungen führen werden, so lautet unsere Antwort: ja, dann laßt uns doch die politische Lösung erkämpfen! Von verschiedenen Belegschaften ist sie schon klar genannt worden: **Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie.**

Die Durchsetzung der Verstaatlichung dieses Industriezweigs würde unsere gemeinsame Front gegen das Finanzkapital und seine Politiker stärken.

Eine Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie muß verbunden sein mit der Garantie für die vorhandene Anzahl von Arbeitsplätzen. Damit wäre in unserem Kampf zur Sicherung der Beschäftigung ein Schritt vorwärts getan.“

Westberlin: Gewerkschaftsführer als Einpeitscher des Polizeiterrors

Das darf im DGB nicht ohne Konsequenzen bleiben!

Gegen die skandalöse Haltung der Westberliner DGB-Führung im Zusammenhang mit der Räumung besetzter Häuser ist unter Gewerkschaftern empörter Protest laut geworden. Wie wir bereits in der vergangenen Woche berichteten, haben sich die Führung des DGB und der großen Einzelgewerkschaften in Westberlin offen als Scharfmacher und Einpeitscher des Polizeiterrors hervorgetan, der den 18jährigen Klaus-Jürgen Rattay das Leben gekostet hat.

Sowohl der Westberliner DGB-Vorsitzende Sickert als auch die Führer der größten Einzelgewerkschaften (vor allem ÖTV, IG Bau-Steine-Erden und IG Metall) beteiligten sich von Anfang an an der Hetze gegen die Hausbesetzer und gegen alle diejenigen, die sich aktiv mit ihnen gegen die Polizeiwillkür solidarisieren. Die provokatorische Räumungsaktion gegen acht besetzte Häuser, bei der Klaus-Jürgen Rattay durch einen verbrecherischen Polizeieinsatz in den Tod gejagt wurde, geht zweifellos mit auf das Konto dieser Bonzen. So sind von Sickert folgende Worte an die Adresse des Innensenators Lummer überliefert:

„Wenn es ihnen gelingt zu räumen, kann man sie zu Recht als Held bezeichnen; andernfalls können Sie Ihren Hut nehmen“.

Und Sickert war es auch, der als SPD-Abgeordneter im Senat maßgeblichen Anteil daran hatte, daß der von der SPD und dem Westberliner SPD-Chef H.J. Vogel nach der Räumungsaktion angekündigte Mißtrauensantrag gegen Lummer und den Bausenator Rastemborski wieder fallengelassen wurde.

Gleichzeitig mißbrauchten Sickert und Konsorten (insbesondere der Vorsitzende der Westberliner IG Bau-Steine-Erden, Werner Koch,) die Sorgen, die die Bauarbeiter Westberlins sich um ihre bedrohten Arbeitsplätze machen, um die Pogromstimmung gegen die Hausbesetzer in Westberlin, die vor allem von der Springer-Presse erzeugt wurde, auch nach der blutigen Räumung weiter zu schüren. Eine schon länger angesetze Demonstration der Bauarbeiter für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze funktionierten die IG-Bau-Bonzen zu einer Demonstration „der schweigenden Mehrheit gegen die Chaoten“ um.

Auf dieser Demonstration wurden von rechtsradikalen Kräften mit Billigung der Gewerkschaftsbonzen Parolen mitgeführt wie: *„Hausbesetzungen dürfen keine Arbeitsplätze vernichten“.* Werner Koch selbst zeigte keinerlei Hemmungen, was üble Hetze und Demagogie angeht, als er auf der Schlußkundgebung unter anderem sagte *„Randalierer und Chaoten“* würden, ließe man sie gewähren, *„alles zerstören, was Berliner Bauarbeiter aus den Trümmern wieder aufgebaut haben“.* Koch versäumte es auch nicht, der Polizei zynisch für ihren *„vorbildlichen und besonnenen“* Einsatz bei der *„friedlichen Räumung“* der besetzten Häuser zu danken! Dies zwei Tage nach dem schrecklichen Tod von Klaus-Jürgen Rattay!

Die DGB-Führung ist im übrigen unmittelbar mitverantwortlich für die sozialen Mißstände im Wohnungswesen. Die größte deutsche Wohnungsbaugesellschaft befindet sich bekanntlich zu 100 Prozent in DGB-Besitz: die Neue Heimat. Und die nur an Profitinteressen orientierte, volksfeindliche Wohnungsbaupolitik, die auch bereits zur Zeit des SPD-geführten Senats in Westberlin betrieben wurde, ist gerade von jenen DGB-Führern, die als SPD-Abgeordnete im Senat sitzen, also von Sickert und vom IG-Bau-Chef Koch, immer voll unterstützt worden. Diese „Gewerkschafter“ versuchen den Bauarbeitern einzubläuen, sie säßen mit den Baukapitalisten und den Miethaien im gleichen Boot!

Die Neue Heimat und damit die DGB-Führung waren es schließlich auch, die dadurch, daß sie Räumungsklage gestellt haben, dem CDU-Senat das Signal zum losschlagen gegen die Hausbesetzer gaben!

Man mag diesen und jenen berechtigten Vorbehalt gegen die Hausbesetzer-Szene haben. Ungeachtet dessen kann es für einen fortschrittlichen Gewerkschafter aber keine Frage sein, daß er die skandalöse Politik, die hier von den verantwortlichen im Westberliner DGB und den meisten Einzelgewerkschaften betrieben wurde, schärfstens verurteilen muß. Hier ging es doch darum, nackte Profitinteressen mit bürgerkriegsähnlichen Maßnahmen der Staatsmacht exemplarisch gegen jeden Widerstand durchzusetzen! Es ging darum, in Westberlin einen neuen Schub für die Durchsetzung polizeistaatlicher Zustände (auch in der Bundesrepublik) zu erreichen, Zustände, die letzten Endes dazu dienen sollen, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung anzugreifen und zu erwartende Kämpfe gegen Sozialabbau und Lohnraub zu ersticken oder niederzuschlagen!

Diese Politik der Faschisierung wird von den DGB-Bonzen in Westberlin systematisch gestützt und gefördert. Das Verhalten der Sickert, Koch und Konsorten im Zusammenhang mit den Westberliner Ereignissen ist ein gewerkschaftspolitischer Skandal! Es ist die Aufgabe der oppositionellen, klassenbewußten Kräfte in den Gewerkschaften, dafür zu sorgen, daß er nicht ohne Konsequenz bleibt!

Der DGBeigene Wohnungsbaukonzern Neue Heimat stellte Räumungsklage. Der bürgerkriegsähnliche Polizeieinsatz gegen die Hausbesetzer kostete dem 18jährigen Klaus-Jürgen Rattay das Leben. Kommentar der Westberliner DGB-Führung: Wir danken der Polizei für ihren besonnenen Einsatz!

„Neue Heimat – Pfahl im Fleische der Arbeiterbewegung“

Gewerkschafter protestieren gegen Polizeiterror in Berlin

WESTBERLIN. — Bis jetzt sind uns zu dem Polizeiterror in Westberlin und zur Politik der dortigen DGB-Bonzen einige Stellungnahmen aus gewerkschaftlichen Kreisen bekannt geworden, aus denen wir im folgenden Auszüge abdrucken.

Der Betriebsrat der Autozubehör-Fabrik DVG (Deutsche Vergaser Gesellschaft) in Westberlin verfaßte einen offenen Brief, der an den Regierenden Bürgermeister v. Weizsäcker, an die Neue Heimat, Berlin, sowie an den Berliner Landesvorstand des DGB gerichtet ist. Darin heißt es unter anderem:

„Der Tod eines jungen Mannes und die Eskalation der Gewalt waren vorhersehbar und durch keine Eigentumsansprüche zu rechtfertigen.

Die Neue Heimat, die sich als gewerkschaftseigener Betrieb besonders sozial verpflichtet fühlen sollte, erweist sich durch den Räumungsantrag einmal mehr als Pfahl im Fleische der Arbeiterbewegung. Wenn wir bisher zu den Fragen von Spekulantentum und der sozialen Verpflichtung ‚gemeinnütziger' Wohnungsbaugesellschaften geschwiegen haben, so lag dem die Hoffnung zugrunde, daß die Konfrontation nicht auf die Spitze getrieben wird. (...)

Wir fordern eine rückhaltlose Aufklärung der Vorfälle, politische Konsequenzen bei den Verantwortlichen und einen Wandel zu einer wirklich sozialen Wohnungspolitik.“

In einer Zeitungsanzeige, die von 16 Mitgliedern der IG Bau-Steine-Erden in Westberlin unterschrieben ist, heißt es unter der Überschrift: *„Betrifft: Umzug der IG Bau-Steine-Erden“:*

„Mitglieder der IG Bau-Steine-Erden protestieren gegen die Zerstörung von Arbeitsplätzen und die Räumung von instandbesetzten Häusern.

Die gegenwärtige Wohnungsbaupolitik ist auf die Interessen von Spekulanten und Wohnungsbaugesellschaften ausgerichtet. Für ihren Gewinn werden jährlich Millionen von D-Mark durch Förderung und steuerliche Vergünstigung verschleudert. Nach den Wünschen der Mieter wird nicht gefragt. Sie werden verdrängt und müssen teure Mieten bezahlen. Hiergegen haben sich die Hausbesetzer gewandt.“

Der Hamburger Kreisjugendausschuß des DGB faßte am 24. September zu den Berliner Ereignissen einen Beschluß, in dem es unter anderem heißt:

„Wohlwissend, daß die Räumung dieser Häuser zum jetzigen Zeitpunkt und die anschließende Pressekonferenz in einem geräumten Haus eine Provokation, nicht nur für die Besetzer, sondern auch für breitere Teile der Berliner Bevölkerung ist, wurde beides vom Senator Lummer so angeordnet und durchgeführt. (...)

Der KJA des DGB-Kreises Freie Hansestadt Hamburg fordert den Rücktritt von Senator Lummer, sowie die vollständige Aufklärung der Vorgänge und die Bestrafung der Verantwortlichen. Wir verstehen unter anderem Hausbesetzungen als Ausdruck des Kampfes gegen die in der BRD herrschende Wohnungsnot und wehren uns deshalb mit aller Entschiedenheit gegen die Kriminalisierung der Hausbesetzer.“

Horst Niggemeier als Friedenskämpfer

„Breite Zustimmung: Frieden durch Abrüstung“. So jubelt es in dicken Lettern von der Titelseite der neuesten Ausgabe der „einheit“, Mitgliederzeitung der IG Bergbau und Energie. Und mit einem Platzaufwand wie in keiner anderen Gewerkschaftszeitung wird um Unterschriften für den DGB-Friedensaufruf geworben, wird der Leser zum sammeln angehalten. Sogar Unterschriftenlisten liefert das Blatt gleich frei Haus!

Seit mindestens einem Jahr widmet dieses von dem berüchtigten antikommunistischen Demagogen und Militaristen Horst Niggemeier redigierte Blatt einen Hauptteil seiner Spalten der Friedensbewegung. Nicht etwa, um sie zu unterstützen, sonder um sie mit Schmutz zu übergießen, sie zu diffamieren und vor allem um den Kampf gegen die NATO-„Nach“rüstung als DKP- und Moskaugesteuert in Mißkredit zu bringen. Haben sich Niggemeier und sein Blättchen plötzlich gewandelt? Natürlich nicht. Vielmehr wirft die Begeisterung dieser „Friedensfreunde“ ein bezeichnendes Licht auf den DGB-Aufruf.

Die „breite Unterstützung“, von der die besagte Überschrift kündet, entpuppt sich beim Lesen des Artikels denn auch als Unterstützung ganz besonderer Art: die Führer aller drei Bundestagsparteien hätten sich wärmstens für die DGB-Unterschriftenaktion ausgesprochen, verkündet die „einheit“ gerührt, besonders aber Helmut Schmidt. Und das Blatt entblödet sich nicht, folgende vielsagende Äußerung des NATO-Raketen-Kanzlers zu dem DGB-Appell voller Stolz zu zitieren:

„Ich würde sehr gerne unterschreiben, wenn ich nicht wüßte, daß er zum Schluß mir überreicht werden soll. Ich möchte nicht Briefe an mich selber richten. Sonst bin ich völlig einverstanden.“

Er ist also völlig einverstanden, der Kanzler Schmidt. Und auch der „Oppositionsführer“ Kohl hat sich laut „einheit“ sehr lobend über den Aufruf ausgelassen. Niggemeier selbst ist, wie gesagt, begeistert. Es sollte in diesem Zusammenhang allerdings nicht verschwiegen werden, daß Niggemeier und andere Gesinnungsgenossen bereits einige Wochen vorher einen anderen „Friedensappell“ unterschrieben (wenn nicht gar initiiert) haben, den „Dattelner Appell“ (Niggemeier ist bekanntlich Oberbürgermeister von Datteln).

Dieser Dattelner Appell allerdings fand bei Gewerkschaftsmitgliedern überhaupt keine positive Resonanz. Kein Wunder: fordert er doch nachdrücklich nicht etwa die Verhinderung sondern die Durchsetzung des NATO-Raketenbeschlusses. Es gehe — so der Appell — nicht um „irgend einen“ Frieden, sondern einzig und allein um den „Frieden in Freiheit“.

Mit den Worten des amerikanischen Außenministers Haig: „Es gibt wichtigers als den Frieden“

Hat eigentlich H.O. Vetter diesen Dattelner Appell ebenfalls unterschrieben, bevor er den DGB-Aufruf verfaßt hat (der sich bekanntlich in der Frage der Raketenstationierung nicht so ganz eindeutig ausdrückt)?

Wir wissen es nicht. Wir wissen allerdings, daß H.O. Vetter in seiner Rede auf der zentralen DGB-Veranstaltung in Düsseldorf zum Antikriegstag folgendes gesagt hat:

„Wir können denjenigen nicht folgen, die sagen: lieber rot als tot! Wenn diese Art von Pazifismus sich durchsetzen würde, dann wäre auch kein Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, kein Engagement für die Befreiungsorganisationen in der Dritten Welt mehr möglich“.

Damit seine Militanz im Kampf für Freiheit und gegen Ausbeutung auch keinen Fehldeutungen ausgesetzt ist, ließ Vetter im weiteren keine Zweifel an dem, was er damit meint:

„Darin werden mir nicht nur die Berliner zustimmen: Wir verteidigen unsere Demokratie (...) Und wir sind der festen Überzeugung, daß wir diesen Willen glaubhaft demonstrieren müssen.

Die Bundesrepublik gehört zum nordatlantischen Bündnis. Und es besteht auch kein Zweifel daran, daß insbesondere die militärische Präsenz der 230 000 Amerikaner hier bei uns ganz wesentlich zur Erhaltung des Friedens und der Freiheit in Europa beigetragen hat.“

Angesichts dieser Worte ist klar, wie nötig es war, daß der DGB zu dieser „Antikriegstagsveranstaltung“ nur geladene Gäste zugelassen hat. Das Pfeifkonzert wäre sonst mindestens so gellend ausgefallen wie jenes unvergeßliche vor zwei Jahren in der Dortmunder Westfalenhalle...

Wenn der Friedensaufruf der DGB-Führung von vielen aktiven und engagierten Gewerkschaftern mit großem Mißtrauen und ablehnend aufgenommen wurde, so ist das also nur zu berechtigt. Die Vetter, Niggemeier und Konsorten sind keine Friedenskämpfer, sondern sie stehen auf der Seite der Herrschaften, die unsere sogenannte Freiheit um jeden Preis verteidigen wollen: nämlich über unsere Leichen hinweg!

Dieser Friedensaufruf des DGB soll die Gewerkschaften auf den Bonner Rüstungskurs festlegen. Er soll die Friedensbewegung spalten, soll gegen die Forderung nach einseitiger Abrüstung, gegen jeden wirklichen Kampf für Abrüstung, eingesetzt werden. Deshalb unterstützen wir Kommunisten die Unterschriftenaktion für diesen Aufruf nicht!

Stattdessen halten wir das Vorgehen des Vertrauenskörpers der IG Metall bei der Siemens AG in Kiel für nachahmenswert: einstimmig haben diese Kollegen beschlossen, die Unterschriftenaktion nicht zu unterstützen und stattdessen neue Unterschriftenlisten anzufordern und zwar mit einem Text, der sich klar gegen den NATO-Raketenbeschluß richtet und auch dementsprechende konkrete Forderungen an die Bundesregierung stellt.

Kein „Friedensdienst" in der DDR

OSTBERLIN. — In der DDR-Jugend wächst die Forderung, statt des Kriegsdienstes in der Nationalen Volksarmee auch eine Art „sozialen Friedensdienst“ absolvieren zu können. Das wäre in etwa vergleichbar mit dem Recht auf Wehrdienstverweigerung in Westdeutschland.

Mitte September ließ die DDR-Regierung eindeutig klarstellen, daß diese Forderung für sich nicht akzeptabel sei und daß sie jeden Versuch, eine Kampagne für ihre Durchsetzung durchzuführen, entschieden unterdrücken werde.

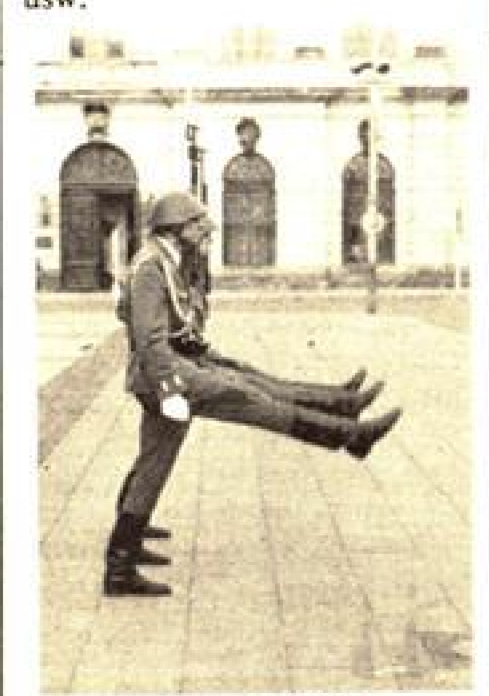
In der DDR gibt es neben dem Dienst mit der Waffe nur den „Bausoldatendienst“, in dem man — im Rahmen und als Soldat der NVA — zu Bau- und Instandsetzungsarbeiten bei der Armee herangezogen wird.

Im Mai legte eine Gruppe evangelischer Christen der Volkskammer der DDR einen Entschließungsentwurf vor, in dem die Einrichtung eines „Sozialen Friedensdienstes“ vorgeschlagen wird. Er sieht den Einsatz junger Menschen im sozialen Bereich, bei der Heimbetreuung und Sozialfürsorge, beim Krankenhaus-Hilfsdienst usw. vor.

Am 13. September gab der DDR-Staatssekretär Klaus Gysi die strikte Ablehnung der Forderung bekannt.

Schon die Bezeichnung „sozialer Friedensdienst“ sei falsch und gefährlich, weil damit ja der Waffendienst in der NVA indirekt als „antisozialer Kriegsdienst“ erscheine. Im übrigen sei die militärische Stärke der DDR „auch weiterhin der echteste und größte Beitrag“ zur Friedenssicherung.

Das sind haargenau die gleichen Worte, mit denen Apel seine Bundeswehr und den Kriegsdienst verteidigt. Sie dienen auch tatsächlich dem gleichen Zweck, denn die DDR von heute ist kein Arbeiterstaat, der sich gegen die Interventionsabsichten einer kapitalistischen Umwelt zu verteidigen hätte, sondern selbst ein imperialistisches Land. Selbst beteiligt an solchen Aktionen wie dem Überfall auf die CSSR 1968 usw.



Drill in der NVA.

Sie ist ein Staat, der auch in seiner Militärpolitik voll in die Strategie der Moskauer Sozialimperialisten eingegliedert ist.

Das machte Gysi auch selber deutlich. Denn in seiner Begründung für die Ablehnung des „Friedensdienstes“ wies er auf die Beitragsverpflichtungen der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes hin und führte aus, es sei ohnehin „schon schwer genug“, „die Kontingente zu stellen, zu denen wir verpflichtet sind.“

Bleibt noch hinzuzufügen, daß sich die DDR vertraglich verpflichtet hat, dem sowjetischen Sozialimperialismus bei allen militärischen Abenteuern Beistand zu leisten, wenn er danach ruft. Ebenfalls vertraglich festgehalten wurde das Recht der Sowjetarmee, die in großer Stärke in der DDR stationiert ist, ihre Truppen jederzeit gegen die Werktätigen der DDR aufmarschieren zu lassen, wenn sie ihre Interessen bedroht sieht.

Und diejenigen, die den Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt fordern — die Genossen unserer Partei, der KPD Sektion DDR, werden brutal verfolgt und ins Gefängnis geworfen, wenn man ihrer habhaft werden kann.

Die DKP versucht immer, die DDR als ein Bollwerk des Friedens hinzustellen. Angesichts der Tatsachen erweist sich diese Propaganda als Lüge, mit der die westdeutsche Friedensbewegung irregeleitet werden soll.

Wo ist Udo Albrecht?

DDR-Behörden schützen Nazi-Verbrecher vor Strafverfolgung

Vor einigen Wochen wurden in Dortmund Mitglieder der „Wehrsportgruppe Albrecht“ zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Sie hatten Waffen- und Sprengstofflager angelegt, bewaffnete Raubüberfälle begangen und Sprengstoffanschläge vorbereitet.

Schon längere Zeit inhaftiert war der Chef der Bande, Udo Albrecht. Am 29. Juli floh er bei einem Lokaltermin an der Grenze bei Lauenburg in die DDR.

Mehere Wochen lang schwiegen sich die dortigen Machthaber über den Vorfall und den Aufenthalt Udo Albrechts aus. Ein Auslieferungsgesuch durch die Bundesbehörden wurde gestellt; lange wurde nicht einmal der Empfang des Schreibens bestätigt.

Es ergab sich die seltsame Situation, daß in einem Fall — einem der seltenen Fällen, muß man hervorheben — da die westdeutschen Justizbehörden Schritte zur Verurteilung eines gefährlichen faschistischen Terroristen eingeleitet hatten, ausgerechnet „der sozialistische deutsche Staat“ für eine Unterbrechung des Strafverfahrens sorgte. Denn es wäre die Pflicht der DDR-Behörden gewesen, den Nazi-Verbrecher sofort wieder abzuschieben.

Nach Westdeutschland natürlich. Damit ihm, wie das die westdeutschen Antifaschisten fordern, der Prozeß gemacht werden kann. Damit ihm das Handwerk gelegt wird, damit er hinter Gittern verschwindet.

Nichts dergleichen geschah. Inzwischen soll Albrecht tatsächlich abgeschoben sein, aber nicht in die Bundesrepublik, sondern in den Nahen Osten. Gesicherte Meldungen gibt es nicht. Immerhin wurde dieses unerhörte Verhalten der DDR-Behörden von der rechten Presse in der Bundesrepublik begierig aufgegriffen. Die „Bild“-Zeitung jubelte: Endlich könnte man die Zusammenarbeit von Kommunisten und Faschisten ganz handfest nachweisen! Denn die Springer-Presse spekuliert natürlich darauf, daß immer noch viele Menschen die Zustände in der DDR für „realen Sozialismus“ halten.

Diesen reaktionären Hetzern haben die DDR-Behörden gehörig Munition geliefert, das steht fest.

Der DKP ist dieses Verhalten offensichtlich peinlich. In ihrer Zeitung „UZ“ findet sich jedenfalls seitdem kein Wort mehr über Albrecht und seine Wehrsportgruppe, obwohl die „UZ“ sonst gern so tut, als wäre die DKP überhaupt die einzige Partei, die sich für die Verfolgung der neonazistischen Verbrecher einsetzt.

Dieses Verhalten sollte den Mitgliedern der DKP zu denken geben! Mögen sie einmal ihre Parteiführer fragen, wie sie diesen Vorgang erklären! Auch wir sind auf eine Stellungnahme gespannt.

Fest steht, daß die DDR hier aktive Strafvereitelung zugunsten eines der gewalttätigsten faschistischen Verbrechers in Westdeutschland betrieben hat. Ein Schlag ins Gesicht der westdeutschen Antifaschisten.

„. . .nach dem Vorbild der SA"

ADN verteufelt polnische Arbeiter

Im Rahmen ihrer Hetze, mit der sie den kürzlich beendeten 1. Landeskongreß der unabhängigen polnischen Gewerkschaft „Solidarität“ begleitet hat, veröffentlichte die Redaktion der SED-Zeitung „Neues Deutschland“ am 22.9. einen Beitrag des ADN-Korrespondenten Paul Weinreich, der einen neuen Höhepunkt der arbeiterfeindlichen Haßtiraden darstellt.

Die revisionistische Polnische Vereinigte Arbeiterpartei verliert immer mehr an Einfluß auf die polnischen Arbeiter. Diese machen sich immer selbstbewußter Gedanken darüber, wie sie ihre wirtschaftliche und politische Situation verbessern können, wie sie sich vom Diktat der arbeiterfeindlichen Partei befreien, wie sie sich mehr Rechte erkämpfen können.

Schon die Tatsache, daß der „Solidaritäts“-Kongreß stattfand, war den Herrschenden in Polen, aber auch den Regierungen in der Sowjetunion und der anderen Warschauer-Pakt-Staaten ein Dorn im Auge, denn er dokumentierte öffentlich die Schwäche von Partei und Staatsführung.

Wie wir mehrfach im „Roten Morgen“ nachgewiesen haben, sind es nicht die wirklich antisozialistischen und rückschrittlichen Ideen, die naturgemäß — und die Schuld dafür liegt bei denen, die den Sozialismus durch ihre Politik in Mißkredit gebracht haben! — auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung vorhanden sind, die im Mittelpunkt der Angriffe der „Trybuna Ludu“ ebenso wie des „Neuen Deutschlands“ stehen. Es sind vielmehr die berechtigten Forderungen nach mehr Freiheiten für die Arbeiter und ihre Gewerkschaft bei den Wahlen, nach der direkten Wahl der Betriebsdirektoren durch die Belegschaften usw. Der erzreaktionäre katholische Klerus etwa bleibt hingegen weitgehend unbehelligt durch die revisionistischen Politiker.

In dem erwähnten ADN-Bericht geht das „Neue Deutschland“ dazu über, offen nach Gewaltmaßnahmen zur Unterdrückung der polnischen Gewerkschafter zu rufen.

Die polnische Parteiführung wird wegen ihres Zurückweichens scharf kritisiert:

„Die von Partei- und Staatsführung jetzt erneut bekräftigte Linie ‚der Verständigung und des Dialogs‘“, so das „ND“, begünstige „einige der gefährlichsten ‚Solidarnosc‘-Führer in ihrer Spekulation, es sei möglich, ohne „offene Gewaltanwendung“, „mit den bisher angewandten Mitteln und Methoden Machtposition um Machtposition leichter und bei geringerem Risiko zu erringen.“

Und weil sie so große Angst vor dem wachsenden landesweiten Einfluß der Solidarität haben, überschlagen sich die Revisionisten inzwischen vor Tollheit.

So heißt es in dem ADN-Bericht: „...verfügt ‚Solidarnosc‘ inzwischen über einen alle Teile des Landes erfassenden Nachrichten- und Informationsdienst mit modernster technischer Ausstattung, der nach Angaben polnischer Journalisten wirksamer operiert als offizielle Medien, **sowie über Kampftruppen nach dem Vorbild der SA.**“

Es verwundert schon nicht mehr, daß auch die schlechte Wirtschaftslage Polens der Gewerkschaft „und jenen, die vor den ständigen Drohungen von ‚Solidarnosc‘ zurückweichen“, in die Schuhe geschoben wird. Als ob es die Mißwirtschaft erst seit dem Entstehen der Solidarität gäbe! War es nicht gerade diese Wirtschaft, waren es nicht gerade die ständigen Angriffe auf die Lebenslage der arbeitenden Menschen in dieser schlechten Karikatur eines „Arbeiterstaates“, die die Arbeiter in den Kampf getrieben haben?

Das „Neue Deutschland“ will davon nichts wissen. Es fordert in dem zitierten Artikel „endlich entschlossene Taten, die geeignet sind, die Konterrevolution **mit allen Mitteln zurückzuschlagen.**“ Dies sei das „nunmehr **unausweichliche Gebot der Stunde.**“

Diejenigen, die die polnischen Arbeiter als „SA-Faschisten“ beschimpfen, sprechen die Sprache eines Joseph Goebbels!

Die unbekannte Opposition in der DDR

Der Rote Stachel

Versorgungslage: katastrophal

Noch mehr Maulkorb

Kommunistische Arbeiter gegen das Honecker-Regime

Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526.

Internationale Solidarität mit verhafteten Kommunisten

Freiheit für Manfred, Andreas und ihre Genossen!

DEN HAAG. — Am Abend des 3. Oktober protestierten Genossen der Niederländischen Arbeiterpartei (Aufbauorganisation) vor der Botschaft der DDR gegen die Verhaftung der Kommunisten Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeldt und der anderen mit ihnen verhafteten kommunistischen Oppositionellen durch das Honecker-Regime.

Die Genossen informierten uns telefonisch über ihre Aktion. Fotos und eine Protesterklärung gehen uns noch zu; wir werden sie im nächsten „Roten



Manfred Wilhelm, Betriebsschlosser beim „Neuen Deutschland“ — verhaftet, weil er ein wahrer Kommunist und Friedenskämpfer ist!

Morgen“ veröffentlichen.

Etwa 30 niederländische Genossen zogen vor der Botschaft auf und bildeten eine Reihe. Viele von ihnen trugen Masken mit dem Foto Manfred Wilhelms. Sie versuchten, eine Protesterklärung in der Botschaft abzugeben, aber ihre Entgegennahme wurde von den DDR-Leuten ohne Begründung verweigert. Man ist in diesen Kreisen offensichtlich an der öffentlichen Meinung und gar an Kritiken der eigenen Politik nicht interessiert. Die Protesterklärung wird der Botschaft nun mit der Post zugestellt.

Die Genossen hielten auch eine Kundgebung ab, durch die die Bevölkerung darüber informiert wurde, daß in der DDR wahre Kommunisten und Friedenskämpfer heute wieder ins Gefängnis geworfen werden. Immer wieder wurde die sofortige Freilassung der Inhaftierten gefordert.

Aus: „Roter Morgen“ — Ausgabe DDR

Solidarität mit den polnischen Arbeitern wird brutal verfolgt

Folgende Angaben veröffentlichte die illegale DDR-Ausgabe des RM im September 1981:

- Im Juli und im August wurden in verschiedenen Betrieben Thüringens sieben Arbeiter verhaftet, weil sie in Betriebsdiskussionen eine Demokratisierung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes gefordert und dabei auf die Bewegung in Polen verwiesen hatten.
- Der Berliner Maurer Detlef Abramson, 24 Jahre, wurde zu zehn Monaten Haft verurteilt, weil er in einem Gespräch mit Bekannten erklärt hatte: „wir müßten das gleiche machen wie in Polen“. In der Urteilsbegründung stand dazu: „Abramson wollte sich mit konterrevolutionären Kräften in Polen solidarisieren“.
- In Weimar wurde der Oberarzt Wilhelm Koch zu einer vierjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, weil er der „Solidarnosc“ rund 10000 Mark gespendet hatte.
- Auf der Verlagslektorenkonferenz im März dieses Jahres erklärte der stellvertretende Kulturminister Klaus Höpcke, daß Bücher über Polen vorerst keine Chance haben, gedruckt zu werden. Außerdem verlangte er von den Lektoren, künftig nicht nur über die literarischen Pläne der Schriftsteller Berichte anzufertigen, sondern auch über ihre Stimmungslage.

Soweit der DDR-„RM“.

Inzwischen wurde, wie wir bereits berichteten, gegen einen der mit den KPD-Genossen Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt verhafteten kommunistischen Oppositionellen wegen des Klebens von Plakaten, die zur Solidarität mit den polnischen Arbeitern aufriefen, Strafantrag von drei Jahren und acht Monaten Gefängnis gestellt. Für eine Frau, der vorgeworfen wird, ihm geholfen zu haben, forderte die Staatsanwaltschaft eine Strafe von einem Jahr und acht Monaten Gefängnis.

Rote Hilfe

Immer wieder versuchen staatliche Behörden, auf Organisationen, in denen auch Genossen der Kommunistischen Partei mitarbeiten, Druck auszuüben oder sie gar deshalb verfolgen zu lassen.

Mit der gleichen Argumentation sind oftmals auch Mitglieder der bundesweiten Hilfsorganisation für politisch Verfolgte, der **Roten Hilfe Deutschlands**, verfolgt worden. Zu diesen Maßnahmen zählen auch Berufsverbote. Kürzlich wurde im Kampf dagegen ein wichtiger Erfolg erzielt: Der Vorsitzende der Organisation, Jürgen Janz, erreichte nach mehrjährigem Rechtsstreit die Wiederzulassung als Lehrer in Bremen.

Wir zitieren hier eine Passage aus dem Urteil: **„Hinweise darauf, daß die RHD andere als die satzungsgemäßen Zwecke verfolgt, fehlen. Auch aus den die praktische Tätigkeit der RHD kennzeichnenden Flugblättern, die der Beamte in der Hauptverhandlung übergeben hat, ergeben sich keine Anhaltspunkte dafür, daß die RHD einen auf Förderung der KPD/ML ausgerichteten Zweck verfolgt. Es ist daher dem Beamten nicht zu widerlegen, daß die RHD als Solidaritätsorganisation die in der Satzung näher umschriebene Unterstützung unabhängig von Organisations- und Parteizugehörigkeit, Weltanschauung oder Religion organisiert und gewährt und ihr Zweck sich darin erschöpft. Nach der gegenwärtigen Erkenntnislage vermag die Kammer in der Tätigkeit des Klägers für die RHD eine dienstrechtliche Verfehlung des Beamten nicht festzustellen.“** (Zitiert nach: „Die Rote Hilfe“ 10/81, S. 3)

Viele politisch Verfolgte haben die von der RHD organisierte praktische Hilfe dankbar zu spüren bekommen. Im September 81 zum Beispiel, so geht aus der zitierten Ausgabe des RHD-Mitteilungsblattes hervor, wurden unter anderem die Opfer der Nürnberger Massenverhaftungen, die Angeklagten in den Brokdorf-Prozessen, der aus politischen Gründen entlassene oppositionelle Betriebsrat Norbert Wiedecke und andere mit einer Menge Geld und juristischer Hilfeleistung unterstützt.

Als Antwort auf die in letzter Zeit wachsenden staatlichen Angriffe auf die Rechte und Lebensbedingungen ausländischer politischer Verfolgter, die in der Bundesrepublik Asyl suchen — der „RM“ hat mehrfach darüber berichtet — gibt die RHD im Rahmen ihrer Mitteilungen ein „Merkblatt zum Asylrecht“ heraus, um ihre Mitglieder in die Lage zu versetzen, solchen Menschen in den komplizierten Streitereien mit den Behörden zu helfen.

Das sind nur einige wenige Beispiele.

Wir können nicht über die RHD berichten, ohne an alle Leser unserer Zeitung die Bitte zu richten, die wichtige Arbeit dieser Organisation durch Spenden und Mitgliedsbeiträge zu unterstützen!

Straßenterror

WESTBERLIN/BREMEN. — Im letzten „Roten Morgen“ haben wir über Springers Ruf nach der Schaffung reaktionärer, militanter Bürgerwehren berichtet, der inzwischen selbst bei Bundestagspräsident Stücklen auf Wohlwollen stößt. Anlaß waren Demonstrationen für den Frieden, gegen Wohnungsnot und Polizeiterror in verschiedenen Städten, vor allem in Westberlin, bei denen die Polizei schwerste Zusammenstöße provozierte.

Die Saat der Gewalt beginnt aufzugehen. Erste Ergebnisse der Mobilisierung reaktionärer und faschistischer Elemente liegen vor.

In Westberlin gehen die Verfechter des totalen Polizeistaates um den für die Häuserräumung und den Tod des 18jährigen Klaus-Jürgen Rattay verantwortlichen Innensenator Lummer selbst zu Werke. Der Sprecher der Innenverwaltung, Hans Birkenbeul, teilte am 1. Oktober die Mobilmachung der „Freiwilligen Polizeireserve“ (FPR) mit. Diese besteht aus 3200 Zivilen, die sich der Polizei zur Verfügung gestellt haben. Sie sollen jetzt „im Bedarfsfall“ zum „Objektschutz“ herangezogen werden, um „angesichts der immer wiederkehrenden Störungen der öffentlichen Sicherheit der Stadt



Die Potsdamer Straße wurde umbenannt.

Polizeikräfte für notwendige Ordnungsaufgaben freizustellen.“ Sofern diese Leute also nicht direkt gegen Demonstranten gehetzt werden — das soll angeblich nicht geplant sein, aber welchen Politikerworten kann man in dieser Hinsicht noch glauben? —, so dient ihr Einsatz doch in jedem Falle der direkten Verstärkung des Polizeieinsatzes gegen die Bevölkerung. Mit der völlig grundlosen Barbarei der Polizisten, der Klaus-Jürgen Rattay zum Opfer fiel, haben die Berliner Behörden deutlich gemacht, was sie unter der Wahrnehmung „notwendiger Ordnungsaufgaben“ verstehen.

Immer noch frei und ungestört dürfen sich in Westberlin auch die Aktivisten der „Bürgerinitiative gegen Chaos“ tummeln, die öffentlich dazu aufrufen, „die Chaoten aus der Stadt zu jagen“.

Und diese Leute finden jetzt Nachahmer im Bundesgebiet. Kaum noch faßbar erscheint, was in dieser Hinsicht aus Bremen gemeldet wird.

Bremen war vor einer Woche Schauplatz ungezügelter Provokationen ziviler Polizisten des Mobilen Einsatzkommandos und uniformierter Beamter, die bei einer Demonstration der Trauer und des Protestes gegen die Tötung Klaus Rattays Schlägereien anzettelten, als Demonstranten getarnt Scheiben einwarfen und unter anderem auch Journalisten und Fotoreporter gezielt angriffen und zusammenschlugen. Auch hier erfolgte eine enorme Aufhetzung nicht allein der Polizeibeamten, auch hier versuchte man, die Bevölkerung gegen die Demonstranten aufzuwiegeln, sie über die wahren Hintergründe der Protestaktionen zu belügen.

Und seit dem 1. Oktober hat Bremen nun seine „Bürgerwehr“. Aus den Worten ihres Sprechers, Horst Rönnebeck, wird deutlich, worum es sich dabei handelt: um eine faschistische terroristische Vereinigung.

Gegenüber der Tageszeitung „Weser-Kurier“ erklärte Rönnebeck ganz offen, sein Verein werde sich *„nach dem Vorbild der ehemaligen Wehrsportgruppe Hoffmann und der Elitekampfgruppe des Bundesgrenzschutzes GSG 9“* ausbilden lassen! Auch die finanzielle Basis sei gesichert: durch *„gute Bremer und denkende Mitschen, darunter auch Millionäre“*.

Bei kommenden Demonstrationen will die Bürgerwehr *„Rädelsführer der Strolche mit modernen Waffen außer Gefecht setzen“*.

Diese Äußerungen werden in einer Tageszeitung veröffentlicht. Das ist mindestens Aufruf zu Mord und Totschlag und Bildung einer terroristischen kriminellen Vereinigung. Das ist — neben allen anderen notwendigen Aktionen — auch ein Fall für den Staatsanwalt.

Worin aber besteht die Reaktion der Politiker? Die „Frankfurter Rundschau“ gibt sie am 2.10. folgendermaßen wider:

„Sprecher der Bremer Innenbehörde, der Polizeigewerkschaft sowie der Polizeipräsident Ernst Diekmann erklärten dazu, solche Aktivitäten würden keinesfalls geduldet. Dies sei den Initiatoren mitgeteilt worden.“ Und das war's.

Ist das noch zu fassen? Keine Maßnahme gegen die faschistischen Mordhetzer. Keine Unterbindung der Werbung für ihre Bande. Bestenfalls wenn es die ersten Opfer gibt, wird man einschreiten. Das ist nichts anderes als offizielle Begünstigung dieser verbrecherischen Umtriebe. Kann man seine wahren Ziele noch deutlicher offenlegen, als es die Politiker hier tun?

Diese Provokationen dürfen nicht unbeantwortet bleiben. Es geht ja hier nicht um leeres Geschwätz. Das ist eine reale Bedrohung für jeden Demokraten und Antifaschisten.

Setzen wir uns gegen die Bürgerkriegsvorbereitungen zur Wehr! Die Polizeistaatsmaßnahmen müssen zu Fall gebracht werden!

Rönnebeck und seinesgleichen gehören hinter Gitter!

Westberliner Gewerkschafter:

„Jetzt werden wir auch Hausbesetzer“

KLEVE/WESTBERLIN. — Mit einem Schweigemarsch durch Kleve, die Heimatstadt Klaus-Jürgen Rattays, gedachten am 25. September viele Jugendliche des von der Polizei in den Tod getriebenen jungen Mannes. In Westberlin wurde eine Straße in „K.-J.-Rattay-Straße“ umgetauft. Der Tod Klaus Rattays wird nicht so schnell vergessen werden. Jetzt erst recht den Kampf gegen Wohnungsnot und gegen den Polizeistaat aufnehmen — das ist die Losung vieler Menschen geworden.

„Der Dialog mit der Jugend: Mord und Schlagstock“, „Aktiv gegen Wohnungsnot und Spekulantentum“ — das waren Losungen, die die Demonstranten in Kleve mitführten. Viele arbeitslose Jungen und Mädchen marschierten mit. Kleve ist eine Stadt mit einem besonders hohen Anteil an Jugendarbeitslosigkeit.

„Still geworden“ sei es in Westberlin „um die acht ehemals besetzten Häuser“. Das berichtet das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ und schreibt über „erste Modernisierungsmaßnahmen“ durch die gewerkschaftseigene „Neue Heimat“, die als Besitzer von sechs Häusern mit ihren Räumungsklagen ein Hauptinitiator der brutalen Polizeieinsätze war, bei denen Klaus Rattay getötet wurde. Über diese Verantwortung fällt hier allerdings kein Wort. Stattdessen erfährt man, der DGB habe zusammen „mit Arbeitgebern an Verantwortliche und Gutwillige appelliert“, „einer weiteren Eskalation gewalttätiger Auseinandersetzungen vorzubeugen.“

Aber so schnell wird wirklich nicht vergessen. Und das ist gut so. Daß es Protest gegen die Haltung der DGB-Führung in Berlin auch unter aktiven Gewerkschaftern gibt, beweisen die Berichte auf den Gewerkschaftsseiten in diesem „Roten Morgen“.

Selbst die „Welt der Arbeit“ bestätigt das, indem sie kurz die Reaktionen von Gewerkschaftern beschreibt, die mit ihren Betriebsgruppen zusammen Patenschaften für besetzte Häuser übernommen hatten. Die Sprecherin einer dieser Gruppen:

„Die Fronten haben sich verhärtet — Gewerkschafter, die bisher nur mit den Besetzern sympathisiert haben, sind jetzt entschlossen, selbst Häuser zu besetzen.“

In den letzten Wochen ar eine verschärfte Anwendung des „Radikalenerlasses“, eine Ausweitung der Berufsverbotspraxis für politisch mißliebige Menschen zu beobachten. Dafür bringen wir hier einige markante Beispiele. Es gab

Berufsverbot für:

Gläubige Katholikin

Auch ein religiös motiviertes Verhalten kann zu „Zweifeln an der Verfassungstreue“ eines Menschen Anlaß geben und zur Verhängung eines Berufsverbotes führen. Diese skandlöse Entscheidung traf das Freiburger Verwaltungsgericht. Damit wurde die Abweisung einer 27jährigen **katholischen Lehramtsbewerberin** bestätigt, die sich geweigert hatte, eine Erklärung zur Verfassungstreue zu unterschreiben, weil sie „nur gegenüber Gott eine unbedingte und uneingeschränkte Treueverpflichtung eingehen“ könne. Damit biete sie nicht die Gewähr, jederzeit für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ einzutreten.

Atomwaffengegner

Trotz mehrmaliger Gerichterfolge gegen die mittelfränkische Bezirksregierung wird der Nürnberger **Lehrer Heinrich Häberlein** weiterhin nicht in den Staatsdienst übernommen. Die Regierung eröffnete ein neues Verfahren gegen Häberlein, der bayrischer Landesvorsitzender der DFG/VK ist. Ihm wird jetzt unter anderem vorgehalten — und damit soll seine fehlende Tauglichkeit als Lehrer endgültig untermauert werden — 'daß er den „Krefelder Appell“ gegen die Stationierung amerikanischer Atomraketen in Westdeutschland unterzeichnet hat!

Angestellten

Daß nicht allein Beamte oder Beamtenanwärter der Gefahr des Berufsverbots ausgesetzt sind, belegt unter anderem der Fall des Freiburgers **Thomas Armbruster**. Dieser wurde kürzlich als Arbeitsvermittler beim Freiburger Arbeitsamt entlassen. Einzige Begründung: Mitgliedschaft in der DKP!

Richter

Weil er der DKP angehört, wurde dem Hamburger **Juristen Hermann Brandt**, der hervorragende Beurteilungen über seine berufliche Qualifikation besitzt, vom mehrheitlich mit SPD-Mitgliedern besetzten Richterwahlausschuß der Stadt die Zulassung zum Richter am Sozialgericht verweigert. Vorausgegangen war eine massive Hetze der CDU und der Springer-Presse.

Studienräte

Endgültigen Entzug der Lehrbefugnis verfügte das Hamburger Oberverwaltungsgericht gegen den **Studienrat Gerd Heide**. Bereits seit 1975 kämpfte dieser um sein Recht, das ihm nunmehr für alle Zeit verweigert wird. Damals war er vom Schuldienst suspendiert und mit Hausverbot belegt worden, weil er seinen Schülern die wahren Hintergründe des Vietnam-Krieges erläutern wollte. Einseitige „prokommunistische Darstellung“ war das in den Augen der Behörden. Ein ordentlicher Lehrer hat schließlich im Rahmen der „Ausgewogenheit“ auch um Verständnis für die US-amerikanischen Massenmörder zu werben!

Ein förmliches Disziplinarverfahren leiteten die baden-württembergischen Behörden gegen den Nagolder **Studienrat Lutz Bäuerle** ein. Damit soll der „Beamte auf Lebenszeit“ doch noch aus dem Schuldienst geworfen werden. Wegen seiner DKP-Mitgliedschaft bestünden „berechtigte Zweifel an seiner Verfassungstreue“.

Die Berufsverbote sind ein schwerwiegender Anschlag auf demokratische Rechte. Jeder Demokrat ist betroffen. Alle Demokraten müssen dagegen zusammenstehen. Die Berufsverbote müssen fallen, alle Betroffenen müssen wieder eingestellt werden!



Demonstration für die Abschaffung des Berufsverbotserlasses.

Anschläge auf das Wahlrecht

Im Zuge der Ausweitung der Gesinnungsschnüffelei und der Verfolgung mehren sich auch die Anschläge auf weitere Grundrechte, darunter auch das Wahlrecht.

Zwei Beispiele aus jüngster Zeit:

Wegen eines Wahlaufrufs zugunsten der DKP sollen im Kreis Marburg 40 Lehrern für ihr berufliches Weiterkommen und ihre Zukunft Steine in den Weg gelegt werden. Ihr „bedenkliches Verhalten“ wurde in ihre Personalakten aufgenommen.

In Esslingen wird einem DKP-Mitglied das passive Wahlrecht gänzlich vorenthalten. Der Stuttgarter **Rechtsanwalt Hans-Dieter Wohlfahrt** wurde vom Landratswahlausschuß von einer Kandidatur für den Posten des Landrates ausgeschlossen, weil ein solcher nach Paragraph 38 der Landkreisordnung die Gewähr dafür bieten müsse, jederzeit für die „FdGo“ einzutreten.

Ärztekongreß in Hamburg:

Ärzte aktiv gegen Atomkriegsvorbereitungen

Gespräch mit Frau Dr. Wiebke Reibisch aus Kiel

Am 19. und 20. September dieses Jahres fand in Hamburg, wie auch im „Roten Morgen" angekündigt, der Kongreß „Ärzte warnen vor dem Atomkrieg" statt. Er offenbarte eine große und für viele sicher überraschende Bereitschaft sehr vieler Ärzte, sich angesichts der realen Gefahr eines Atomkrieges politisch zu engagieren, einen Beitrag dazu zu leisten, daß es nicht soweit kommt.

Wir hatten Gelegenheit, mit der Kieler Ärztin Dr. Wiebke Reibisch über diesen Kongreß zu sprechen. Auszüge aus diesem Gespräch geben wir hier wieder.

Die Vorbereitung des Kongresses begann mit einer Unterschriftensammlung. In kurzer Zeit erklärten sich über 1000 Ärzte mit ihrer Unterschrift und Geldspenden bereit, den Kongreß mitzutragen. Im Anschluß daran wurden in großen Zeitungen Anzeigen veröffentlicht, sogar im recht reaktionären Ärzteblatt.

Eine Reihe namhafter Wissenschaftler, so berichtet Wiebke Reibisch, war eingeladen worden, die sich durch großes Faktenwissen über die Vorgänge bei der gegenwärtigen Atomrüstung, Kriegsvorbereitung, Zivilschutzmaßnahmen usw. auszeichneten.

Der Andrang war sehr groß: „Bei Kongreßbeginn bildeten sich riesige Schlangen vor dem Audimax der Hamburger Uni. Man mußte lange anstehen, um überhaupt hineinzukommen. Der Saal war gerammelt voll. Offizielle Angaben sprechen von 1600 Teilnehmern, aber wir nahmen eigentlich an, daß es sehr viel mehr waren.

Die Teilnehmer kamen aus dem gesamten Bundesgebiet. Die meisten sind irgendwie als Ärzte tätig, aber auch Psychologen, Lehrer und andere waren darunter, natürlich auch viele, die zwar keine Ärzte sind, aber an verschiedenen Stellen im medizinischen Bereich arbeiten."

„Der erste Vormittag war gefüllt mit den wissenschaftlichen Referaten, darunter die von General a.D. Bastian, von einem Biophysiker aus England, von einem Professor aus der Schweiz, der über Zivilschutz und Bunkerbau berichtete und über die Nutzlosigkeit selbst der eigentlich vorbildlichen Einrichtungen in der Schweiz, wenn es zu einem wirklich großen Atomkrieg kommt, bei dem ein Großteil der vorhandenen Waffen eingesetzt wird. Da kann dann überhaupt nichts mehr helfen.

Kriegsmedizin

Ein Arzt berichtete auch über das Gesundheitssicherstellungsgesetz, das zwar noch nicht in Kraft ist, aber in Zukunft das Problem lösen soll, was man mit den Kranken zu machen hat, wenn ein Atomkrieg ausgebrochen ist. Dies Gesetz regelt eigentlich nur die Auslese derer, die noch zur Kriegsführung taugen, und derer, die man nicht mehr gebrauchen kann." Und denen wird dann auch nicht mehr geholfen.

Die Ärzte planen den Boykott der „Ausbildungskurse", in denen sie darauf getrimmt werden sollen, alle Leute von vornherein krepieren zu lassen, die nicht schnell wieder kampffähig gemacht werden können.

„Am Nachmittag waren dann Arbeitsgruppen. Interessanterweise war die Teilnahme bei der Arbeitsgruppe wirklich überragend, bei der es um die Frage ging: Was macht man, um zu verhindern, daß es überhaupt zum Atomkrieg kommt. Diese Veranstaltung war wirklich brechend voll."

„Am nächsten Tag wurde dann im wesentlichen zusammengefaßt. Dieser Tag stand unter dem Aspekt: Wie soll's nun weitergehen? Was macht man jetzt am besten? Dabei berichteten auch Ärzteinitiativen aus dem Ausland, da waren Vertreter aus Holland und England, die in ihren Ländern schon Ärzteinitiativen aufgebaut haben, die dort laufend Kampagnen gegen Kernwaffen bzw. zur Verhinderung eines Atomkrieges machen und damit wirklich gute Erfolge erzielen und schon eine breite Bewegung hinter sich haben. Zum Teil können sie auch in eigentlich sehr konservativen Medien auftreten.



Plakat zu dem Ärzte-Kongreß.

Was ich mit als Clou empfunden habe am letzten Vormittag, war ein Auftritt von Rechtsanwalt Schily aus Berlin, der ausgesprochen fortschrittliche Forderungen gestellt hat, unter anderem: Abrüstung in Ost und West, raus aus der NATO, raus aus dem Warschauer Pakt — das waren so die Kernpunkte, die sonst ja nur von sehr linken Kreisen so vertreten werden, und man kann in so einer relativ konservativen Versammlung kaum erwarten, daß die da ankommt. Aber sie kamen wirklich gut an, man hatte den Eindruck, daß die fortschrittlichen Forderungen besonders gut aufgenommen wurden.

Was noch ganz wichtig war: Es waren auch Vertreter der Ärztekammer eingeladen worden, die ja auf ihre Fahne geschrieben haben, dafür sorgen zu wollen, daß die Kranken dann gut versorgt werden können, und die eben entsprechend zu katastrophenmedizinischen Fortbildungsveranstaltungen einladen. Sie drückten sich aber mit Erfolg, auf diesem Kongreß Stellung zu nehmen."

„Alle Teilnehmer haben jetzt beschlossen, in ihren Städten und da, wo sie herkommen, überall Ärzteinitiativen aufzubauen und publikumswirksam zu arbeiten. Zumal die Ärzte ja als Berufsstand einigen Einfluß haben oder zumindest einiges Ansehen. Das will man einfach auch politisch ausnutzen.

Ärzteinitiativen in allen Städten

RM: Daß Ärzte von sich aus so fortschrittliche Sachen machen, ist ja eigentlich gar nicht so selbstverständlich....

„Ist es auch nicht. Darum war das auch irgendwie so toll, die Erfahrung, die wir da gemacht haben. Wenn man sich die Leute so anguckt, die da saßen, dann sah man natürlich weniger Leute mit ehrwürdig grauem Haar und schickem Anzug, so wie man das sonst von Ärztekongressen kennt, sondern es war doch überwiegend ein jugendliches Publikum. Aber es waren, besonders am zweiten Tag, auch einige ältere Vertreter da. Das ist mir doch aufgefallen."

Als wesentlichstes hielt Frau Dr. Reibisch fest, daß die Ärzte sich heute sagen, daß sie nicht nur zum Heilen da sind und warten müssen, bis etwas passiert ist, sondern daß man vorher etwas tun muß. Gerade, wenn es um Atomkriege geht.

„Ja, gerade weil auf dem Kongreß aufgrund dieser ganzen wissenschaftlichen Darstellungen klargeworden ist, daß es hinterher gar nichts mehr zu heilen gibt. Darum wurde auch diese Überschrift für den Kongreß genommen, ‚Die Überlebenden werden die Toten beneiden'. Denn wenigstens in einem Umkreis von 300 Kilometern um den Explosionsort einer Atombombe herum werden auch die Überlebenden ein grausames Ende vor sich haben. Daraus folgt eben die wirkliche Rolle der Ärzte: Hinterher können sie nicht mehr viel machen. Wichtig ist, daß sie vorher warnen, wie schrecklich das ist."

RM: Wichtig, wenn man richtig dagegen kämpfen will, ist ja auch das Wissen um die eigentlichen Ursachen eines möglichen Krieges, bei dem Atomwaffen eingesetzt werden. Du hast vorhin Schilys Ausführungen zitiert. Ist das, sind diese Ursachen dort irgendwie weiter ausgearbeitet worden?

„Das war also politisch eigentlich am wenigsten klar. Es wurde schon die Aufrüstung von den verschiedenen Ländern konkreter dargestellt, was das nun für Waffen gibt, wie die wirken und miteinander zusammenhängen. Aber die Redner haben stets mehr allgemein an die Menschlichkeit appelliert, es wurden nicht die finanziellen Interessen im Hintergrund aufgezeigt, es wurde nicht herausgestellt, daß im Grunde der ganze Kapitalismus als Einrichtung zwingend Kriege fordert, wenn er weiter bestehen will. Das Wort Kapitalismus als Ursache ist zum Beispiel nie gefallen."

Eine Initiative von großer Bedeutung

Diese Zustandsbeschreibung, das stellte auch Frau Reibisch klar, darf keinesfalls dazu führen, die Bedeutung des Kongresses, die Bedeutung der Initiative der dort vertretenen Ärzte herunterzuspielen. Das Engagement, was sich hier gezeigt hat, ist sehr wichtig. Es ist von großer Bedeutung, wenn die Ärzte ihre Rolle als bloße „Flickschuster" abstreifen und — aus ihrem positiv verstandenen humanitären Anspruch heraus — sich aktiv in der Bewegung zur Verhinderung eines Atomkrieges betätigen.

Und wer einmal aus dem Munde eines Arztes, eines medizinischen Fachmanns also, vernommen hat, was die wirklichen Folgen eines Atombombenabwurfs sind, der wird den beschönigenden Worten der Politiker keinen Glauben mehr schenken, die uns früher eine Aktentasche und heute eine Alufolie als wirksamen Schutz gegen Strahlenschäden empfehlen wollen.

„Nicht so ganz klar", ist nach den Worten von Wiebke Reibisch die Frage des Zivilschutzes. Die meisten Kongreßteilnehmer neigen zu der Auffassung, wenn es zum Krieg kommt, ist die Erde total kaputt, da nutzt dann kein Bunker was. Das würde natürlich stimmen, wenn blindwütig alle Atomwaffen zur Explosion gebracht werden. Das würde aber auch bedeuten, daß diejenigen, die an einem Krieg verdienen wollen, sich selbst vernichten. Deshalb ist das sicher nicht die Form, in der Atomwaffen eingesetzt werden. Wir haben im „Roten Morgen" bereits erklärt, daß die KPD — ohne diese Frage in den Vordergrund zu stellen und erst recht ohne sie gegen die dringende Aufgabe, alles zur Verhinderung des Krieges zu tun, auszuspielen, — ohne auch nur um einen Deut der Schrecklichkeit der Folgen eines auch begrenzten Einsatzes atomarer Waffen herunterzuspielen — auch Zivilschutzmaßnahmen für notwendig hält.

Atomkrieg — Ausgeburt kranker Hirne?

Es herrschen eben bei vielen Ärzten noch Unklarheiten über die Hintergründe der Kriegsvorbereitungen. Frau Reibisch beschreibt weitverbreitete Ansichten so:

„...Dementsprechend fielen auch die Appelle aus, die auf dem Kongreß erhoben wurden. Sie gingen an die Politiker, an die „gesund denkenden Menschen", wie es einer formulierte. Dahinter steht die Auffassung, daß es ein krankhafter Geist sei, der solche Sachen produziert. Also, als wenn die Idee, einen Atomkrieg zu machen, aus dem Hirn eines kranken Menschen entspränge. Und das ist ja eigentlich nicht das Problem; die Atomrüstung wird von denen, die an der Spitze stehen, ja nicht aufgrund ihres krankhaften Geisteszustandes betrieben.

Ein weiterer Standpunkt war: ‚Wir müssen den Politikern klarmachen, daß wir sie nicht mehr wählen, wenn sie nicht dafür sorgen, daß das verhindert wird.' Das ist ja immerhin auch schon eine politische Aussage. Die Frage ist natürlich bloß, wen man dann wählt. Das wurde auf dem Kongreß nicht beantwortet."

Das öffentliche Interesse ist sehr groß

RM: Wie soll denn die Arbeit in den nun zu gründenden örtlichen Initiativen aussehen?

„In einem Vierteljahr werden die Ärzteinitiativen ihre Aktiven nochmal zusammenrufen und Erfahrungen auswerten, Perspektiven besprechen. Da wird dann eine richtige Arbeitssitzung gemacht. Dieser Kongreß war erstmal Anstoß, sich kennenzulernen und weiter zusammenzuarbeiten. Man wird sehen, wie die einzelnen, die jetzt vom Kongreß zurückgefahren sind, das nun anpacken.

Bei mir ist das so gewesen: Ich habe sofort die Plakate, die ich noch hatte, im Wartezimmer und im Sprechzimmer aufgehängt und hab' noch ein paar von den Einladungsschreiben, wo also noch inhaltlich zu dem Thema Stellung genommen wird, auf meinen Schreibtisch gelegt, für Leute, die warteten, daß ich ins Zimmer kam, und ich hab' dort schon sehr viele Gespräche geführt über das Thema, wo ich gemerkt habe, daß die Leute da wirklich interessiert sind und darüber reden wollen. Ich wußte gar nicht, daß so viele darauf ansprechbar sind. Das war viel mehr, als ich erwartet hatte. Da kamen sofort solche Fragen: ‚Ach, wissen Sie da was drüber?' oder ‚waren Sie da' und so."

Man kann also sagen: Hier ist etwas in Gang gekommen, was weite Kreise zieht. Eine ermutigende Entwicklung, die zur Stärkung der Friedensbewegung in unserem Land beiträgt!

Frieden sichern — durch Neutralität!

Der Kampf gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen auf dem Boden der Bundesrepublik hat mit der Bonner Großdemonstration einen Höhepunkt erreicht und zeigt eindrucksvoll die Stärke, die die Friedensbewegung heute bereits hat.

Diese NATO-Raketenpläne, die die Wahrscheinlichkeit enorm erhöhen, daß Deutschland zum hauptsächlichen Schlachtfeld eines Krieges der beiden Militärblöcke wird, sind schon jetzt auf sehr breiten Widerstand gestoßen.

Aber die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ist nicht die einzige Gefahrenquelle, sondern der deutlichste und aktuellste Ausdruck der Gefahr, in der ganz Deutschland schwebt. Eine Gefahr, die dadurch entsteht, daß zwischen den beiden deutschen Staaten die Grenze der beiden Militärblöcke läuft, daß sie sich hier direkt gegenüberstehen.

Die Bundesrepublik ist heute schon das Land mit der größten Atomwaffendichte der Welt, auch ohne die neuen Mittelstreckenraketen. Hier lagern unermeßliche Arsenale an atomaren und chemischen Kampfstoffen, hier ist eine Schaltzentrale für die Aktionen der US-Armee in aller Welt.

Die Gefahr für die Bevölkerung der Bundesrepublik ist Ergebnis der Politik, die die NATO-Befehlsmacht USA und in ihrem Gefolge die Bundesregierung einschlagen. Der Amtsantritt der Regierung Reagan in den USA bedeutete eine entscheidende Verschärfung jener Politik, die die USA seit langen Jahren verfolgen. Die USA verstärken seitdem ihre Rolle als größter Waffenhändler der Welt immer mehr. Sie stützen kompromißlos die blutigsten Diktaturen der Welt von El Salvador bis Südkorea, organisieren selbst faschistische Putsche oder helfen deren Urhebern. In allen Ecken dieser Welt erheben sie ihren Herrschaftsanspruch — im Interesse der Großbanken und Ölmultis, auf Betreiben der Rockefeller und Morgan.

Und wie stets in ihrem Windschatten die westdeutsche Monopole, die Herrschenden der Bundesrepublik. Daß gerade die Bundesrepublik, die Bundesregierung der treueste Gefolgsmann der US-Regierung ist, das zeigte sich schon bei der Carterschen Kampagne zum Boykott der Olympiade im letzten Jahr — kein anderes Land der EG folgte dem amerikanischen Aufruf.

Während die CDU/CSU stramm auf Aufrüstungskurs liegt und ständig fordert, man solle noch mehr Waffen beschaffen, eine noch größere Armee aufbauen, wenden die Bonner Koalitionsparteien ab und zu ein, die Supermächte müssten auch noch verhandeln. Was sie aber bisher praktisch getan haben, war nichts anderes als jeden im Pentagon geplanten Schritt mitzugehen.

Aber es gibt auch Kräfte innerhalb der Friedensbewegung, die daran arbeiten, diese Bewegung daraufhin zu orientieren, eben solche neue Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR als ihr Ziel zu sehen. So soll diese Friedensbewegung in die Geleise der Regierungspolitik geleitet werden, soll sie von Verhandlungsergebnissen abhängig gemacht werden, die von Washington und Moskau bestimmt werden. Solche Verhandlungen, wie auch immer sie aufgemacht sein mögen, entsprechen durchaus auch, das darf man keinesfalls vergessen, dem sogenannten NATO-Doppelbeschluß — erst aufrüsten, dann verhandeln. Solche Verhandlungen entsprechen der Politik, wie sie bereits seit langen Jahren von beiden Seiten betrieben wird und die als einziges faßbares Ergebnis, trotz aller Erklärungen und Verträge, nur eines gebracht hat: ununterbrochene Aufrüstung.

Denn: Wer verhandelt denn da? Das sind doch genau die beiden Mächte, die auf der ganzen Welt die aggressivste imperialistische Politik verfolgen, die selbst am meisten aufrüsten, am meisten Waffen verkaufen, ihre Truppen überall stationieren, anderen Ländern drohen und einmarschieren.

Die KPD ist absolut nicht der Meinung, daß es sich bei der UdSSR heute um eine — im Gegensatz zu den USA — friedliebende Macht handelt.

Dies zeigen am deutlichsten der Krieg, den die sowjetischen Besatzer gegen die übergroße Mehrheit des afghanischen Volkes führen, die Drohungen gegen Polen, die sich nicht gegen die dortige offene Reaktion, sondern gegen die polnischen Arbeiter richten, dies zeigen auch nach amerikanischem Muster abgeschlossene ungleiche Verträge mit Angola.

Eine Parole auf der Veranstaltung der DGB-Jugend NRW

Ganz wie die USA haben auch die UdSSR-Führer niemanden im Warschauer Pakt gefragt, als sie drohten, ebenfalls die Neutronenbombe zu bauen, wenn die USA dies täten. Deshalb kämpfen die Genossen der KPD in der DDR auch dort für den Austritt aus dem Warschauer Pakt, für Neutralität.

Aber es ist eine Tatsache, daß nur einseitige Schritte etwas in Bewegung bringen, daß es dagegen nur die Logik der Rüstungsgewinnler, der Kriegshetzer ist, zu sagen, nur wenn die anderen abrüsten, können wir es auch. So wurde von jeher Aufrüstung betrieben, von jeher wurde sie so verpackt serviert. Noch nie hat jemand gesagt, ich rüste auf, weil ich Krieg will.

Und die entscheidenste Maßnahme einseitiger Abrüstung, die logische Schlußfolgerung daraus, die nötige Konsequenz ist für die Bundesrepublik der Austritt aus der NATO, die Neutralität.

Hier leben wir, hier können wir etwas erreichen, hier können wir eine Kraft darstellen. Was die amerikanische Regierung macht, darauf haben wir von der Bundesrepublik aus wenig Einfluß — aber auf das, was hier geschieht, können wir Einfluß nehmen. Sicherlich sind alle solche Forderungen übernationalen Maßstabs wie eine atomwaffenfreie Zone zu unterstützen, aber die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik sind es zunächst, die man am nachhaltigsten beeinflussen kann. Und eine neutrale Bundesrepublik könnte dem Gedanken eines atomwaffenfreien Europas entscheidenden Auftrieb geben.

Die Forderung nach Neutralität, die unsere Partei schon in ihrem Aktionsprogramm erhoben hatte, ist auch das Kernstück des Friedensplans der KPD, den unsere Partei als Ziel des gegenwärtigen Friedenskampfes allen Menschen vorschlägt, die für die Sicherung des Friedens aktiv sein wollen, unabhängig von ihren sonstigen Überzeugungen. Diese Forderung wird heute von zunehmend mehr Stimmen innerhalb der Friedensbewegung vertreten.

Denn sie stellt, wenn sie erfüllt wird, die Beseitigung der größten Gefahr dar. Sie bedeutet die Abkoppelung von den kriegstreiberischen Politik der USA und das Ende des Bündnisses der in der Bundesrepublik herrschenden Klasse mit dieser Politik.

In den zahlreichen Debatten um die Ziele der Friedensbewegung taucht dabei verschiedentlich der Einwand auf, diese Forderung sei zwar gut, oder zumindest überlegenswert, aber sie sei wohl utopisch. Denn sowohl die USA als auch die Bundesregierung seien dagegen.

Das stimmt zweifellos. Aber genau so, wie auch die Forderung nach Rücknahme des Stationierungsbeschlusses für neue Mittelstreckenraketen nur im Kampf gegen die Politik der USA und der Bundesregierung möglich ist, genau so ist es auch mit der Forderung nach Neutralität. Denn beides widerspricht den Plänen der Herrschenden dieser beiden Staaten, die bereit sind, ein ungeheueres Blutbad unter unserem Volk anzurichten, um die eigenen Interessen zu verfolgen.

Aber es ist ein Kampf, der nicht nur die aktuelle Entwicklung der Gefahr bekämpft — wie jetzt den Doppelbeschluß —, sondern an die Quelle geht. Denn eine echte Neutralität muß auch die Abschaffung von Offensivbewaffnung, das Verbot von Waffenexport und andere Maßnahmen beinhalten, die eine aggressive Politik verhindern. Forderungen, wie sie im Friedensplan der KPD erhoben werden.

Gerade, weil es einen machtvollen politischen Kampf erfordert, solche Forderungen nach einer echten Neutralität zu erreichen, ist es so wichtig, daß sich die größte Organisation der arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik, daß sich der DGB am Friedenskampf entscheidend beteiligt. Es sind die Arbeiter und Angestellten, die die Hauptopfer der Kriegspolitik sind. Sei es des Bombenterrors auf Industriezentren, sei es an der Front, sei es durch die absolute Rechtlosigkeit in der Kriegswirtschaft.

Deshalb war es so wichtig, daß möglichst viele Gewerkschafter sich an der Bonner Demonstration beteiligen, und auch die Genossen der KPD haben im DGB zahlreiche Initiativen dafür unternommen, wie so viele andere auch. Das war ein wichtiger Auftakt, eine politische Niederlage für den DGB-Bundesvorstand, der sich als Erfüllungsgehilfe der Bundesregierung betätigt hat.

Wenn diese Entwicklung fortgesetzt werden kann, wenn die klare Forderung nach Neutralität zum Leitstern der Friedensbewegung wird, wenn das Vertrauen in Verhandlungen als Irrweg erkannt wird, dann kann, gegen alle Widerstände auch der NATO-Austritt erreicht werden, wie ihn heute schon auch viele Sozialdemokraten in verschiedenen westeuropäischen Ländern fordern.

Deutschland darf kein Schlachtfeld werden

Der Friedensplan der KPD mit den Acht-Punkte-Programmen für die Bundesrepublik, die DDR und Westberlin. Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, kostenlos.

Aus dem Programm der KPD:

Woher kommt der Krieg?

„Mit der Ablösung der freien Konkurrenz und der Herrschaft des Industriekapitals durch die Herrschaft der Monopole ist der Kapitalismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts in das Stadium des Imperialismus getreten. Der Imperialismus läßt alle Tendenzen und Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus, alle seine inneren Widersprüche in voller Schärfe hervortreten.

Ist der Profit das Ziel jeder kapitalistischen Produktion, so ist das ökonomische Grundgesetz des Imperialismus das Streben nach Maximalprofit.

Das führt nicht nur zum verschärften Konkurrenzkampf im Innern des Landes, sondern zwingt die Monopole auf der ganzen Welt nach Absatzmärkten und billigen Rohstoffen zu jagen. So gewaltige Kapitalmengen haben sich in den Händen der Finanzoligarchien der imperialistischen Länder konzentriert, daß sie sich nicht mehr allein im dem betreffenden imperialistischen Land zur Erzielung von Höchstprofiten einsetzen lassen, sondern mit absoluter Notwendigkeit auf den kapitalistischen Weltmarkt drängen. Für den Imperialismus ist der Kapitalexport wesentlich. Die Monopole beuten nicht nur die Werktätigen ihres Landes aus, sondern auch diejenigen anderer Länder. Die Jagd nach Extraprofiten treibt sie zur kolonialen und neokolonialen Ausplünderung der unterdrückten Völker und Nationen.

Der nationalstaatliche Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft wurde unwiderruflich gesprengt und durch die ökonomische Aufteilung der Welt unter die Monopole ersetzt. Mit dem Kampf der Monopole um die ökonomische Aufteilung der Welt geht Hand in Hand der Kampf der imperialistischen Staaten um die territoriale Aufteilung der Welt. Weil die imperialistischen Länder sich ungleichmäßig entwickeln, wodurch sich das Kräfteverhältnis zwischen ihnen ändert, entsteht stets aufs neue die Forderung nach einer Neuaufteilung der Welt. Dieser Kampf um die Neuaufteilung der Welt ist Hauptinhalt der Außenpolitik der imperialistischen Staaten. Letztlich kann die Neuaufteilung der Welt nicht friedlich erfolgen, sondern nur durch den Krieg zwischen den imperialistischen Großmächten herbeigeführt werden. Daher sind in der Epoche des Imperialismus imperialistische Kriege unvermeidlich.

Die Staatsmacht, die hauptsächlich Instrument der Diktatur der Finanzoligarchie und Ausdruck ihrer konzentrierten Macht ist, wird im Imperialismus in all ihren Funktionen ausgedehnt und aufgebläht. Der Unterdrückungsapparat gegen das Proletariat im Innern und der Militarismus zur Aggression gegen andere Völker wachsen ins Riesenhafte."

Neutralität — und dann?

Neutralität löst natürlich nicht alle Probleme. Wie im nebenstehenden Artikel erläutert, hat diese Forderung das Ziel die gegenwärtig entscheidende Gefahrenquelle für einen neuen Krieg zu beseitigen.

Die Kommunisten sind der Meinung, und werden darin durch alle Erfahrungen der Geschichte bestätigt, daß die Ursache der heutigen Kriege das kapitalistische Gesellschaftssystem ist. Der Vorschlag, um eine neutrale Bundesrepublik zu kämpfen, dient vor allem zum Ziel einer überparteilichen Friedensbewegung.

Und ein neutrales Deutschland, eine neutrale Bundesrepublik, ist immer noch ein kapitalistischer Staat. Aber ein Staat, in dem es eben — als Voraussetzung des erfolgreichen Kampfes um Neutralität — eine sehr starke Massenbewegung gibt, die die Kraft hat, sich in einer entscheidenden politischen Frage durchzusetzen.

So wird in einem neutralen westdeutschen Staat auch die Frage des Übergangs zum Sozialismus, zu jener Gesellschaft, in der die Macht der Ausbeuterklasse gestürzt ist, in der es keine herrschende Klasse mehr gibt, die am Krieg Interesse hat, wesentlich aktueller und klarer stehen. Denn erst der Sozialismus, die Macht der Arbeiterklasse, wird die Gefahr eines neuen Krieges von deutschem Boden aus endgültig beseitigen.

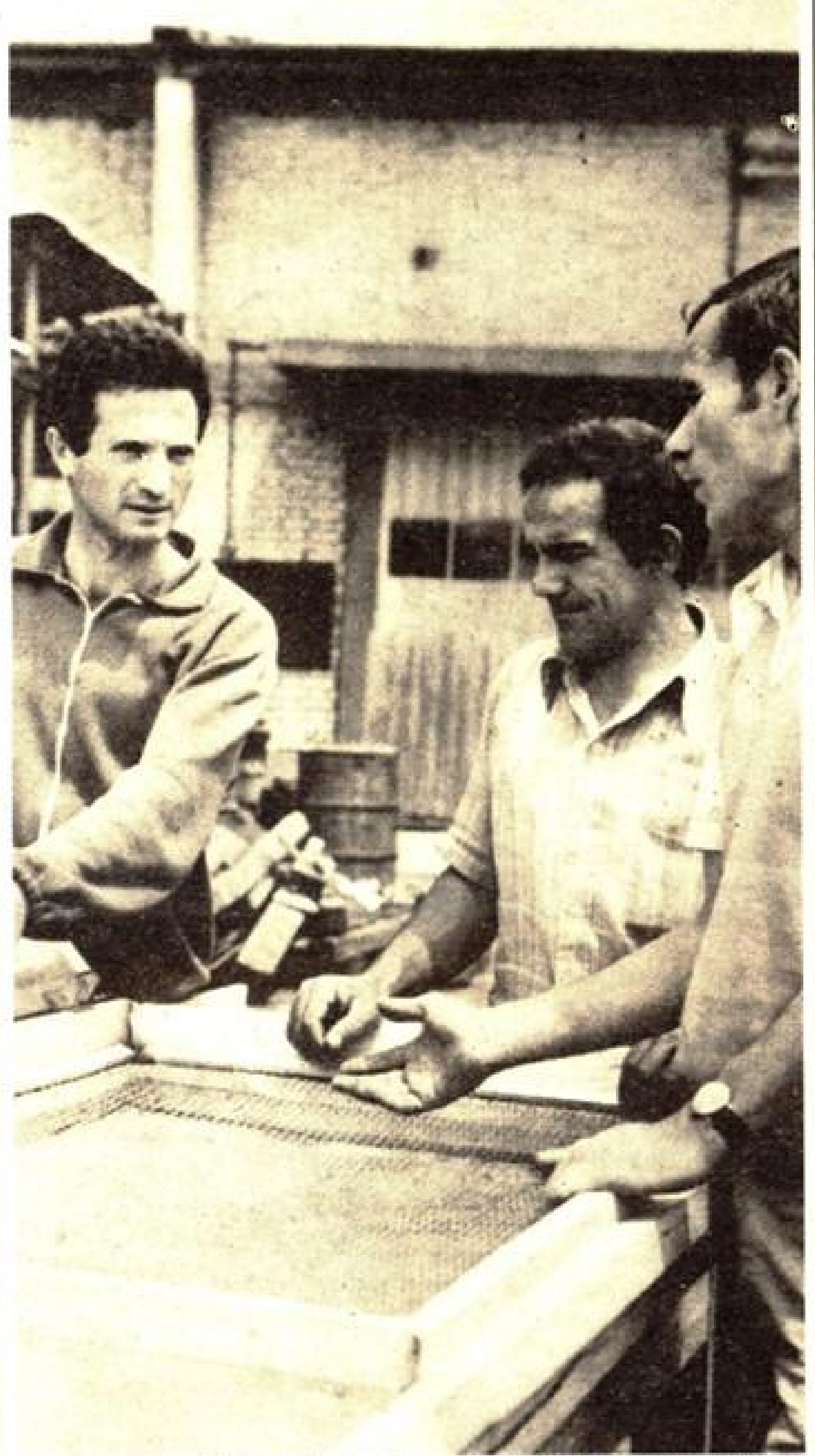
Der Kampf um eine neutrale Bundesrepublik löst also bei weitem nicht alles, weder alle Gefahren, die zu einem Krieg führen könnten, noch gar alle innenpolitischen, gesellschaftlichen und sozialen Fragen. Aber er kann sehr wohl ein Schritt in diese Richtung sein, als er vor allem eine entscheidende Schwächung der unheiligen Allianz des westdeutschen mit dem USA-Imperialismus bedeutet.

Der Parteikandidat

Skënder Breza ist Metallarbeiter in der albanischen Hauptstadt Tirana. Auf den ersten Blick unterscheidet ihn nichts von all den anderen Kollegen, die jeden Morgen mit ihm durch das Werkstor des Kombinats „Enver Hoxha“ gehen. Und doch handelt es sich bei Skënder um eine — zumindest für unsere Begriffe — eigenartige Erscheinung. Er ist nämlich ein „gelernter“ Staatsanwalt. Aber warum geht er dann im Kombinat arbeiten? Auf diese Frage gibt die Reportage von Halim Stolia Antwort, die wir im folgenden nachdrucken. Wir haben sie der in Tirana herausgegebenen deutschsprachigen Illustrierten „Neues Albanien“ entnommen.

Das Mitglied der Generalstaatsanwaltschaft der SVRA, Skënder Breza, fanden wir weder in seinem Büro noch in irgendeinem Gerichtssaal. Wir lernten ihn in einer Abteilung des Auto- und Traktorenkombinats „Enver Hoxha“ kennen. Seit anderthalb Jahren arbeitet Skënder hier gemeinsam mit den Arbeitern. Er macht seine Kandidatenzeit in der Produktion, um dann Mitglied der Partei der Arbeit Albaniens zu werden.

Skënder Breza, Sohn einer Arbeiterfamilie aus Fieri, der ebenso alt wie die Partei ist, (40 Jahre), hatte seit langem den Wunsch gehabt, Parteimitglied zu werden. Er kannte die marxistisch-leninistischen Prinzipien der Organisierung der PAA, er kannte auch die Anforderungen, die man erfüllen muß, um in die Partei aufgenommen zu werden. Und als er davon überzeugt war, daß er würdig wäre, in die Reihen der Kommunisten einzutreten, wobei er Programm und Statut der Partei anerkannte und sich der schweren Last der Aufgaben, die er übernehmen würde, bewußt war, stellte er den Antrag und die Grundorganisation seiner Arbeitsstätte nahm ihn als „Parteikandidat“ auf.



Der Parteikandidat Skënder Breza unter Kollegen im Auto- und Traktorenkombinat „Enver Hoxha“

Im Statut der Partei heißt es: **„All diejenigen, die in die Partei eintreten wollen, müssen die festgelegte Kandidatenzeit durchlaufen; diese Zeit ist notwendig, damit der Kandidat das Programm, Statut und die Taktik der Partei kennenlernt und damit die Grundorganisation imstande ist, die persönlichen Qualitäten des Kandidaten, in erster Linie bei der praktischen Durchführung der Linie und der Aufgaben der Partei, gut kennenzulernen...“**

Als Intellektueller wird Skënder drei Jahre im Auto- und Traktorenkombinat arbeiten.

Bis jetzt hat er etwa die Hälfte der festgelegten Kandidatenzeit hinter sich.

Was bedeutet diese Prüfungszeit für den Parteikandidaten?

Unterhalten wir uns darüber mit Skënder.

„Als die Parteiorganisation meiner Arbeitsstätte mir als Parteikandidaten zugestimmt hatte, schickte sie mich ins Auto- und Traktorenkombinat, damit ich dort meine Kandidatenzeit in der Produktion machen konnte. Ich war sehr bewegt — ich freute mich, doch ich war auch etwas beunruhigt. Ich freute mich, weil ich unter den Arbeitern eines großen Werkes unserer metallverarbeitenden Industrie arbeiten würde. Ich war auf der anderen Seite beunruhigt, wiel ich mir die Frage stellte, ob ich in der Lage sein würde, dieser Aufgabe ehrenvoll gerecht zu werden. Für einen Intellektuellen ist es nicht leicht, Seite an Seite mit den Arbeitern zu arbeiten, und nicht zuzulassen, daß sie ihn mit einem Gefühl des Mitleids ansehen. Ein weiterer Grund der Beunruhigung ergibt sich auch aus der Tatsache, daß man während seiner Kandidatenzeit die berufliche Tätigkeit unterbrechen muß. In dieser Zeit entwickeln sich die Ereignisse im eigenen Berufsbereich um drei Jahre weiter. Wenn man dann dorthin zurückkehrt, würde man nicht gegenüber den Kollegen einen Rückstand haben, würde man der neu entstandenen Situation gerecht werden können? Trotzdem verschwinden diese anfänglichen Sorgen sehr schnell“, sagt der Parteikandidat. „Der herzliche Empfang, den mir die Belegschaft der Modellabteilung bereitete, trug ebenso dazu bei wie die Hilfe und Solidarität der Arbeiter, durch die ich in die Lage versetzt wurde — meiner Ausbildungsstufe entsprechend — gemeinsam mit ihnen zu arbeiten. (Jetzt hat Skënder eine Qualifizierungsstufe über dem Durchschnitt erreicht). Seit langem fühle ich mich in jeder Hinsicht als Arbeiter unter Arbeitern: in der Produktionsweise, in den kameradschaftliche Beziehungen, sogar auch in vielen psychologischen Aspekten bin ich der Arbeiterklasse sehr viel näher gekommen. Ich sehe konkret ihre Eigenschaften — die Gerechtigkeit und Aufrichtigkeit, mit denen sie Dinge beurteilen, die Ehrlichkeit, die proletarische Disziplin, das Bewußtsein für die großen Aufgaben und die Verantwortung gegenüber der sozialistischen Ordnung, sowohl in der Produktion als auch in jedem anderen Bereich. Hier“, fährt Skënder fort, „stellte ich meine revolutionäre Erziehung auf die Probe, indem ich direkt mit der Arbeiterklasse in Kontakt kam, in deren Vorhut — die Partei der Arbeit — ich eintreten will“.

Auch was die andere Seite der anfänglichen Sorge des Kandidaten anbelangt — die zeitweilige Unterbrechung seiner beruflichen Tätigkeit — kann man heute sagen, daß die Kandidatenzeit dem Staatsanwalt dazu dient, seinen Beruf und seine Situation stärker vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus zu betrachten. Wie sieht ein Arbeiter die gesetzlichen Verordnungen, Regeln, Beschlüsse der staatlichen Instanzen? Inwieweit kennt er sie, kennt er ihren tiefen ideologischen und revolutionären Inhalt? Was muß er als Intellektueller und als Kommunist heute und morgen tun, damit die sozialistische Gesetzlichkeit in das Bewußtsein der einfachen Menschen der Arbeit tief genug eindringt?

Dadurch, daß der Kandidat diese Seiten des juristischen Berufes kennenlernt, kann er in seiner beruflichen Tätigkeit die Routine und die schädlichen Erscheinungen des Technokratismus und Bürokratismus aufdecken.

Einige aufschlußreiche Eindrücke über das Verhalten des Parteikandidaten Skënder Breza bei der Arbeit gab uns auch der Sekretär der Parteigrundorganisation der Modellabteilung, Zia Ramaliu. Dem Sekretär und der Meinung des Kollektivs zufolge ist Skënder jetzt zu einem würdigen Mitglied der Belegschaft geowrden. Er gehört sogar zu den ausgezeichneten Arbeitern. Seine Gestalt zeichnet sich wegen des revolutionären Geistes des Kommunisten, der Disziplin und Ordnungsliebe aus, wegen seines Kampfes, möglichst mehr, mit höherer Qualität und billiger zu produzieren. Er ist ein gutes Beispiel für die Erhaltung und effektive Nutzung der materiellen Güter. Der Sekretär sagt noch, daß sich die Belegschaft bemüht hat, dem Parteikandidaten soweit wie möglich nahezukommen. Nicht nur bei der Arbeit, sondern auch in der Freizeit, bei den gesellschaftlichen Aktivitäten war Skënder inmitten des Kollektivs. Die Kollegen haben anläßlich von Familienfesten auch die Familie von Skënder besucht.

Die Genossen der Grundorganisation wie auch die des Parteikomitees im Auto- und Traktorenkombinat heben auch eine andere Seite der Tätigkeit von Skënder hervor. Er ist ein sehr geschickter gesellschaftlicher Aktivist. Mit Hilfe von Treffen, Gesprächen und Referaten hat Skënder zusammen mit seinen Kollegen eine wertvolle Arbeit geleistet, um die werktätigen Massen seiner Arbeitsstätte mit der sozialistischen Gesetzgebung vertraut zu machen.

Skënder wird noch anderthalb Jahre unter den Kollegen seiner Abteilung arbeiten. Dann wird er in seinen Beruf zurückkehren, sicher als Kommunist, als Mitglied der PAA. Die Zeit der Prüfung, die Kandidatenzeit wird er erfolgreich durchstehen.

Partei und Volk in Albanien

Die polnische Gewerkschaft „Solidarität“ hat auf ihrem Kongreß ein Manifest verabschiedet, in dem die Werktätigen in den Ländern Osteuropas aufgefordert werden, dem Beispiel der polnischen Arbeiter zu folgen und sich ebenfalls die demokratischen Rechte zu erkämpfen, die sich die Arbeiterklasse in Polen seit dem letzten Sommer erobert hat. Dieses Manifest richtete sich unter anderem auch an die albanischen Werktätigen.

Wer aber die auf dieser Seite abgedruckte Reportage über einen Parteikandidaten aus Tirana liest, wird zumindest den Eindruck gewinnen, daß der aus Polen an die Albaner gerichtete Appell sein Ziel verfehlt. Da gibt es also eine kommunistische Partei, die ihren Kandidaten — sofern sie aus der Volksintelligenz stammen — auferlegt, drei Jahre lang in den Betrieb zu gehen, um sich dort zu bewähren.

Und mehr noch: Ob dieser Kandidat dann letztlich in die Partei aufgenommen wird, hängt nicht nur von den Entscheidungen der betreffenden Parteiorganisationen ab. Auch die Kollegen, unter denen er gearbeitet hat, werden in den Diskussionsprozeß einbezogen, gleichgültig, ob sie selbst der Partei angehören oder nicht. Und in diesem Prozeß gibt es keine Unverbindlichkeiten: Sprechen sich die Kollegen gegen ein Aufnahme des Kandidaten aus, dann wird ihn die Partei nicht in ihren Reihen organisieren. „Ohne die Massen geht nichts“ — dieses geflügelte Wort in Albanien bezieht sich also selbst auf die Zusammensetzung der Partei.

Schon an diesem Beispiel wird ersichtlich, daß die Partei der Arbeit Albaniens (PAA) von vollständig anderer Art ist als die sogenannte „kommunistische“ Partei, die den polnischen Arbeitern entgegensteht. Sie ist nicht ein Sprungbrett für bürgerliche Karrieren wie dort, sondern die führende politische Kraft des Landes, in der nur diejenigen ihren Platz finden, die sich wirklich rückhaltlos und aufopfernd für die Interessen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen einsetzen und deren Mitglieder sich — wie wir gesehen haben — ganz selbstverständlich auch der Prüfung durch die Werktätigen unterziehen.

An dem hier angeführten Beispiel drückt sich vor allem etwas Grundsätzliches aus: die Tatsache nämlich, daß die PAA nicht ein Instrument der Knechtung und Ausbeutung der Massen ist wie die scheinkommunistischen Parteien in Polen, in der DDR und anderswo. Sie ist vielmehr eine Partei der Arbeiter, durch die die Arbeiterklasse selbst ihre politische Macht ausübt.

Sicherlich wird eine solche Feststellung auch bei fortschrittlichen Menschen in unserem Land zunächst einmal auf Skepsis stoßen. Denn man weiß ja schließlich, daß beispielsweise auch die Herren in Ostberlin behaupten, bei ihnen sei die Arbeiterklasse an der Macht. Und in Wirklichkeit verfügen die Werktätigen dort nicht einmal über die minimalen demokratischen Rechte, die ihre westdeutschen Kollegen haben. Was ist also in Albanien anders? Woran zeigt sich, daß dort die Arbeiter und Bauern wirklich die Herren des Landes sind?

Wir wollen zu dieser Frage zwei entscheidende Faktoren anführen. Der eine betrifft die reale Beteiligung der Massen an der Machtausübung auf allen Ebenen. Es ist in Albanien ein vielfältiges Instrumentarium entwickelt worden, durch das eine solche Beteiligung und eine wirksame Kontrolle der staatlichen und wirtschaftlichen Organe durch die Massen gewährleistet wird. Grundlegend dabei ist, daß — auf welcher Ebene auch immer — keinerlei wesentliche Entscheidung ohne die vorhergehende Diskussion unter den Werktätigen fällt — ob es dabei um den Fünfjahresplan oder um irgendeine betriebliche Frage geht. Und diese Diskussionen sind keine zu nichts verpflichtenden rhetorischen Übungen, wie man das aus den Ländern des Warschauer Pakts kennt. Um nur ein Beispiel zu nennen, das gegenwärtig gerade (unter ganz anderen gesellschaftlichen Bedingungen allerdings) in Polen aktuell ist: Die Arbeiter eines Werks in Albanien haben das selbstverständliche Recht, darüber mitzuentscheiden, wer in ihrem Betrieb als Direktor eingesetzt wird. Billigen sie einen Kandidaten für diese Aufgabe nicht, kann er auch nicht Direktor werden. Auch hier: „Ohne die Massen geht nichts.“

Es gibt in Albanien überdies noch besondere Einrichtungen, durch die die Massen unmittelbar Kontrollfunktionen ausüben. Die bekannteste ist die Arbeiter- und Bauernkontrolle. Sie setzt sich aus Gruppen zusammen, die überall in Industrie- und landwirtschaftlichen Betrieben von den Belegschaften gewählt werden und die — mit allen Vollmachten ausgestattet — Betriebsleitungen ebenso kontrollieren wie die Arbeit von staatlichen Organen. Wenn diese Gruppen feststellen, daß irgendwo gegen die Interessen der Werktätigen verstoßen wird, können sie Auflagen zur Beseitigung der Mißstände machen und notfalls auch personelle Konsequenzen durchsetzen.

Der zweite Faktor betrifft den materiellen Gesichtspunkt, die Verteilung des erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtums. In der DDR, in Polen oder in der Sowjetunion ist es ja bekanntlich so, daß die Angehörigen der dort herrschenden Klassen sich über dicke Gehälter und vielerlei sonstige materielle Privilegien die von den Werktätigen erarbeiteten Werte aneignen. In Albanien dagegen gibt es keinerlei Privilegien für irgend jemand, etwa für Angehörige der Partei oder des Staatsapparats. Das drückt sich am deutlichsten in der Tatsache aus, daß dort die höchsten zu den niedrigsten Einkommen in einem Verhältnis von zwei zu eins stehen, daß ein qualifizierter Schwerarbeiter beispielsweise mehr verdient als ein Minister.

Jeder Ansatz einer Privilegierung, jedes Anzeichen von Bürokratismus wird in Albanien bekämpft. Zu den Maßnahmen, durch die eine ständige Revolutionierung aller Teile der sozialistischen Gesellschaft gefördert wird, gehört auch die Regelung, daß alle Angehörigen der Intelligenz (einschließlich der Kader im Staats- und Parteiapparat) jedes Jahr für einen Monat in die Betriebe oder in die landwirtschaftlichen Genossenschaften gehen und dort als Arbeiter oder Bauern arbeiten.


Flüchtlinge werden ermordet.

Aufmarsch in Honduras

Die USA verstärken ihre militärische Intervention gegen El Salvador

TEGUCIGALPA/MONTREAL. — Die Zeitung „Peoples Canada Daily News", Zentralorgan der KP Kanadas (M-L) veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 11. August einen Artikel, der unter Berufung auf dortige Presseberichte von einer neuen Verstärkung der Aggression der USA gegen El Salvador berichtet.

Seit April dieses Jahres bereitet ein Vorauskommando der Spezialeinheit „Green Berets", die durch ihre Schandtaten in Vietnam international berüchtigt wurden, in der Kleinstadt La Virtud die Stationierung eines Battaillons, ungefähr eintausend Soldaten stark, vor.

La Virtud liegt direkt an der Grenze von Honduras zu El Salvador. Bereits im Juli dieses Jahres hatte die faschistische Armee Salvadors von La Virtud aus einen Überfall auf die angrenzende Region des eigenen Landes unternommen, wobei sie von den amerikanischen Offizieren geführt wurde und von der honduranischen Armee transportiert.

In der Gegend von La Virtud werden mehrere Zehntausend Flüchtlinge aus El Salvador in Konzentrationslagern gefangengehalten, in denen sowohl die salvadorianische als auch die honduranische Armee bereits mehrmals Massaker organisierten.

Seit Beginn des Jahres wurde die Armee von Honduras mehrmals dazu eingesetzt, an der Grenze Flüchtlingszüge aufzuhalten, um sie den nachrückenden Truppen der faschistischen Junta auszuliefern — unter dem Kommando amerikanischer Offiziere.

Wie in El Salvador selbst operieren also auch in Honduras amerikanische Soldaten, Offiziere, die die einheimischen Soldaten befehligen. La Virtud soll so durch die Stationierung eines Bataillons zur zentralen Operationsplattform der aggressiven amerikanischen Politik in ganz Mittelamerika werden.

Dementsprechend werden die militärischen Hilfen, die Honduras von der Reagan-Regierung erhält, von dieses Jahr rund 13 Millionen Mark auf fast 30 Millionen Mark im nächsten Jahr mehr als verdoppelt.

Mit aller Macht versucht die Regierung Reagan, die faschistischen Regimes von El Salvador und Guatemala an der Macht zu halten, und auch das Regime von Honduras rückt immer weiter nach rechts — nicht nur gegen El Salvador wird von dort aus vorgegangen, sondern auch Überfälle von Banden mit US-Waffen auf Nicaragua gingen von dort aus.

Der afghanische Widerstand wird stärker

Kandahar umkämpft

Massendesertion in Karmals Armee

KABUL. — Die Stimme von Radio Kabul selbst bestätigte in den letzten Tagen mehrmals — unfreiwillig — Berichte über die Situation des Landes und des von den sowjetischen Besatzungstruppen gestützten Karmal-Regimes.

Die zweitgrößte Stadt Kandahar, in der nach diesen Radioberichten die „Ruhe wiederhergestellt" sein soll, war in der letzten Septemberwoche Schauplatz der bisher größten Kämpfe in einer afghanischen Großstadt. Die großen Unruhen, die im ganzen Land nach der Zwangserfassung der Wehrpflichtigen ausbrachen, waren der Auftakt zu einem regelrechten Aufstand, an dem sich auch von außen in die Stadt eindringende Rebellgruppen beteiligten.

Die Zwangsrekrutierung ist der verzweifelte Versuch Karmals, die enormen Verluste seiner Armee auszugleichen. Rund 50 000 Soldaten verlor diese Armee in den letzten zweieinhalb Jahren — über drei Viertel davon durch Flucht und Desertion.

Nachdem im letzten Jahr schon die Wehrpflicht ausgeweitet wurde, wurde sie vor kurzem auch noch auf die 20jährigen ausgedehnt, die auf der Staße mitgeschleppt wurden.

Um die Armee zu stärken macht Karmal zahlreiche Versprechungen: so wird Offizieren ein größerer Anteil an Grundbesitz zugestanden, als sie es nach der sogenannten Landreform haben dürften, wurde Sold und Verpflegung der Armee verbessert.

Verschiedentlich strahlte der Rundfunk Aufrufe aus, Deserteure könnten straffrei bleiben, wenn sie zurückkämen, wobei sogar noch betont wurde, Tausende seien bereits zurückgekommen. Tausende von Menschen, die es vorher offiziell gar nicht gab — denn es desertiert niemand, hieß es noch vor einigen Monaten von Regierungsseite aus.

Die Tatsache der Massenflucht der Soldaten wie auch der Massenflucht von rund zwei Millionen Menschen in benachbarte Pakistan zeigt am besten und klarsten, wie wenig es sich bei dem sowjetisch geführten Krieg wirklich um einen Kampf sozialistischer Kräfte gegen konterrevolutionäre Banden handelt. Das ist stets der Tenor der Moskauer und auch der Kabuler Propaganda gewesen und ist es noch. Offensichtlicher aber wird es ständig, daß diese Banden die Mehrheit des Volkes umfassen, während die sogenannten Sozialisten ein zunehmend demoralisierter Haufe sind, der sich nur noch unter dem Schutz des großen Bruders halten kann, wie einst die Regimes in Südvietnam unter dem Kommando der USA.

Und es ist auch eine Tatsache, daß es im Widerstand gegen das sowjetische Besatzerregime durchaus nicht nur reaktionäre islamische Kräfte gibt, die im Auftrag der USA und von Pakistan und China gestützt kämpfen. Es gibt dabei sowohl auch unabhängige religiöse Gruppen, als es auch den Widerstand der Linken gegen das Regime der karrieresüchtigen Putschisten der sogenannten Demokratischen Volkspartei Afghanistans gibt.

Der breite Volkswiderstand gegen die Zwangsrekrutierung beweist nicht nur, wie wenig Anhang Karmal und seine Hintermänner noch haben, sondern auch, wie wenig es ihnen genutzt hat, daß sie bereit waren, jene geringfügigen Reformmaßnahmen, mit denen sie sich zu Beginn das Wohlwollen des Volkes für ihren Putsch sichern wollten, wieder rückgängig zu machen. Landreform und weltliche Schulen, die beiden Hauptpunkte der sowjetischen und revisionistischen Demagogie, von beidem ist schon lange nicht mehr die Rede.

Nach der Vorstandswahl

Kongreß zeigt Uneinheitlichkeit der Solidarität

GDANSK. — Die Wahl des neuen Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarität in Polen hat nochmals deutlich gezeigt, daß innerhalb dieser größten Gewerkschaftsorganisation Europas verschiedene politische Strömungen vorhanden sind, die um die Führung kämpfen.

Lech Walesa, der die Wahl gewann, aber längst nicht so deutlich wie erwartet worden war, profilierte sich einmal mehr als der Mann der Mitte, des Ausgleichs, des Kompromisses. Er befolgt dabei jene Vorschläge, die von den katholischen Beratergruppen und dem Vatikan an die Gewerkschaftsbewegung gemacht wurden, die das Ziel haben, die Positionen der offenen Reaktion in Polen zu stärken.

Die drei anderen Kandidaten, die in der westlichen Presse ohne Unterschied als Vertreter der „Radikalen" dargestellt wurden, gaben sehr unterschiedliche Stellungnahmen ab. Vor allem der mit der zweithöchsten Stimmenzahl aus der Wahl hervorgehende Jurczyk, Regionalvorsitzender von Szczecin, der mit Nachdruck dafür eintrat, die Forderungen der Arbeiter überlegt aber mit aller Entschiedenheit zu vertreten, fiel dabei auf. Er sprach als Vertreter eines der kämpferischsten und stärksten Regionalverbände der Solidarität.

Rulewski, der auf dem Kongreß die Möglichkeit eines Austritts aus dem Warschauer Pakt ansprach, wurde verständlicherweise von der Westpresse mit der meisten Aufmerksamkeit verfolgt. Wobei man sagen muß, daß auch hier, wie bei den Forderungen nach Selbstverwaltung und nach demokratischen Wahlen, keineswegs sofort auf der Hand liegt, daß dies ein prowestliches Argument ist.

Insgesamt also ist der Kongreß ein Zeichen dafür gewesen, daß es keine politische Geschlossenheit bei Solidarität gibt, was ja auch anhand der programmatischen Debatten ersichtlich wurde, wo sehr kontrovers diskutiert wurde.

Tatsache ist natürlich, daß gerade bei Vorbereitung und Verlauf des Kongresses alle politischen Kräfte versucht haben, ihren Einfluß auf Solidarität zu erhöhen.

Nun ist dies einerseits Ergebnis der Entwicklung von Solidarität als Einheitsgewerkschaft, ohne politische Unvereinbarkeit, so wie sie von Beginn an entstand. Andrerseits aber ist es in den letzten Tagen, zwischen den zwei Kongreßabschnitten, deutlich geworden, daß eine Zuspitzung der Lage zu verzeichnen ist.

Dabei ist es vor allem die UdSSR und die anderen scheinsozialistischen Staaten, allen voran die CSSR und die DDR, die ihre Hetzkampagne gegen die polnische Gewerkschaftsbewegung wieder enorm verstärkt haben. Und ihre Drohungen gelten natürlich allem, was dazu führen könnte, daß die VR Polen aus dem sowjetischen Machtbereich herausgleiten könnte. So wird auch fast nur noch das Argument einer Bedrohung für das sogenannte sozialistische Lager angeführt und ansonsten werden in der revisionistischen Presse Horrorgeschichten verbreitet. Was die gesellschaftlichen Verhältnisse in Polen betrifft, so werden in dieser Hetzkampagne die gehäuft zutage getretenen Fakten entweder gar nicht zur Kenntnis genommen oder aber beschönigt.

Weder über die Reprivatisierungspolitik, die in Polen seit langen Jahren betrieben wird, noch über die massenhafte persönliche Bereicherung der Machthaber im polnischen neukapitalistischen Staat verliert man da ein Wort. Auch nicht über die Demonstrationen und Kundgebungen der faschistischen Reaktion in Polen oder über die Macht des hohen Klerus wird da geschrieben — denn in diesen Kräften sieht man, wie bisher auch schon, offensichtlich Bündnispartner gegen die polnischen Arbeiter. Denen und ihrer Bewegung gilt diese Hetze ausschließlich.

Brutaler politischer Terror in Jugoslawien

In einer Woche über 500 Jahre Gefängnis!

BELGRAD. — Immer neue Meldungen über Gerichtsurteile gegen Menschen albanischer Nationalität aus der autonomen Provinz Kosova kommen aus Jugoslawien — allein in der ersten Septemberwoche wurden 67 Angeklagte zu 547 Jahren Gefängnis verurteilt, im Durchschnitt also fast acht Jahre für jeden Angeklagten.

Die jugoslawischen Machthaber, die ihr Regime so gerne als „demokratischen Sozialismus" darstellen lassen wollen, führen diese Massenprozesse, die seit Juli ununterbrochen laufen, durch, um die Forderung der Bevölkerung von Kosva nach dem Status einer eigenen Republik innerhalb der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien zu unterdrücken.

Von den 67 Verurteilten der ersen Septemberwoche wurden 57 für Vergehen wie "Verteilen von Flugblättern" oder „Parolenmalerei" oder "Teilnahme an einer Demonstration" und „Nationalismus an der Schule" verurteilt. Ein Student albanischer Nationalität erhielt wegen eines Protestbriefs an die Regierung in Belgrad sage und schreibe 15 Jahre Gefängnis — wegen „Aufwiegelei".

Es sind also fast durchweg Gesinnungsurteile, die dort gefällt werden. Die anderen zehn Urteile, die wegen „Errichtung von Straßensperren" und „Zerstörung eines LKW" ausgesprochen wurden, betragen durchweg über 10 Jahre Gefängnis.

Mindestens 2 000 Menschen wurden in den letzten drei Monaten von ihren Funktionen abgelöst, von Zeitungsredakteuren bis zu Staatsanwälten und der Parteiführung von Kosova. Viele von ihnen erwarten weitere Prozesse. Von den gesamten 200 Prozessen im August und der ersten Septemberwoche wurden lediglich zehn wegen „Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation" geführt — was die ursprüngliche Behauptung der jugoslawischen Behörden, hinter allem stecke nur eine von Albanien gesteuerte Geheimorganisation, selbst widerlegt.


Im Kampf gegen die Nazi-Besatzungsmacht waren auch zahlreiche Albaner in Jugoslawien beteiligt — sie erwarteten das Selbstbestimmungsrecht.

Die wilde Unterdrückung, die mit dem Einsatz von Polizei und Armee Hunderte von Toten kostete — nur neun Opfer wurden zugegeben — gilt ausschließlich der Forderung nach dem Status der Republik für Kosova.

Das Armenhaus der Republik, wie es früher selbst in der jugoslawischen Presse genannt wurde, hatte gewagt, Forderungen zu stellen — die Reaktion war nur Unterdrückung. In den sechziger Jahren bereits hatte die jugoslawische Presse von einem „Völkermord an Albanern in Kosova" geschrieben — aber schuldig sollte damals nur der gerade abgesetzte Innenminister und Chef der Geheimpolizei Rankovic sein. Jetzt wird alles dies geleugnet und behauptet, es gäbe keinerlei Grund für die Albaner in Kosova, zu rebellieren, alle Forderungen seien unberechtigt. Und davon will man die Bevölkerung mit Waffengewalt und drastischen Urteilen überzeugen.

Lediglich in kleinen Meldungen werden in der westdeutschen Presse diese skandalösen Meldungen verbreitet — wenn überhaupt. Während bei anderen Urteilen in den scheinsozialistischen Staaten Osteuropas — beispielsweise in Fällen der Charte 77 in der CSSR — große Leitartikel kommen, ist das in diesem Fall wohl nicht erwünscht. Schließlich soll ja das Image von Jugoslawien als ein Land der „Demokratie" oder gar des „demokratischen Sozialismus" nicht ruiniert werden.

Der unvergessene Krieg



Stalingrad

„Die Verteidigung von Stalingrad" — so lautet der Titel der nächsten Folge der Fernsehserie „Der unvergessene Krieg". Noch eine weitere Folge — „Überleben in Stalingrad" — wird dieser Schlacht gewidmet sein, die den Wendepunkt des Zweiten Weltkrieges markierte.

Mit dem Feldzug im Süden sollte für die Nazi-Truppen, nachdem der Vorstoß auf Moskau gescheitert war, doch noch der Weg ins Herz der Sowjetunion freiwerden. Stalingrad aber wurde zur Todesfalle für Hunderttausender deutscher Soldaten.

„Bei Stalingrad ging der Stern der faschistischen deutschen Armee unter. Nach der blutigen Schlacht von Stalingrad konnten sich die Deutschen bekanntlich nicht mehr erholen." (Stalin, „Der 26. Jahrestag der Oktober-Revolution", Werke Bd. 14, S. 323.)



Sowjetisches Plakat nach der Stalingrader Schlacht.

Mit dem Sieg bei Stalingrad begann „das Jahr des Umschwungs", wie Stalin es nannte. Die Rote Armee trieb die faschistischen Räuber überall zurück und vernichtete dabei die erfahrensten alten Kader der Nazi-Wehrmacht.

Stalingrad wurde zum Symbol der faschistischen Niederlage. Diese Schlacht legt auch Zeugnis darüber ab, daß es die Völker der damals sozialistischen Sowjetunion waren, die die faschistische Streitmacht zerschlugen. Denn bis dahin trug sie die Last des Kampfes gegen die Nazis so gut wie allein. Erst nach der sich abzeichnenden endgültigen Niederlage des Faschismus fanden sich die westlichen Alliierten bereit, die „zweite Front" auf dem europäischen Festland zu eröffnen und auch von dieser Seite her die faschistischen Truppen offensiv anzugreifen. Lange hatten sie trotz wiederholter Versprechungen diese Entscheidung hinausgezögert.

Über diese Tatsache, die auch ein Licht darauf wirft, wie die Westmächte dem Arbeiterstaat gegenüberstanden, erzählt der Film nichts.

Stalingrad — diesen Namen gibt es heute in der Sowjetunion nicht mehr. Wolgograd heißt das heute. Die Chruschtschow-Leute ließen nach ihrem Putsch den Namen Stalins weitgehend ausradieren, weil sich in ihm all das verkörperte, was ihren politischen Zielen entgegenstand. Daß sie ihn aus den Herzen der Sowjetvölker, besonders der Generation der Kriegsteilnehmer, nicht auslöschen konnten, das schilderten Reporter ja bereits zu Beginn der Serie, als sie die Reaktionen der Sowjetmenschen auf den Film beschrieben.

Die Sowjetunion trug den Sieg über den Hitler-Faschismus vor allem deshalb davon, weil die Menschen in dem Riesenland in größtmöglicher Einheit zu ihrem Staat standen. Denn es war ja ihr Staat, den sie sich in großen Kämpfen und mühevoller Arbeit aufgebaut hatten, ein Staat ohne Ausbeuterklassen. Deshalb galt ihm ja der Haß besonders der Faschisten, aber auch der Kapitalisten in allen Ländern der Welt.

Als Stalin das in Stalingrad eingeläutete „Jahr des Umschwungs" beschrieb, sagte er unter anderem:

„Ebenso wie in den Jahren des friedlichen Aufbaus ist auch in den Tagen des Krieges die Partei Lenins, die Partei der Bolschewiki, die führende und richtunggebende Kraft des Sowjetvolkes. Keine einzige Partei genoß und genießt eine solche Autorität unter den Volksmassen wie unsere bolschewistische Partei (...).

Dieser Krieg hat mit aller Kraft das bekannte Wort Lenins bestätigt, daß der Krieg eine allseitige Prüfung aller materiellen und geistigen Kräfte eines jeden Volkes ist. Die Geschichte der Kriege lehrt, daß nur diejenigen Staaten diese Prüfung bestanden, die sich im Verlauf des ganzen Krieges in der Entwicklung und Organisation der Wirtschaft, in der Erfahrung, in der Meisterschaft und im Kampfgeist ihrer Truppen, in der Ausdauer und Einheit des Volkes als stärker erwiesen haben als der Gegner. Ein solcher Staat ist gerade unser Staat.

(...) Die Lehren des Krieges zeugen davon, daß die Sowjetunion sich nicht nur in den Jahren des friedlichen Aufbaus als die beste Organisationsform für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg des Landes, sondern auch als beste Form für die Mobilisierung aller Kräfte des Volkes zur Abwehr des Feindes in Kriegszeiten erwiesen hat. Die vor 26 Jahren errichtete Sowjetunion hat unser Land in einer kurzen historischen Frist zu einer unüberwindlichen Festung gemacht. Die Rote Armee hat von allen Armeen der Welt das festeste und zuverlässigste Hinterland." (a.a.O., S. 328/329.)

Jeder kann sich davon überzeugen, daß diese Schilderung nichts mehr mit der Sowjetunion von heute zu tun hat, in der eine neue Ausbeuterklasse den Arbeitern im Nacken sitzt und auf Kosten der Volkswirtschaft, auf Kosten des Lebensstandards der Bevölkerung des eigenen Landes und der abhängigen Staaten eine Hochrüstung betreibt, die der der USA nicht nachsteht und auch zu nichts anderem da ist, als zur Eroberung der Weltherrschaft und Ausschaltung der konkurrierenden Supermacht eingesetzt zu werden. Erwies sich die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg als entscheidende Kraft zur Niederschlagung des Faschismus und zur Befreiung der Völker, erweist sie sich heute täglich als Unterdrücker des eigenen Volkes und anderer Völker.

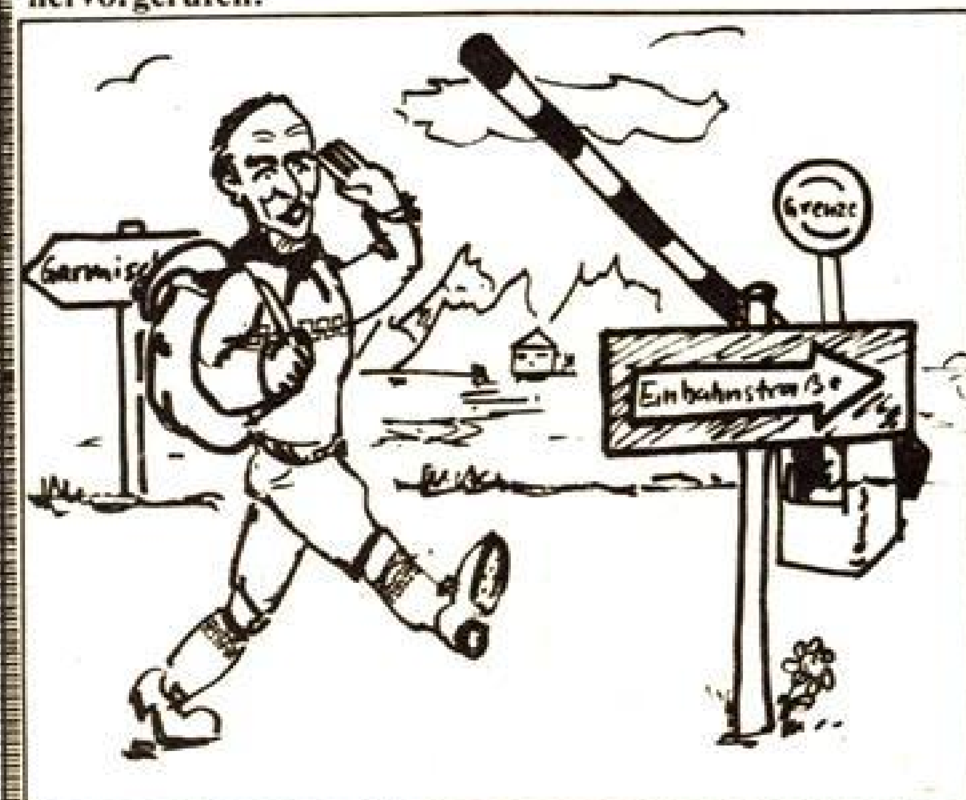
Das ist das traurige Ergebnis dessen, was mit den Angriffen auf die Person und die Politik Stalins in Gang gesetzt wurde.

Wandern Sie weiter, Herr Carstens!

DORTMUND, 30.9. — Soeben erreicht uns eine Meldung der Nachrichtenagentur ddp, die wir nur schwer glauben können:

„Bundespräsident Karl Carstens und Frau Veronika Carstens beenden am kommenden Sonntag in Garmisch-Partenkirchen ihre am 11. Oktober 1979 begonnene Deutschland-Wanderung. Sie haben (...) eine Strecke von 1 129 Kilometern zu Fuß zurückgelegt." Wie weiter verlautet, will sich der Präsident nun wieder — und endgültig — in Bonn niederlassen.

Diese Nachricht hat in unserer Redaktion tiefe Bestürzung hervorgerufen.



Herr Bundespräsident! — Herr Carstens! — Karl, altes Haus! — Das kann doch wohl nicht wahr sein?

Da waren Sie nun zwei Jahre unterwegs. Jede freie Minute auf Achse, von Nord nach Süd, durch die ganze Republik. Unter Todesgefahr mehr als 100 Kilometer an der Zonengrenze entlang. Jetzt sind Sie fast durch. Garmisch-Partenkirchen — nur ein Katzensprung, und Sie sind ganz raus! Sie haben es doch fast geschafft!

Was hält Sie auf? Wer hindert Sie, weiterzuwandern? Wehren Sie sich! Sie haben unsere volle Unterstützung! Ja, wir sind sicher: Wenn Sie weiterwandern, über die Grenzen hinweg, werden Sie eine Unterstützung gewinnen, wie sie noch nie da war. Nicht nur durch die anständigen Deutschen, die heute schon hinter Ihnen stehen. Nein, auch die anderen, die Linken, sie werden diesen Ihren Schritt uneingeschränkt begrüßen. Ein einiges Volk hinter seinem Führer — war das nicht schon immer Ihr Ziel?

Über die Grenzen mutig hinweg! Sie wissen es doch am Besten: jaben je Ländergrenzen den Tatendrang des Deutschen aufhalten können? Na also!

Oder bedrückt Sie etwas? Sie wollen nicht so ganz allein...? Ihre Frau war doch bis jetzt bei Ihnen! Nehmen Sie sie mit! — Ihre Parteifreunde, wenigstens den einen oder anderen...? Die auch! Nehmen Sie sie mit! — Auch von ihrer Schwesterpartei, der mit dem (einen) „S" in der Mitte? Die erst recht! Nehmen Sie sie mit, nehmen Sie sie alle mit!!!

Aber auch, wenn alle Freunde zagen, so bleiben wir doch treu. Hinter Ihnen. Wandern Sie ihren Weg, wie Sie das früh bereits gelernt haben, gradlinig, immer geradeaus, ohne Rücksicht, vorwärts, wenn nötig allein... Sie wissen ja, wie das heute ist. Marschieren ist nicht mehr so in. Das gehört auch zu dem beklagenswerten Verlust innerer Werte in unserem Volk. Aber Sie, als alter Kamerad, Sie wissen das doch noch besser, das mit dem Marschieren.

Denken Sie wieder daran. Nach 1 129 Kilometern kehrt man nicht mehr um. Wir bitten Sie, Herr Carstens: Wandern Sie weiter! **Wandern Sie weiter!**

Ja, ich wollte schon immer so wohnen, wie ich leben möchte!

Wer würde das nicht unterschreiben?

Die Neue Heimat bietet jetzt die Gelegenheit dazu. Das beweist die nebenstehende Anzeige:

„Vorbild im Stadtbild: Die Berliner Stadtvilla."

Sage also keiner mehr, dieser verdienstvolle gewerkschaftseigene Konzern hätte nicht die richtigen Schlüsse aus der Wohnungsnot in Berlin gezogen. Jetzt wissen wir auch, warum Klaus Rattay sterben mußte. Vermutlich stand er der Verwirklichung solcher Bauvorhaben im Wege. Er war ja nicht einmal mit Räumungen und Abrissen als notwendige Vorarbeiten zur Stadtsanierung einverstanden.

Eine solch „vorbildliche" Wohnung hätte er sich allerdings auch nicht leisten können, genausowenig wie unsereiner, wie einer von denen, deren Mitgliedsbeiträge die Geschäftsgrundlage für die DGB-eigene Kapitalunternehmen bilden.

Denn in diesem Wohnblock ist nur für Superreiche Platz.

Recht hat die Neue Heimat jedenfalls, wenn sie ihre Werbung mit dem Satz beschließt:

„Dieses Vorbild ist eine Herausforderung."

Wann wird sie gebührend beantwortet?



„Stadtvilla"-Angebot („Berliner Morgenpost")

Mach's wie Nancy!

Schüsse in den Unterleib? — Aua! Das muß nicht sein!

Auch nicht, wenn man einen so schießwütigen Ehemann hat, wie unsere

Frau Nancy Reagan (58) aus Amerika.

Hören Sie selbst:

„Gerade in einer so exponierten Stellung, wie ich sie nun als Präsidentengattin — als ‚First Lady', wenn ich das in aller Bescheidenheit sagen darf — wie ich sie nun also sozusagen ständig im Blickfeld der Öffentlichkeit einnehme, muß ich besonders auf den Schutz meines Unterleibes bedacht sein."

Recht hat sie.

Und ihre Antwort auf die ständige Bedrohung:

„Ich gehe nie mehr aus ohne meinen ***kugelsicheren Schlüpfer!"***

Ja, das ist Frau Nancy's ganzes Geheimnis. So einfach und so wirkungsvoll.

Seit dem 31. März trägt sie dieses reizende Geheimnis, das Sie Ihnen jetzt verraten hat, mit sich herum. Damals wurde ihr Mann, der Schauspieler Ronald Reagan — im Moment in den Schlagzeilen durch die Hauptrolle in dem Horrorstreifen „Mr. President" — beschossen. Und er hatte seine kugelsichere Unterhose nicht an! Glücklicherweise traf der Meuchler nur höherliegende und unbedeutendere Körperteile.

Wollen auch Sie sich ganz sicher fühlen? Dann können wir Ihnen nur empfehlen: Machen Sie's wie Nancy!

Erkundigen Sie sich noch heute. Auskünfte erteilt: Nancy Reagan, Weißes Haus, Washington, USA. Telefonnummer bitte bei der Auskunft erfragen.

Tips

Samstag, 10. Oktober, 10.23 Uhr, ARD/ZDF
Der Untertan. Für alle, die nicht nach Bonn fahren können: In einer Wiederholung vom Vortag wird noch einmal Wolfgang Staudtes hervorragende Verfilmung des gleichnamigen Romans von Heinrich Mann gezeigt, eine immer noch aktuelle Satire auf den Typ des deutschen Untertanen.

***

Sonntag, 11. Oktober, 21.05 Uhr, ARD
Die Sonntagskinder. Michael Verhoevens Film nach dem Theaterstück von Gerlind Reinshagen schildert die Schicksale von Jugendlichen während des Krieges.



***

Montag, 12. Oktober, 20.15 Uhr, ARD
Strumpet City. Letzter Teil der Fernsehserie über Arbeiterschicksale in Dublin am Vorabend des ersten Weltkriegs.

***

Montag, 12. Oktober, 21.30 Uhr, WDR III
Der unvergessene Krieg. Thema der heutigen Folge: die Verteidigung von Stalingrad. Bei ihrem Vormarsch in Richtung Erdölfelder am Kaspischen Meer werden die faschistischen Truppen bei Stalingrad gestoppt. Die gigantische Schlacht, die sich in dieser Stadt an der Wolga entwickelt und mit einem Sieg der Roten Armee endet, wird zum entscheidenden Wendepunkt des Kriegs gegen den Hitler-Faschismus.

***

Dienstag, 13. Oktober, 21.15 Uhr, WDR III
Schwestern aus dem Ghetto. In der Reihe „Frauen-Studien" wird dieser Bericht über die Frauen aus den Armen-Ghettos von Kingston auf Jamaika gezeigt.

***

Dienstag, 13. Oktober, 21.00 Uhr, NDR III
Die eigene Geschichte. Film von Hannelore Schäfer über ein ehemaliges Mitglied eines Arbeitersportvereins.

***

Mittwoch, 14. Oktober, 20.15 Uhr, ARD
Suturp. Noch eine Heinrich-Mann-Verfilmung. Gegenstand dieses Films von Gerd Keil ist die Entlarvung der feinen Gesellschaft in einem Ostseebad.



Krieg als Bewährung und Abenteuer

Wolfgang Petersens Film „Das Boot"

„Die Schweinereien, die uns angedichtet werden, hat es nie gegeben." Empörung bei den Veteranen der Hitlerschen U-Boot-Flotte. Gegenstand der Entrüstung ist ein Film, der jüngst mit 205 Kopien gleichzeitig in westdeutschen Kinos gestartet wurde: „Das Boot" von Wolfgang Petersen, gedreht nach dem gleichnamigen Bestseller von Lothar-Günther Buchheim, in dem der Autor eigene Erlebnisse als Kriegsberichterstatter auf einer Feindfahrt der „U 96" verarbeitet hatte.

Springers „Bild"-Zeitung war es, die dafür sorgte, daß solche Empörung sich auch organisiert ausdrücken und millionenfach unters Volk gebracht werden konnte. Zur Premiere des Petersen-Films hatte „Bild" die Überlebenden der „U 96" zusammengekarrt — ging es doch darum, wieder einmal einen Anschlag auf die Ehre der deutschen Wehrmacht abzuschlagen. Und dabei hatten doch gerade die U-Boot-Fahrer einen grundanständigen Krieg geführt.

So ist dank „Bild" — und dank eines lautstark ausgetragenen Privatkriegs des Autors Buchheim gegen Regisseur Petersen — „Das Boot" nun auch noch in den Ruch gekommen, ein „umstrittener", wenn nicht gar ein antimilitaristischer Film zu sein. Der Produktionsgesellschaft „Bavaria" ist solches Gezeter ziemlich schnuppe oder sogar als zusätzliche Reklame willkommen. Sie will mit ihrem Film — wie Verleihchef Eidinger sagt — nicht „die Weltkrieg-II-Veteranen aus ihren Fernsehpantoffeln an die Kinokassen locken." Sie zielt auf ein anderes Publikum, nämlich die Jugendlichen, die heute 90 Prozent der Kinobesucher ausmachen. Und sie zielt — um die 25 Millionen-Investition dieser teuersten Produktion der deutschen Filmgeschichte wieder hereinzuholen — zudem auf den internationalen, vor allem amerikanischen, Markt.

Und da ist eben mit Schinken im Stil der Adenauer-Ära nichts zu holen. Denn Filme wie etwa „Der Stern von Afrka" oder „U 47 — Kapitänleutnant Prien" mit ihren blitzsauberen Ritterkreuzträgern, geschwätzige Machwerke, denen die Nazi-Ideologie aus allen Poren troff, würden zwar die ewiggestrigen Veteranen noch einmal aus den Pantoffeln reißen. Beim jugendlichen Kinopublikum aber hätten sie nicht die geringsten Chancen.

Ist nun also „Das Boot" ein Anti-Film zu jenen verlogenen Heldenepen auf die „deutsche Soldatentugend"? Ist es ein Antikriegsfilm geworden, wie wir ihn heute mehr denn je brauchen würden? Hier soll noch einmal Verleihchef Eichinger zitiert werden, der zu dieser Frage die folgende tiefsinnige Bemerkung von sich gab: „Es gibt sowenig einen Antikriegsfilm wie es einen Anti-Erdbeben-Film gibt." Und damit ist, so scheint es mir, die Methode, mit der Petersen an seinen Stoff herangeht, treffend gekennzeichnet. Zunächst einmal die scheinbare Ideologielosigkeit. Man dreht nicht einen Film für oder gegen, sondern **über** den Krieg. Und man bedient sich dabei all der vordergründigen und reißerischen Mittel des amerikanischen action-Kinos. Das zeigt sich schon in der Anlage der Fabel. Hier wird nicht ein konkreter und für die Beteiligten besonders verheerender Abschnitt des Krieges (von 42000 U-Boot-Fahrern sind fast 30000 verheizt worden) reflektiert und filmisch aufgearbeitet. Sondern hier wird ganz gradlinig nur eine spannende Geschichte erzählt, die Geschichte eines aufregenden und gefährlichen Abenteuers.

Das U-Boot — eine faszinierende Waffe

Wenn die „U 96" vor diversen Sonnenauf- und Untergängen pfeilschnell auf ihrer Feindfahrt durch den Atlantik pflügt, denn setzt Petersen das in Bilder um, die eine ähnliche Faszination vermitteln wie etwa die Raumschiffangriffe in George Lucas' Weltraummärchen „Krieg der Sterne". Ein Vergleich übrigens, den ich mir nicht aus den Fingern sauge, sondern den Petersen selbst zieht, um die von ihm beabsichtigten Effekte zu verdeutlichen. Er rechnet es sich überdies auch ausdrücklich als Verdienst an, „nicht zu tabuisieren, daß eine Waffe wie das U-Boot faszinierende Momente ausstrahlt."

Und um diese Momente richtig zum Ausdruck zu bringen, setzt Petersen gekonnt ein Arsenal von Trickeffekten in Szene, wie man es sonst nur aus amerikanischen Super-Produktionen kennt. Und wie dort überwuchert auch hier der Trick den ganzen Film, wird die kunstvoll nachgebaute und in Gang gesetzte Apparatur des Boots zum eigentlichen Gegenstand des Films, hinter dem die Menschen und ihre Schicksale verschwinden. Petersen geht an diesen Gegenstand tatsächlich genauso heran wie seine amerikanischen Kollegen an den Weißen Hai, an ein Weltraumspektakel oder ein Erdbeben im Katastrophenfilm. Daß es sich bei seinem Boot um eine Waffe handelt, mit der ein Vernichtungskrieg geführt wird, wie ihn die Menschheit noch nicht gekannt hat — völlig uninteressant.

Beim Zuschauer sollen nicht gedankliche Überlegungen freigesetzt, sondern Emotionen erzeugt werden — oder gar körperliche Reaktionen wie bei der Achterbahnfahrt auf dem Rummelplatz. „Unsere Idealvorstellung", verkündeten die Produzenten in biederer Offenherzigkeit, „ist, daß die Kinos Spucktüten bereithalten müssen sen, weil die Leute bei den Sturmsequenzen seekrank werden." Der Krieg als Kirmes.



Jürgen Prochnow (links) als Kommandant in „Das Boot"

Die Profis und die Bonzen

Auf der Grundlage dieser zynischen Haltung zum Thema des Films spult Petersen seine Geschichte ab. Und auch die ist aus den Mustern des amerikanischen action-Kinos zusammengesetzt. Vorgeführt wird eine Gruppe harter Männer, die sich in Situationen extremer Gefahr bewährt. Das Boot läuft auf Feindfahrt aus, greift einen alliierten Verband an, kann sich dem darauf folgenden Beschuß mit Wasserbomben entziehen und wird schließlich auf ein Himmelfahrtskommando geschickt: Der britische Sperriegel vor der Straße von Gibraltar soll durchbrochen werden. Die Operation mißlingt, unter dem massiven Bombardement der Briten sinkt das Boot auf den Grund. Das Ende scheint nahe, aber den Männern gelingt es, ihr Schiff wieder flott zu machen und den Heimathafen anzulaufen. Unmittelbar nach der Ankunft werden das Boot und der größte Teil seiner Mannschaft dann Opfer eines alliierten Fliegerangriffs.

Petersen bringt diese Geschichte als eine Folge sich steigernder action-Szenen. Auf Dialoge wird weigehend verzichtet, der Regisseur setzt auf Emotionalisierung, auf die totale Identifikation der Zuschauer mit der Besatzung und ihrem Auftrag. In keiner Phase des Films wird dieser Auftrag auch nur ansatzweise kritisch hinterfragt. Bemerkenswert dafür sind die wenigen Szenen, in denen die politische Realität des faschistischen Kriegs auf den Film durchschlägt. Da mokiert sich etwa der U-Boot-Kommandant, der „Alte", über großmäulige Reden von Naziführern, die aus dem Radio dröhnen. Seine Ablehnung ist aber allein dadurch begründet, daß er die Bonzen in Berlin als Typen betrachtet, die von den Bedingungen des U-Boot-Kriegs keine Ahnung haben und den Männern an der Front nur Steine in den Weg legen.

Hier wird also zum einen wieder einmal eine der infamsten Legenden des Militarismus aufgewärmt, nämlich die von der unfähigen politischen Führung, die den Militärs den ganzen schönen Krieg versaut hat. Zum anderen wird durch solche Szenen das eigentliche Geschehen des Films bewußt von seinem politischen Hintergrund abgekoppelt. Das wird dann auch deutlich am Gegensatz zwischen dem „Alten" und einem jungen Offizier, der als einziges Mannschaftsmitglied Züge eines überzeugten Nazis trägt. Für ihn haben der „Alte" und seine Leute nur Verachtung übrig; mit Politik und Ideologie haben sie nichts im Sinn. Sie sind die perfekten Profis, die sich nicht um das Geschwätz des Führers und seiner Verehrer kümmern, sondern nur mit Mut und Können ihren Auftrag erledigen.

Petersen nun ist weit davon entfernt, eine solche Haltung zu denunzieren und in ihrer Gefährlichkeit zu entlarven. Er unternimmt vielmehr alles, um diese Haltung zu verklären und somit den Mythos von den tapferen U-Boot-Fahrern zu bestätigen. In seinem Film fällt zwar kein einziges Mal das Wort „Kameradschaft", das für die oben erwähnten Kriegsfilme aus den fünfziger und sechziger Jahren zur Verherrlichung des Kriegs noch unerläßlich war. Aber er entwickelt eben real das Bild einer idealen Männergemeinschaft, die auf Gedeih und Verderb zusammensteht.

Der „Alte"

Und an der Spitze dieser Gemeinschaft steht der „Alte", gespielt von Jürgen Prochnow, der nichts mehr gemein hat mit den dümmlich-schneidigen Offizierstypen vom Schlag etwa eines Curd Jürgens, wie man sie aus den alten Kriegsfilmen kennt. Prochnow spielt den Kommandanten zurückhaltend, schon äußerlich kaum von seinen Männern zu unterscheiden, als eine Kumpelfigur, die nicht aufgrund ihres militärischen Rangs, sondern wegen ihrer persönlichen Qualitäten unbedingte Autorität als Führer genießt. Und im Verlauf des Films wird diese Figur immer unerträglicher heroisiert.

Es ist wahrhaftig ein übler Witz, wenn „Das Boot" jetzt verschiedentlich als Antikriegsfilm interpretiert wird. Es ist das genaue Gegenteil. Wirkliche Antikriegsfilme sind ja in der bürgerlichen Kinoproduktion äußerst dünn gesät. Das liegt im wesentlichen an dem grundlegenden Dilemma solcher Produktionen, daß sie nämlich nicht zu den gesellschaftlichen Ursachen des Krieges vorstoßen. Und die bloße Beschreibung des Kampfgeschehens verkommt dann auch bei guten Absichten oft zur Verharmlosung des Krieges — und die Grenzen zu seiner Verklärung sind dann fließend. Was aber zumindest erwartet werden muß (und was beispielsweise ein Film wie Lewis Milestones „Im Westen nichts Neues" — der jetzt wieder in Programmkinos läuft — leistet), ist die Darstellung des Krieges als des größten Verbrechens an den Menschen.

Petersen aber zeigt den Krieg nicht als Verbrechen, sondern als faszinierendes Abenteuer. Wo bürgerlich-pazifistische Antikriegsfilme ihr Gewicht und ihre positive Bedeutung gerade dadurch erlangen, daß sie eindringlich die moralische und physische Zerstörung der Menschen durch den Krieg beschreiben, dreht Petersen die Sache völlig um, indem er den Krieg als die höchste Möglichkeit der moralischen Bewährung verherrlicht.

So unterscheidet sich „Das Boot" denn grundsätzlich nicht von den Landserschinken vergangener Jahre. Und es ist gerade seine moderne amerikanische Machart, die diesen Film besonders gefährlich macht. Der Krieg als Geschmack von Freiheit und Abenteuer — das paßt natürlich jetzt denen gut in den Kram, die den nächsten Krieg schon vorbereiten.

-er



Nie wieder Krieg!

Unter diesem Motto steht die jetzt erschienene neue Ausgabe der Kulturzeitschrift *„linkskurve"*.

Zu diesem Schwerpunktthema gehören unter anderem eine Umfrage unter Schriftstellern zu ihren Möglichkeiten im Friedenskampf, Aufsätze über Antikriegsliteratur und die Taube als Friedenssymbol, sowie neue Gedichte von F.C. Delius und Erich Fried.

In der Rubrik „Aus der Werkstatt" werden verschiedene Formen der Wandmalerei vorgestellt.

Einzelheft: 7 Mark

Zu beziehen über Verlag Neue Zeit, Postfach 4304, 2300 Kiel.

Theater zur 3. Welt

Das ist der Schwerpunkt der diesjährigen Veranstaltungen des Jungen Forums in Recklinghausen. Unter anderem werden dabei die folgenden vier Stücke ausgeführt:

„Cacao" von der San Francisco Mime Troupe". In dieser Komödie geht es um einen CIA-Agenten und eine Journalistin, die sich in einem südamerikanischen Land begegnen — und natürlich auch um die Komplotte der US-Multis, um CIA-Verschwörungen und Militärdiktaturen. (Termine 8.10., 20 Uhr, 9.10. 11 Uhr)

„Revolution auf Südamerikanisch" von Augusto Boal, ein satirisches Stück über Brasilien (Termine: 16.10, 20 Uhr, 17.10., 20 Uhr, 18.10., 12 Uhr)

„Los Verdammtos" von der Kölner Gruppe Der Wahre Anton. Die Mächtigen der Welt haben eine Stiftung ins Leben gerufen, um zu untersuchen, woher Hunger und Armut in der 3. Welt kommen. Zur Vorstellung der Untersuchungsergebnisse lädt die Stiftung zu einem großen Festbankett. (Termine: 30.10, 20 Uhr, 31.10., 20 Uhr, 1.11., 19 Uhr, 2.11., 11 Uhr.)



Schmetterlinge

„Die letzte Welt" von den Schmetterlingen. Die neue Revue der Wiener Gruppe, in der die großen Probleme unserer Zeit dargestellt werden und gezeigt wird, daß Fragen wie Kriegsgefahr, Krise oder Umweltvernichtung nicht isoliert voneinander gesehen werden dürfen. (Termine: 3.11., 20 Uhr, 4.11., 11 Uhr, 5.11., 11 Uhr, 6.11., 20 Uhr, 8.11., 12 Uhr).

Alle Veranstaltungen im Ruhrfestspielhaus. Kartenbestellungen bei: junges forum, Ruhrfestspielhaus, 4350 Recklinghausen; Tel.: (02361) 15521 oder 25025.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 41, 9 Ekim 1981 Yıl: 15 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

NATO roketlerinin yerleştirilmesi kararı feshedilmelidir!

GEW Sendikası Kongresinde yürüyüşe katılma kararı alındı

10 Ekim'de Bonn'da yapılacak olan barış yürüyüşünün katılımını, yürüyüşü hazırlayan komite ve destekleyenler yüz bin civarında tahmin etmektedirler. Fakat şimdiye kadar sürdürülen çalışmalar, bu katılımın başlangıçta tahmin edilenden hayli fazla olacağını göstermektedir. Bonn'da yapılacak olan bu yürüyüş Almanya tarihinde yapılan siyasi yürüyüşlerin en büyüğü olacağını şu an ki durumu ile göstermektedir.

"Aktion Sühnezeichen" ve "Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden" örgütleri tarafından düzenlenen bu yürüyüşe hafta sonuna kadar 800'e yakın örgüt ve KPD'nin de içerisinde yer aldığı İnsiyatif Grupları destekleme çağrısı yaptılar. Bu yürüyüşe katılımı ve Almanya barış hareketinin gelişmesi açısından olumlu olan diğer bir olgu da DGB Merkez Yönetim Kurulu'nun yasak kararına rağmen çeşitli sendikal örgütlerin yoğun bir şekilde çağrı yapmaları ve katılacaklarını açıklamalarıdır. Diğer yandan bunun haricinde geçen hafta sonu DGB'ye üye sendikalardan biri olan GEW sendikası yürüyüşe ilk olarak merkezi katılma kararı aldı. Ve GEW sendikası kongresine katılan delegelerin büyük çoğunluğu alınan bu kararı onayladılar.

Ayrıca Cumartesi günü yapılacak olan bu yürüyüş Bonn'daki partilerde de yoğun etkisini gösterdi. Tam da Almanya'ya yeni NATO roketlerinin yerleştirilmesi kararını ve ABD'nin savaş politikasını şartsız olarak desteklemekle Almanya'nın bir atom savaşı alanı olması tehlikesini artıran Bonn'daki partiler, Cumartesi yapılacak barış yürüyüşünü, sözde kendilerinin "barış politikasına" bir saldırı olduğunu söyleyerek yürüyüşe karşı yoğun bir şekilde kışkırtmaya giriştiler.

Federal Başbakan Schmidt küstahça Bonn'da yapılacak yürüyüşe saldırarak, bu yürüyüşün Amerikan askeri kışlasına RAF örgütünün yaptığı bombalı saldırı ile bağını kurarak, Bonn'daki kitlesel yürüyüşü alcakca "teröristler"in bir yürüyüşü olarak göstermeye çalıştı. Franz Josef Strauss ve şürekası burada daha da ileri giderek Cumartesi günü yürüyüşe katılacak olanları Sovyetler Birliği'nin ajanları olarak—ki, yürüyüş Sovyet atom silahlanmasında hedeflediği halde—göstermeye çalıştı.

Fakat barış yürüyüşüne yapılan bu saldırılar zerre kadar geniş yığınların Bonn'a seferber edilmesini etkileyemedi. Tüm bu saldırılara rağmen, geçen hafta 50'nin üzerinde SPD milletvekili ve FDP'den de 16 milletvekili bu yürüyüşü destekleyeceklerini açıkladılar. İşte bu tutum gerekli ve olumlu bir adımdır. Ancak bu noktada bazı SPD politikacılarının Bonn'daki yürüyüşün Federal Hükümet'in politikasını hedeflemediğini açıklamaları mahkum edilmelidir.

Eğer bu yürüyüş Bonn Hükümeti'nin politikasını hedef almıyorsa, ya kimi hedef alıyor? ABD orta menzilli roketlerinin Almanya topraklarına yerleştirilmesini destekleyerek, böylece Almanya'da yaşayanların güvenliğini tehlikeye sokan Bonn Hükümeti değil mi? Bugün Almanya tarihinde yapılacak olan en büyük yürüyüşün birinci planda hedeflediği Bonn Hükümeti'nin politikasıdır. İşte bundan dolayı da şu talebi ona iletiyoruz.

NATO roketlerinin yerleştirilmesi kararı feshedilmelidir!

GELSENKİRCHEN ÇELİK İŞÇİLERİ **1500 işyerinin imha edilmesini protesto ettiler. İşçiler aniden açıklanan işyerlerinin imha edilmesi planı üzerine, merkez idarenin önüne kadar yürüyerek idareden hesap vermesini talep ettiler.**

IGM Toplu Sözleşme Komisyonu toplandı:

Gerçek ücretler korunmalıdır!

STUTTGART.—Geçen hafta içerisinde Baden Württemberg'te bir araya gelen üç büyük IG Metall Toplu Sözleşme Komisyonları ortaklaşa oturumlarında gerçek ücretlerin korunmasının gerekliliğini vurguladılar.

İşte patronların ücretlerin dondurulması talebine verilmesi gereken cevap bu olmalıdır. Ücretlerin dondurulması talebi son haftalarda İşveren Birlikleri'nin propagandacıları tarafından yoğun bir şekilde yaygınlaştırılmaktadır. Patronların, fiyat artışlarının ortalama olarak yüzde 6,6 oranında (ki bu oran Kuzey Ren Vestfalya ve Bavyera Eyaletlerinde yüzde 6,8 ile yüzde 7 oranındadır) arttığı bir dönemde, ücretlerin dondurulmasını talep etmeleri tüm çalışan insanların yaşam koşullarının daha da ağırlaştırılması için karşı cepheden yoğun bir saldırı anlamını taşımaktadır.

Almanya Sendikalar Birliği'nin (DGB) yaptığı araştırmaya göre gerçek ücretlerin daha geçen yıl yüzde 0,3 oranında düşürüldüğünü ve 1981 yılının ilk yarısında gerçek ücretlerde yeni düşürülmelere gidildiğini yazmaktadır. Ancak bu hesaplama fiyat artışlarına oranla yüzde 4,9 oranında olan ücret artışlarına ilişkin çok dikkatli yapılmıştır. Çünkü gerçek ücret düşürülmeleri DGB'nin açıkladığı bu oranın üzerindedir.

Ayrıca Baden Württemberg Eyaletinde toplanan IG Metall Toplu Sözleşme Komisyonları gerçek ücretlerin korunmasının gerekliliğini vurgulamamalarının yanısıra, aynı zamanda 60 yaşında (şimdi erkekler için 65 yaşında) emekliye ayrılma talebini de desteklediklerini açıkladılar.

Sendikacılar DGB'nin yasak kararını hiçe saydılar

Sendikacılar Bonn yürüyüşüne katılıyor

Alman Sendikalar Birliği (DGB) ve ona bağlı olan sendikalar içerisinde son haftalarda Bonn'daki barış yürüyüşüne katılma yanlısı olan sendikacılar ve sendikal örgütlerin sayıları çığı gibi büyüdü. DGB Merkez Yönetim Kurulu'nun tüm sendikalara ve üyelerine bu yürüyüşe katılmayı yasaklamasına rağmen bir dizi sendikal örgüt ve sendikacı yürüyüşe çağrı yaptılar.

1 Ekim günü Bremen'de Bonn'da yürüyüşe katılmak için bir hazırlık toplantısı düzenlendi. Bu toplantı da diğer şeyleri yanısıra IG Metall sendikasından Georg Benz'e gönderilmek üzere bir yazı hazırlandı. Bu yazıda Georg Benz'in tüm baskılara karşı durarak Bonn'daki barış mitinginde konuşması istenilmektedir.

Diğer yandan bu hafta Salı günü Hamburg'ta da diğer şehirlerde yapıldığı gibi 2100 sendikacının imzaladığı ve masraflarını kendilerinin karşıladığı bir ilan gazeteye verildi. Bonn'daki yürüyüşe katılmaya çağıran bu ilanı aynı zamanda 600 DGB'li eleman da imzaladı. Bu çağrıyı imzalayan sendika elemanları DGB Merkez Yönetim Kurulu'nun "anlam verilemeyecek yasak kararına" rağmen tüm arkadaşları resmi olarak bu yürüyüşe katılmaya çağırmaktalar. "Bu çağrıda aynı zamanda tüm çalışan insanların çıkarlarının temsilcileri olan sendikaların barış hareketinin belirleyici bir kısmını oluşturması" gerektiği vurgulanmaktadır. Buna benzer insiyatifler Osnabrück, Stuttgart ve Hannover'de de gazeteye ilan vererek yürüyüşe çağırmaktaydılar. Ayrıca bir dizi sendikal örgüt ve kuruluş tarafından yürüyüşe katılma çağrıları yapıldı. Aynı şekilde bu yürüyüşe GEW sendikası da katılacağını açıkladı.

100'er adet MX roketlerinin ve bombardıman uçaklarının yapımı kararlaştırıldı.

ABD yeni atom silahlarının yapımı için 400 milyar DM ayırdı.

Halkın direnişi, roketleri yerleştirme planını geçersiz kıldı.

WAŞİNGTON.—Reagan Hükümeti geçen hafta yeni atom silahlarının yapılması programını kararlaştırdı. Ve bugün Reagan Hükümeti'nin kararlaştırdığı silahlanma programı insanlık tarihinde en fazla harcamayı gerektiren bir programdır. Altı yıl içerisinde programın öngördüğü silahlanma çerçevesinde 400 milyar DM harcanacağı açıklandı.

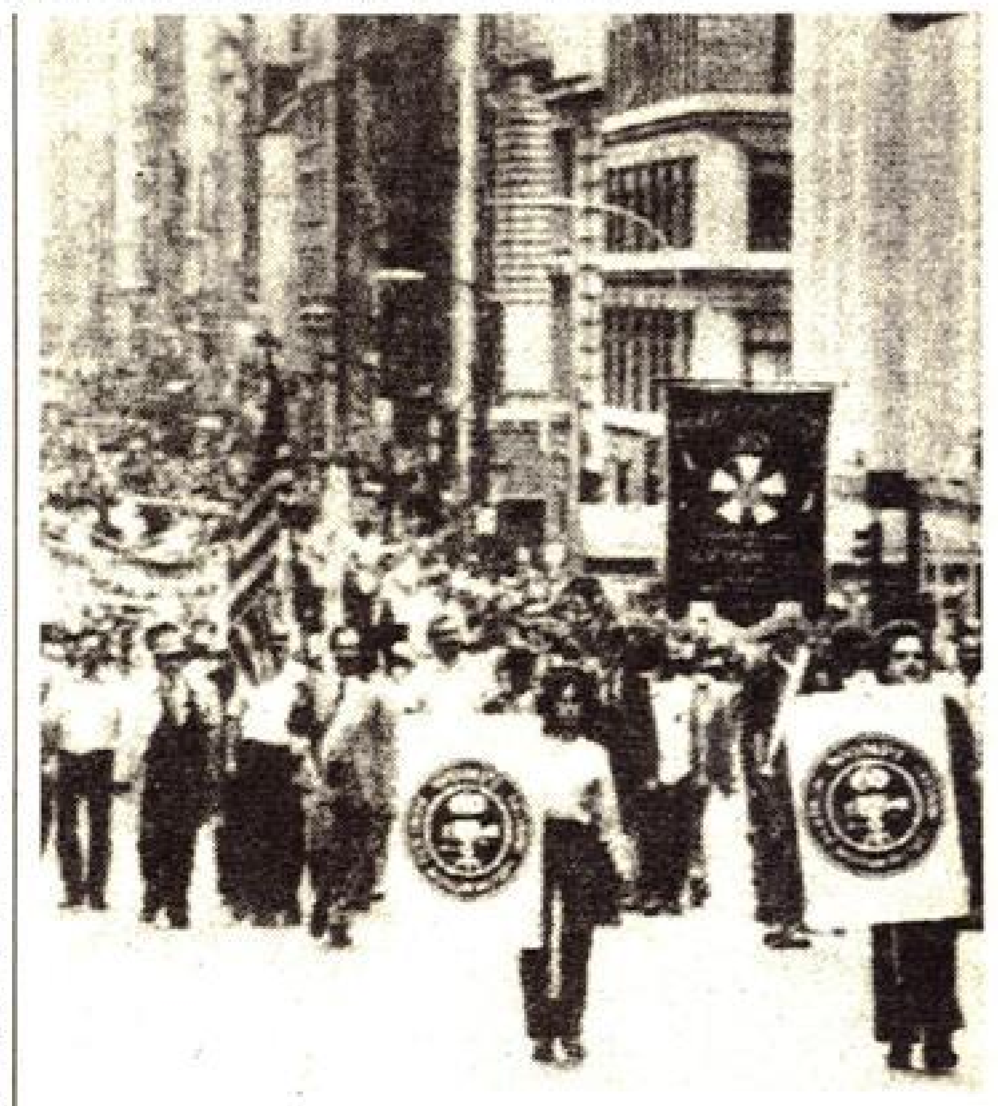
Reagan Hükümeti Silahlanma için ayırdığı bu para ile 100 adet kıtalararası MX roketlerini ve 100 adet de radar kontrolu tarafından tespit edilemeyecek bombardıman uçaklarını yaptırmak istemektedir. Diğer yandan Pentagon'un başlangıçta Utah ve Nevada Federal Devletlerinde 23 değişik yere MX roketlerini yerleştirme planı halkın yoğun direnişleriyle karşılaşınca boşa çıkmış oldu.

Reagan Hükümeti'nin bu kararı silah sanayiisindeki sendika temsilcilerince sert bir şekilde eleştirildi. Bu sert eleştiriler aynı zamanda Amerikan Senatosu Askeri Komisyonu'nun Başkanı ve Amerika'nın en yoğun savaş kışkırtıcılarından biri olan senatör Towers'e yöneltilmekteydi.

Bu karar, yakın zamanda Reagan'ın saldırgan politikasını ve emekçilerin sosyal haklarının silahlanmanın yararına kısıtlanmasını protesto eden Amerikan Sendikal Hareketine karşı bir saldırının ilanıdır. Sendikal hareketin sosyal haklarının kısıtlanmasını protesto etmesinden etkilenmediğini vurgulayan Reagan, diğer yandan da halkın direnişi ile karşılaşınca iki Federal Devlete roketlerinin yerleştirilmesi emrini verememektedir.

Waşington savaş kışkırtıcıları tartışma ve eleştirilerinde açık bir şekilde şunları söylemektedirler: Roketler'in değişik yerlere yerleştirilmesi planı gerçekleştirilmeksizin ABD'ye atom silahları ile saldırılabilinir. Demek ki bu baylar silahları Nevada ve Utah'a yerleştirmekle herhalde kesin olarak bir atom savaşını kazanacaklarını hesaplamışlar!

(„400 Milliarden DM für neue Atomraketen")



Waşington'da Reagan Hükümeti'nin silahlanma ve sosyal hakları kısıtlama politikasını binlerce emekçi protesto etti. Aynı içerikli yürüyüşler diğer büyük şehirlerde de düzenlenmesinin yanı sıra, New York'ta da yapıldı. New York'ta düzenlenen bu yürüyüşe ise on binlerce emekçi katıldı.

HAFTANIN YORUMU

Geçen hafta iki süper devletin dışişleri bakanları New York'ta bir araya geldiler. Beş gün içerisinde iki kez görüşmelerde bulunan ve üçüncü görüşmelerini de 1982'nin ilk aylarında yapmayı kararlaştıran dışişleri bakanlarının konuşmaları üzerine burjuva ve revizyonist basın çeşitli yaygaralar kopardı, sayfalar dolusu yazılar yazdılar. Birleşmiş Milletler toplantısının ardından yapılan iki süper devletin dışişleri bakanlarının bu görüşmesi çeşitli şekilde yorumlandı. Örneğin Batı Almanya'nın gerici gazetelerinden biri olan "Bild" gazetesi bu görüşmeyi "Dünyayı değiştiren bir görüşme" olarak niteledi.

Ve bu görüşmenin değerlendirilmesi konusunda "Bild" gazetesi sadece Başbakan Schmidt ile hem fikir değildi. Aynı zamanda revizyonist DKP (Alman Komünist Partisi) ile de hem fikir idi. Başbakan Schmidt bu görüşmeyi "Alman diplomasisinin büyük bir başarısı olarak" ele alırken, DKP ise bunu, "Almanya'daki barış hareketinin de ilk başarısı" olarak değerlendirdi.

Haig/Gromiko görüşmesi barışın korunmasının garantisi olabilir mi?

İki süper devletin dışişleri bakanları geçen hafta Reagan Hükümeti'nin göreve başlamasından bu yana ilk olarak bir araya geldiler. Ve bu görüşmede iki emperyalist çetenin dışişleri bakanları "silahlanmanın sınırlandırılması üzerine yapılan görüşmeleri" yeniden başlatma kararı aldılar. İki ülkenin dışişleri bakanlarının aldıkları bu kararın şimdiye kadar alınan kararlardan ne farkı var? Bu görüşmelere tekrardan başlanılması ile silahlanmanın sınırlandırılması için gerçek adımların atılacağı iddia edilebilinir mi? Bu görüşmeler Almanya'daki barış hareketi için ne gibi kazanımları sağladı?

Şimdiye kadar iki süper devlet arasında bu görüşmelerin başlatılması için gerek Bonn Hükümeti tarafından, gerekse DKP tarafından büyük yaygara koparıldı. Artan savaş tehlikesinin azaltılması, silahlanmanın sınırlandırılması ve barışın sağlanmasının tek garantisi olarak iki süper devlet arasında bu görüşmelerin yapılması gösterildi. Ancak gerçekleri görmemek için gözleri kapatmak lazım. İki süper devletin dışişleri bakanlarının aldıkları karar bu görüşme üzerine yapılan her türlü hayalleri yerle bir etmektedir. Çünkü yapılan bu görüşmelerde atom silahlarının üretiminin azaltılması ve silahlanmanın sınırlandırılması konusunda bir tek kelime dahi söylenmedi. Bırakalım şimdi bundan bahsetmelerini, bunun gelecek bir hedef olarak bile belirlemediler. Öyleyse şimdi gerici basının revizyonistlerin ve çeşitli burjuva politikacıların söyledikleri gibi bu görüşme ile birlikte silahlanmanın sınırlandırılmasına başlandığını söyleyebilir miyiz? Kesinlikle hayır. Çünkü alınan bu kararlarda açık bir şekilde bir tek kelime dahi "orta menzilli silahlar" üzerine bahsedilmemektedir. Sadece üstü kapalı bir şekilde iki süper devletin arasında daha evvel yapılan görüşmelerde ele alınan konular üzerine tartışılacağı yazılmaktadır.

Peki "barış yanlısı olduklarını söyleyen bu baylar" üstü kapalı bir ifade tarzına neden gerek duydular? Çünkü iki süper devlette başka amaçlar peşinde koşmaktadırlar. Her iki tarafta birbirlerine, karşılıklı olarak askeri üstünlüklerin olduğunu ileri sürmekte, biri SS-20 roketlerinin, diğeri ise Amerikan atom silahları üzerine görüşmeyi "istemekte", atom silahlarının "sınırlandırılması" öngörmektedir. Ancak hiç biri de silahlanmanın sınırlandırılması için adım atmak istemiyor. Her iki tarafta birbirlerini karşılıklı olarak askeri dengeyi bozmakla suçluyarak azgınca silahlanmaktalar.

Bu durumda biz DGB'nin barış çağrısının ileri sürdüğü gibi bütün barış umutlarımızı bu görüşmelere mi bağlamalıyız? Bütün umutları iki süper devlet arasındaki görüşmelerde görüp, eli kolu bağlayarak bir gün bu görüşmelerin ardından iki emperyalist çetenin elebaşlarının şunu demesini mi bekleyelim: Reagan, orta menzilli silahların yerleştirilmesinden vazgeçiyor. Brejnev'de SS-20 roketlerini geri çekiyor!. Hayır kesinlikle emperyalistler, özellikle bugün savaş kışkırtan iki süper devletin arasındaki görüşmelerin en küçük bir başarıyı sağlayacağına dair bir umut vermemek lazım. İki emperyalist devlet arasında yapılan SALT görüşmelerinin neyi sağladığı çok açık ortada: **SALT anlaşmalarının yapılmasından bu yana atom silahlarının üretiminin azaltılması yerine beş kez daha artırıldı.**

Bugün yapılacak görüşmelerde emperyalistlerin silahlanmasını maskelemekten başka bir anlam taşımayacaktır. Bu görüşmeler sadece Schmidt, DGB şefi Vetter gibilerinin bugün savaşı kışkırtan iki süper devletin barıştan yana olduğu propagandasını yapmaya, barışsever insanların umutlarını bu görüşmelere bağlamaktan başka bir şeye yaramayacaktır.

Ve şimdi yapılan bu görüşmelerde SALT görüşmeleri gibi iki süper devletin amansızca silahlanmasını bir kaç kez artırmaktan başka bir anlam taşımayacaktır. Bunun için, bugün barışın sağlanmasının tek yolu kitleleri silahlanmaya ve savaşa karşı mücadeleye sevketmekten geçer. İşte bu nedenle buna en iyi örnek bu hafta Bonn'da yapılacak barış yürüyüşüdür. Barış ancak ve ancak işçi sınıfı, tüm halk sınıf ve tabakalarının mücadelevi eylemleriyle sağlanır. Yoksa emperyalistlerin, özellikle de iki süper devletin arasındaki boş "barış" görüşmeleriyle değil.

İşten atılmalar giderek artmaktadır

Thyssen patronları işyerlerini kapatacağını açıkladı

Frankfurt'ta VDM ve Adler-Werke patronları işyerleri kapatarak toplam 5000'e yakın işçi ve emekçiyi işten atacaklarını açıkladıktan sonra şimdi de Gelsenkirchen'de Thyssen firması patronları işyerini kapatacaklarını açıkladılar. Toplam olarak 1500 işçinin işine son vermeyi planlayan Thyssen patronları, bu yıl sonuna kadar 120 işçiyi işten atmak istiyorlar. İşyerlerinin imha edilmesine karşı çıkan Thyssen işçileri geçen hafta işi bırakarak protesto ettiler.

Ardı arkası kesilmeyen isverlerinin imha edilmesi halkasına bir yenisi daha eklendi. Berlin'deki AEG-Telefunken, Frankfurt'taki VDM, Adler-Werke ve daha saymakla bitmeyecek bir çok şehirdeki firmaların kapatılacakları açıklanmasından sonra, şimdi de Gelsenkirchen'nin en büyük fabrikalarından biri olan ve binlerce emekçinin çalıştığı Thyssen fabrikasının da kapatılacağı açıklandı. Thyssen patronları firmayı kapatacaklarını açıklarken şimdilik 1500 işçinin işine son vermeyi planladıklarını belirttiler. Ve bu 1500 işçiden 120'sinin işine bu yıl içerisinde son vermek istiyorlar. Thyssen tekeli patronları, 950 işyerini Gelsenkirchen'deki döküm çelik fabrikasında, 230 işyerini de Hildenheim'deki bölümde imha etmek istiyorlar.

Her firma kapatılmasının ardından kapatılmaya gerekçe olarak firmanın kâr elde edemediği gösterildiği gibi bugün aynı nedenleri Thyssen patronları da göstermektedirler. Thyssen tekeli gibi büyük bir şirketin durumunun kötüye gittiği söylenebilir mi? Kesinlikle hayır. Thyssen patronları milyarca kâr elde etmek istiyorlar. Ayrıca Thyssen tekelinin yüzlerce işçinin işine son vermesi aynı zamanda diğer küçük firmaları da etkileyecek ve onlarında bir çok işçinin çıkışını vermesini beraberinde getirecektir.

Diğer yandan şu an Gelsenkirchen'de işsizlik oranının ortalama olalarak yüzde dokuzun üzerinde olduğunu düşünürsek, bu oranın Thyssen firmasının 1500 işçiyi işten atmasıyla daha da artacağını ve Gelsenkirchen'deki diğer işçiler gibi, Thyssen işçileri de İş ve İşçi Bulma Kurumu (Arbeitsamt) tarafından verilen bir kaç kuruşluk yardımla kendi ve ailelerinin geçimlerini sürdürmeye mahkum edilmiş olacaklar. Ancak geleleceklerinin açık olmadığını gören Adler ve VDM firmaları işçilerinden örnek alan Thyssen işçileri de bu duruma sessiz kalmadılar. Geçen hafta firmanın Gelsenkirchen ve çevresinde bulunan kollarında Thyssen patronlarının bu planlarını protesto etmek için sabah vardiyasına gelen işçilerin tümü kısa süreli olalarak işi bırakma eylemlerine gittiler. Bu protesto eylemlerine 1000'in üzerinde işçi katıldı.

Gelsenkirchen Thyssen firmasında bir tek işyerinin dahi imha edilmesine izin verilmemelidir. Çünkü patronlar işçilerin mücadelesini bölmek için bugün önce bir kısmını daha sonra geri kalanını işten atacaklardır. Thyssen firmasındaki işçilerin belirli bir kısmını oluşturan ve işten atılmada ilk sırada etkilenen yabancı işçiler özellikle de Türkiyeli işçiler bu mücadelede Alman sınıf kardeşlerinin yanında yer alarak bir tek işyerinin dahi imha edilmemesi için mücadeleye atılmalıdırlar. Çünkü sessiz kalmak demek patronların işten atma planlarını desteklemek demektir.

(„Massenentlasungen bei Thyssen in Gelsenkirchen")



Thyssen patronlarının firmayı kapatacaklarını açıklamaları üzerine işçiler protesto eylemleri düzenlediler.

Patronlar ücretlerin dondurulmasını istiyor

Sendikalar içerisinde buna karşı mücadele yükseliyor

Geçen sayımızda da belirttiğimiz gibi çeşitli işveren kuruluşları gelecek yıllar için ücretlerin dondurulmasını talep etmektedirler. Bir taraftan Bonn Hükümeti her türlü sosyal hakkı kısıtlamaya giderken, diğer taraftan da patronlar zaten şimdi bile fiyat artışlarının altında olan ücretlerin dondurulmasını talep etmekteler. Patronların bu taleplerine karşı bir çok sendika içerisinde protestolar giderek yükselmektedir.

Yakın zamanda Kiel'deki "Dünya Ekonomi Ensitütüsü"nün ileri sürdüğü gibi çeşitli işveren kuruluşları 1982 yılından itibaren ücret dondurdurulmasına gidilmesini talep etmekteler. Bonn Hükümeti işçi ve emekçilerin arta kalan sosyal kırıntılarına savaş açarken, diğer taraftan patronlar da toplu sözleşmeler için ücretlerin tamamen dondurulmasını istiyorlar. Şimdi bile ücretlerin fiyat artışlarının tamamen altında olduğunu düşünürsek bu, işçi ve emekçilerin yaşam koşullarının ağırlaştırılması demektir. Bir taraftan çocuk parası, işsizlik parası vb. sosyal hakların kısıtlanmasına gidilirken, diğer yandan da patronlar ücretlerin dondurulmasına başlanılmasına istemekteler. Patronlar ücretlerde sıfıra doğru dönüşümü bu yıl ki toplu sözleşmelerde, fiyat artışlarının altında bir "ücret" artışı anlaşması yapmakla sağlamışlardı. Ve bu yapılan anlaşmalar patronların gelecek yıllar için ücretlerin tamamen dondurulmasına gideceklerinin bir belirtisiydi. İşte son ücret turlarından bu yana patronlar yoğun bir şekilde ücretlerin dondurulması hazırlığını yapmaktalar.

Diğer yandan patronların ücretleri dondurma taleplerine karşı çeşitli sendikalar içerisinde protestolar giderek yükselmektedir. Geçen hafta Dortmund'ta yapılan sendika temsilcileri toplantısında Gıda İş Sendikası (NGG) başkanı bugün kamu işletmelerinde ücretlerin dondurulmasına gidilmesi, diğer alanlardaki işçiler için bir sinyal anlamını taşıdığını söyledi. Bunun dışında IG Metall ve diğer sendikalar da ücretlerin dondurulmasına gidildiği taktirde mücadele edeceklerini belirttiler. Ayrıca yakın zamanda yapılan çeşitli sendika temsilcisi ve üye toplantılarında da ücretlerin dondurulması talebi protesto edildi. Ve bugünden çeşitli sendikaların üyeleri gelecek yılki ücret turlarının hazırlığına başlanılması gerektiğini açıkladılar. Bundan dolayı çeşitli bölgelerde IG Metall büyük toplu sözleşme komisyonları bu günden 1982'nin toplu sözleşme turlarının hazırlığına başlanılmasının kararını aldılar.

Şimdi bir yandan Bonn Hükümeti tarafından sosyal hakların kısıtlanmasına gidildiği ve diğer yandan da patronların ücretlerin dondurulmasını talep ettiği bir dönemde, sessiz kalmak demek patronların bu isteklerine destek olmak, zaten oldukça ağır olan yaşam koşullarının daha da ağırlaştırılmasını kabul etmek demektir. Bunun için bugün çeşitli sendikalar içerisinde patronların ve Bonn Hükümeti'nin bu saldırısına karşı mücadele örgütlenmeli ve sendikal kuruluşları harekete geçirmek için çaba sarfedilmelidir.

(„Unternehmer fordern Lohnpause")

Hamburg'ta doktorlar konferansı

Doktorlar atom savaşı hazırlıklarına karşı

HAMBURG. — 19/20 Eylül tarihleri arasında "Atom savaşına karşı doktorların uyarısı" adlı bir konferans yapıldı. Hamburg Audi-Max Salonu'nda yapılan bu toplantıya 1600'ün üzerinde doktor, bilim adamı, öğretmen, piskolog ve tıp alanında çalışan diğer meslek gruplarından kişiler katıldılar. Doktorlar, artan atom savaşı somut tehlikesinin azaltılması için mücadeleye atıldı ve konferansı desteklediler.

Doktorlar kongresi yapılmadan önce kongreye hazırlık olarak bir imza kampanyası açıldı. Kısa zamanda imza kampanyasını 1000'in üzerinde doktor imzaladı ve kongrenin yapılması için bağışta bulundular. İmza kampanyasının ardından gazeteye büyük bir ilan verildi. Bu ilanı oldukça gerici olan doktorların yayın organları bile yayınladı. Ayrıca toplantıya çeşitli ülkelerden tanınmış bilim adamları da çağrıldı. Ve bu çağrıya uyarak İngiltere'den biyofizikçiler, İsviçre'den profesörler katıldılar. Bu konferansta çeşitli bilim adamları, "gerçekten bir atom savaşı çıkacak olursa, tıbbi açıdan halka hiç bir konuda yardımcı olamayacaklarını ve yaralıların tedavisinin olanak dışı olduğunu" açıkladılar. Konferansta artan savaş tehlikesi üzerine çeşitli konuşmalar yapıldıktan sonra, atom savaşının çıkmasının engellenmesi için ne yapılması gerektiğinin ele alınması için kurulan çalışma grubu konferansa katılanların büyük ilgisini çekti.

Konferansın ikinci gününde İngiltere ve Hollanda'dan gelen doktorlar, kendi ülkelerinde nükleer silahların yapımına ve atom savaşı tehlikesinine karşı kurulan ve doktorlardan oluşan insiyatif gruplarının çalışmaları ve başarılarını anlattılar. Ardından Berlin'li avukat Schily Batı Almanya'nın NATO'dan çıkmasını, Batı ve Doğu'da silahsızlanma adımlarının atılmasını ve aynı şekilde Doğu Almanya'nın da Varşova Pakt'ından çıkmasını talep etti. Konferansa katılan doktorlar ayrıca bulundukları şehirlerde kamuoyunu atom savaşı tehlikesi üzerine aydınlatmak için "Doktorlardan oluşan İnsiyatif Grupları"nın oluşturulmasını kararlaştırdılar.

Konferansa genç bilim adamlarının yanısıra, yaşlılar da katılmıştı. Yapılan konuşmalarda doktorların görevleri, sadece hastayı iyileştirme değil, aynı zamanda önceden olaya meydan vermemek için de adım atmalarının gerekli olduğudur. Bir diğer anlamıyla bunu artın atom savaşı tehlikesine indirgeyecek olursak, bugünden savaş tehlikesine karşı mücadele edilmesi gerekliliği demektir. Çünkü yarın atom savaşı başlayacak olursa, o zaman yaralıları tedavi etmek için hiç bir tıbbi imkânın olmadığı belirtildi.

Konferansta artan atom savaşı tehlikesine karşı doktorlar politikacılara seslenerek atom savaşın engellenmesi için tedbirlerin alınmasını talep ettiler. Doktorlar, çeşitli bölgelerde kurulacak "Doktor İnsiyatif Komiteleri"nin çalışmalarını değerlendirmek ve 3 ay sonra tekrar buluşmak üzere dağıldılar. Konferansta savaşın esas kaynağı gösterilmemesine ve bugün savaşın çıkmasında hangi kesimlerin çıkarlarının olduğu belirtilmemesine rağmen, doktorların, bilim adamlarının savaşa karşı çıkarak bu konuda kendilerinin de mücadeleye atılmaları olumlu bir adımdır.

(„Arztekongress in Hamburg")

Barış mücadelesi giderek yükselmektedir

Batı Almanya NATO'dan çıkmalıdır!

Batı Almanya'da yeni Amerikan atom silahlarının yerleştirilmesine karşı mücadele bu hafta Bonn'da yapılacak barış yürüyüşü ile odak noktasına ulaşmış olacaktır. Bu yürüyüşün yüzlerce örgüt tarafından desteklenmesi bugünkü barış mücadelesinin eriştiği boyutları göstermektedir. Yerleştirilmesi planlanan yeni atom roketleri ile Almanya tamamen bir barut fıçısına çevrilmiş olacak ve çıkacak bir savaşta büyük olasılıkla esas savaş alanı olması tehlikesini artıracaktır. Bunun için yeni atom roketlerinin yerleştirilmesi adımı kitlelerin büyük direnişleriyle karşılaşmaktadır. Bugün Almanya'nın çıkacak bir savaşta esas savaş alanı olmasını engellemenin yolu, Almanya'nın tarafsızlaştırılmasından, yani NATO'dan çıkılmasından geçer.

Şu an Federal Almanya dünya da — yerleştirilmesi planlanan yeni orta menzilli silahlar hariç en fazla atom silahları bulunan ülkelerden biridir. Almaya topraklarında her türlü kimyasal ve atom silah malzemeleri yerleştirilmiştir. Ve bugünkü konumu ile Federal Almanya ABD ordusunun dünya çapındaki hegemonya mücadelesi için cephanelerini yerleştirdiği bir ülke durumundadır.

Bugün Almanya topraklarına yeni orta menzilli silahların yerleştirilmesi ile Almanya'nın bir savaş alanı olması tehlikesi daha da artacaktır. Diğer yandan Almanya iki süper devletin askeri blokların sınırlarının çakıştığı alan üzerinde bulunmaktadır. İşte bugün Almanya'da en açık güncel tehlikeyi bu nokta oluşturmaktadır.

Bugün NATO, onun elebaşısı ABD ve uydusu Bonn Hükümeti tarafından izlenen politika Almanya'da halkı yeni bir savaşın eşiğine sürüklemektedir. Ve bu tehlike Reagan Hükümeti'nin başa gelmesi ile daha arttı. Dünyanın en büyük savaş ticaretcilerinden biri olan ABD sadece bunlarla kalmadı. O El Salvador'dan Türkiye'ye kadar askeri faşist darbeler örgütlemekte ve bu ülkelerde hakimiyet alanlarını pekiştirmektedir. Tüm bunlar ABD tekellerinin dünya çapındaki çıkarlarını sağlama almak için yapılmaktadır. Bonn'daki Koalisyon partileri de Reagan'ın bu savaş rotasını takip etmekten başka bir şey yapmıyorlar.

Diğer yandan barış hareketi içerisindeki çeşitli güçler DGB Merkez Yönetim Kurulu ve DKP gibi örgütler barış hareketini emperyalistlerin bu savaş planlarının bir aracı haline getirmek ve barış hareketinin tüm dikkatini emperyalistler, özellikle ABD ve Sovyetler Birliği arasındaki görüşmelere çekmek ve emperyalistler arasındaki anlaşmalara bağımlı kılmak istiyorlar. Ki bugün görüşmelerde uygulanan yöntem çok açık. Önce silahlanacaksın, sonra da görüşmelere başlayacaksın! Ayrıca bu görüşmeler yıllardan beri yapılmaktadır. İşte sonuçları ortada: Silahlanmayı sınırlandırma adı altında silahlanma bir kaç kat artırıldı. Diğer taraftan şu soruyu sormalıyız; bu görüşmeleri sürdürenler kim? Dün ve bugün amansızca silahlanan, dünya çapında saldırgan ve emperyalist bir politika izleyen ve savaş kışkırtıcılığı yapan iki süper devlet değil mi? Öyleyse aynı çetelerden barışı sağlamasını, silahlanmayı sınırlandırmasını mı bekleyeceğiz? Kesinlikle hayır. Böyle bir politika tam da emperyalistlerin işine yarar.

Diğer yandan Sovyetler Birliği de ABD gibi hegemonya peşinde koşan, Afganistan'ı işgal eden, Polonya'yı da işgal etmekle tehdit eden emperyalist bir ülkedir. O da azgınca silahlanmaktadır.

Şimdiye kadar amasızca silahlanan hiç bir emperyalist ülke savaş için silahlandıklarını söylemediler; açıkladıkları tek şey güvenliği ve barışı sağlamak için silahlanmaya gidildiği noktası idi.

İşte bu koşullarda savaşın engellenmesi, emperyalistleri tek yanlı silahsızlanmaya zorlamaktan geçer. Bunun Almanya için somut anlamı; Almanya'nın NATO'dan çıkması ve tarafsız olmasından geçer, tabii ki bu aynı şekilde Doğu Almanya'nın da Warşova Paktı'ndan çıkması içinde geçerlidir. Ancak bizler Batı Almanya'da yaşayanlar olarak somut anlamıyla sadece Batı Almanya'nın NATO'dan çıkmasını, kendisini tarafsız ilan etmesini zorlayabilir ve bu konuda Bonn Hükümeti'ne baskı yapabiliriz. Şüphesiz Alman hakim sınıfları kendiliğinden NATO'dan çıkmayı kabul etmeyeceklerdir. Nasıl ki orta menzilli silahların yerleştirilmesini kendiliğinden reddetmeyecekleri gibi, aynı şekilde NATO'dan çıkmak için bir adım atmayacaklardır. Ve bugünkü koşullarda Alman hakim sınıflarının planlarına da NATO'dan çıkmak uymamaktadır. İşte bundan dolayı yeni Amerikan silahlarının Almanya topraklarına yerleştirilmesini nasıl ki ancak kitlelerin mücadeleleri engelleyebilecekse, aynı şekilde NATO'dan çıkma talebinin gerçekleştirilmesini de gene kitlelerin mücadelesi belirleyecektir. Bu mücadele KPD'nin ileri sürdüğü gibi sendikalarında barış hareketinin safında yer almasıyla daha da güçlenmiş olacaktır. Savaşın en büyük yükünü taşıyan işçi sınıfı, emekçiler ve onların sendikal örgütlerinin barış mücadelesinin safında yer almalarıyla, NATO'dan çıkmak için direnişi daha da yoğunlaştırmış oluruz.

Öte yandan hemen şu soruyu sormalıyız; NATO'dan çıkmak ile Almanya'nın çıkması muhtemel olan bir savaşa katılması engellenmiş olacak mı? Tabii ki değil. Çünkü NATO'dan çıkılsa ve Almanya'nın tarafsız olması sağlanılsa bile, tüm problemler çözümlenmiş, savaşın kaynağı kurutulmuş olmaz. Çünkü, gene iktidarda bulunan hakim sınıf tekelci burjuvazidir. Ve savaşın esas kaynağı olan emperyalist sistem yıkılmadığı sürece gerçek ve kalıcı bir barışın sağlanması da düşünülemez. Gerçek *kalıcı bir barış* ancak emperyalist sistemin yıkılması ve sosyalizmin kurulması ile sağlanır. **Ancak bugün Almanya'nın gerçekten tarafsızlaştırılması bu adıma yönelik bir katkıdır. Ve bundan dolayı desteklenmesi ve yaygınlaştırılması gereken bir taleptir.**

(„Frieden sichern durch Neutralität")

KISA HABERLER

İlticacılar açlık grevlerine gittiler

Geçen hafta Almanya'nın bir çok şehrinde çeşitli ülkelerden gelen ilticacılar protesto eylemleri düzenlediler. "Kızıl Şafak"ın geçen sayısında da ele aldığımız gibi çeşitli eyaletlerin bakanları şimdiye kadar para olarak ilticacılara ödenen sosyal yardımın bundan sonra sadece giyim eşyası ve yiyecek olarak verilmesini önermiştir. İlticacı emekçilere yapılan ardı arkası kesilmeyen bu saldırılarla, ilticacı emekçiler üzerindeki baskılar daha da artırılmak ve yaşam koşulları ağırlaştırılmak isteniliyor. İşte iltica hakkının son kırıntılarını da ortadan kaldırmaya yönelik bu saldırılara karşı Bavyera Eyaleti'nin Oberfalz ve Baden-Württemberg Eyaleti'nin Horb şehrinde ilticacı emekçiler açlık grevlerine gittiler.

Ayrıca bu açlık grevlerinin dışında Oberfalz şehrinde de bulunan toplama kamplarında bu da 600'e yakın ilticalı emekçi protesto eylemleri düzenlediler. Ve çeşitli şehirlerde de açlık grevlerine giden ilticacılar, grevlerini şimdiye kadar para olarak ödenen sosyal yardımın bundan sonra sadece giyim eşyası ve yiyecek maddesi olarak ödenmesi önerisi geri alınıncaya kadar devam ettireceklerini açıkladılar.

(„Hungerstreik der Asylbewerber")

Honduras'a askeri yığınak yapılmaktadır

ABD El Salvador'a karşı saldırılarını yoğunlaştırıyor

MONTREAL. — Kanada Komünist Partisi-Marksist/Leninist'in Merkez yayın organı "Peoples Canada Daily News" 11 Ağustos sayısında yayınladığı yazıda ABD'nin El Salvador'a karşı saldırılarını yoğunlaştırdığını yazmaktadır.

Bu yılın Nisan ayından beri, Vietnam'daki canice katliamları ile tanınan ABD'nin "Green Berets" adıl özel komando birliğinin ön hazırlık timleri yaklaşık olarak sayıları bine yakın olan taburu küçük bir şehir olan La Virtud'a yerleştirmek çabası içindedirler.

La Virtud şehri Honduras'ın El Savador sınırında bir şehirdir. Bu yılın Temmuz ayında El Salvador'un faşist orduları La Virtud'tan El Salvador'da bulunan komşu ülkeye baskınlar düzenlemişler. Ki bu baskınlar Amerikan subayları tarafından yönlendirilmekte ve Honduras birlikleri tarafından da desteklenmekteydi.

La Virtud şehri ve çevresinde onbinlerce mülteci toplama kamplarında tutuklu bulundurulmaktadır. Bu kamplara El Salvador ve aynı zamanda Honduras devletinin birlikleri defalarca saldırılar düzenleyerek katliama giriştiler.

Bu yılın başlangıcında Honduras orduları ABD subaylarının kumandası altında mülteci trenlerini durdurup mültecileri El Salvador faşist cuntasına teslim etmek için harekete geçirildiler.

El Salvador'da olduğu gibi aynı şekilde Honduras'ta da yerli askerlere emirleri verenler Amerikan asker ve subaylarıdır. Komando taburunu La Virtud şehrine yerleştirerek böylece bu şehri ABD'nin güney Amerika'daki saldırgan politikası için merkezi operasyonları düzenleyeceği bir platform oluşturmaksı için çaba harcıyor.

Bu adıma ilişkin olarak Reagan Hükümeti, Honduras'a askeri yardım çerçevesinde bu yıl içerisinde 13 milyon DM veriyor. Ve bu yardım gelecek yıl 30 milyon daha artırılacak. Reagan Hükümeti her türlü metoda başvurarak El Salvador'daki ve Guatemale'deki faşist cuntayı ayakta tutmak istiyor. Bu noktada aynı zamanda Honduras Hükümeti de giderek sağa doğru kaymaktadır. ABD orduları bu ülkeden El Salvador'a saldırmakla kalmamakta, aynı zamanda ABD silahları ile donaltılmış çeteler buradan Nikaragua'ya saldırılar düzenlemektedirler.

(„Aufmarsch in Honduras")

Yabancılar üzerindeki baskılar daha da artırılmaktadır

Späth Yabancılar Kanununun sertleştirilmesini istiyor

Yabancılar üzerinde artırılması istenilen baskılara karşı mücadeleyi yükseltelim

BONN. — Geçen hafta Baden Württemberg Eyalet Başkanı Lothar Späth hala geçerli olan Yabancılar Kanununun daha da sertleştirilmesi için Federal Konseye öneride bulundu. Ayrıca Yabancılar Kanununun yeterli katılıkta olmadığını ileri süren Späth, Baden Württemberg Eyaleti'nde yabancılara karşı sert önlemler aldı. Bugünden bile bize karşı ikinci sınıf insan muamelesi görülmesini sağlayan Yabancılar Kanununun kaldırılması için mücadeleyi yükseltelim!

Yabancı düşmanlığının alabildiğine giderek arttığı, yabancılara karşı fiili saldırıların başladığı şu sıralar bu saldırılar yetmiyormuş gibi, yabancılara uygulanan baskılar halkasına bir yenisi daha eklenilmek isteniyor. Şu an uygulanan ve ikinci sınıf insan muamelesi sağlayan yabancılar kanununun katılığı sertleştiriliyor. Şimdiye kadar yabancılar kanununun çeşitli maddelerini değiştirerek yabancılar üzerindeki baskılarını artıran ve yabancıların hak ve özgürlüklerini sınırlayan Bonn Hükümeti'nin adımlarına yenileri eklenilmektedir. Ağustos ayında İçişleri Bakanı Baum'un da katıldığı ve yabancılara karşı sert önlemlerin alınmasının ve yabancılar kanunun "bir dizi yeni normlarla" tamamlanması kararının alındığı Eyaletler İçişleri Bakanları toplantısının ardından şimdi bu pratiğe uygulanılıyor. Yabancıların yürüyüş ve toplantı düzenlemelerinin yasaklanması ve fikir özgürlüklerinin kısıtlanması talep ediliyor. Frankfurt ve bir çok şehirde uygulanan bu sistem diğer şehirlerede genişletilmesi, yabancılara karşı katı önlemlerin alınması düşünülüyor.

Baden Württember Eyalet Başkanı Spaeth eyalet çapında yabancılara karşı aldığı yeni kararlarla yabancılar üzerindeki baskıları daha artırdı. Yabancıların eş ve ailelerinin birleştirilmesine karşı çıkan Spaeth ve İçişleri Bakanı Herzog aile fertlerinden sadece birinin Baden Württemberg'te oturanların çocuklarının yanlarına getirilmesini yasakladı. Aynı şekilde Baden Württemberg Eyaleti'nde eğitim gören ve okuyan gençlerin de ailelerini yanlarına getirmelerine izin vermeyeceklerini açıkladılar. Ancak Späth ve Herzog yabancılara yaptıkları bu saldırıları yeterli görmüyor, onlar bu saldırıları daha da artırmak istiyorlar. Şimdiye kadar 18 yaşından küçük olan herkes ana ve babasının yanına gelebilirken, şimdi 14 yaşından küçük olanlar ancak ailelerinin yanına gelebilecek. Tabii ki bunun için bir şart daha var. Şayet her kişi başına 12 metre karelik evin olduğu ispatlanırse, aileler çocuklarını yanlarına alabilecekler. Fakat Späth bunlarla memnun değil. Onun için bu kararların sadece Baden Württemberg Eyaleti için alınmış olması yetmiyor. O Almanya'nın tüm eyaletlerinde yabancılara karşı sert önlemler alınmasını istiyor. Bunun için Federal Konseye öneride bulunarak Yabancılar Kanununun daha da sertleştirilmesini, yabancılar üzerindeki baskıların artırılmasını talep etti.

Späth 16 yasından küçük olanlar için oturma izninin şart konulmasını istemektedir. (Şimdiye kadar sadece 16 yaşından büyük olanlar oturma izni alıyorlardı)

Yabancılara yönelik bu saldırılar sadece Baden Württemberg Eyaleti ile de sınırlı kalmamaktadır. Aynı şekilde Başbakan Şchmidt'te "yabancılar ya Alman vatandaşlığına geçsin ya da ülkelerine geri dönsün" demektedir. Yabancılar sayısının Baden Württemberg Eyalet Başkanı Späth gibi arttığını söyleyen Başbakan Schmidt'te burada çalışan yabancı işçi ve emekçilerin konut sorununu, çocuklarının eğitim sorununu çözmek yerine, yabancı düşmanlığını teşvik ediyor.

Yabancı düşmanlığını sürdüren faşist örgütlerin propagandasını yasaklamak yerine, "yabancıların sıyısının sınırını aştığını" söyleyen Başbakan Schmidt esas olarak Baden Württemberg Eyalet Başkanı Späth'in yaptığı açıklamalardan farklı olmayan bu konuşmasıyla onun gibi ırkçı ve milliyetçi propagandayı teşvik etmekte ve böylece faşist örgütlerin yabancılara karşı sürdürdükleri düşmanlığı meşrulaştırmaktadır. İşte bu açıklamalar ile Schmidt'te Späth gibi faşistlerin yabancılara karşı fiili saldırılara kadar varan eylemlerini onaylamış olacaktır.

Bunun için bugün Yabancılar Kanununun daha da sertleştirilmesine ve yabancılar üzerindeki baskıların artırılmasına karşı sürdüreceğimiz mücadeleyi yerli ve yabancı faşist örgütlerin yasaklanması adımı ile birleştirmeliyiz. Bugün bu baskılara karşı sürdüreceğimiz mücadeleyi bir bütün olarak gerici Yabancılar Kanunu'nun kaldırılması talebiyle birleştirmeli ve bunun gerçekleştirilmesi için Alman halkıyla birlikte ortaklaşa mücadeleyi yoğunlaştırmalıyız.

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum



O yıllık 60DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: **Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.**